

# ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

In dieser Onlineausgabe

*Martin Pabst*

Der „Arabische Frühling“ bringt Bewegung in den Westsaharakonflikt

*Robert Ditz/Mirjanka Lechthaler/Reinhard Mang*

Geostrategie und Kartenwissenschaft

*Andreas W. Stupka*

Soldaten! Der Zweite Polnische Krieg hat begonnen!

Der Russlandfeldzug von 1812

*Horst Pleiner*

Der Arabische Frühling und seine sicherheitspolitischen Auswirkungen

Zusätzlich in der Printausgabe

*Walter Unger*

Cyber Defence

Eine militärische Herausforderung

*Clemens A. Eicher*

„Neue Kriege“ - nichtstaatliche Kriegaakteure

*Michael Hallett*

Intelligenterer Verteidigung, der Umfassende Ansatz und eine Antwort auf die Frage

„Warum brauchen wir die NATO?“

*Müzehher Selcuk*

Die gesplattene kurdische Opposition in Syrien

*sowie zahlreiche Berichte zur österreichischen und internationalen Verteidigungspolitik*

# Der „Arabische Frühling“ bringt Bewegung in den Westsaharakonflikt

Martin Pabst

Seit Jahrzehnten beschäftigt der Westsaharakonflikt die Diplomatie. Marokko hat die frühere spanische Kolonie annektiert und kontrolliert ca. drei Viertel des 252.120 km<sup>2</sup> großen Gebiets. Dagegen protestiert die Befreiungsbewegung Polisario (Frente Popular para la Liberación de Saguia el Hamra y Río de Oro). In großer Zahl flüchteten Saharais 1975/76 nach Algerien. Nach 16-jährigem Krieg zwischen Marokko und der Polisario wurde 1991 die UNO-Friedensmission MINURSO entsandt. Doch kann sie das von beiden Parteien akzeptierte Selbstbestimmungsreferendum nicht organisieren, da keine Einigung über die Wahlberechtigten besteht. Die ersatzweise von Marokko angebotene Autonomielösung wird von der Polisario abgelehnt.

Nun bringt der „Arabische Frühling“ Bewegung in den Konflikt. Im marokkanisch kontrollierten Gebiet fordern marginalisierte Saharais die Verwaltung mit Protesten heraus. In den algerischen Flüchtlingslagern mahnen Jugendliche bei der Polisario Reformen ein. Darüber hinaus verändert sich das regionalpolitische Umfeld. Für zusätzliche Dynamik sorgen dschihadistische Gruppen aus dem Sahelraum, die im Oktober 2011 erstmals im Grenzgebiet Algerien/Westsahara zuschlugen.

## Die Entstehung des Konflikts

Die Bewohner der Westsahara sind eine Mischbevölkerung aus Berbern und Arabern. Sie sind dunkelhäutig und sprechen Hassania, einen Dialekt des Arabischen. Ihre Kultur ist nomadisch geprägt. In ihrer äußeren Erscheinung, Lebensweise, Tradition und Sprache unterscheiden sie sich deutlich von den meisten ab 1976 zugewanderten Marokkanern.<sup>1)</sup>

Im Jahr 1884 proklamierte Spanien ein Protektorat über Rio de Oro, das später auf die Saguia el Hamra ausgedehnt wurde (ab 1924 gemeinsamer Name Spanische Sahara). Ein lokaler religiöser Führer, Sheikh Ma El Ainin, versuchte ab 1904 in Kooperation mit dem marokkanischen Sultan, Spanier wie Franzosen mit einem „Heiligen Krieg“ aus Nordwestafrika zu vertreiben. 1910 wurde er niedergekämpft.

Im Jahr 1956 wurden die spanischen und französischen Protektorate über Marokko beendet. Ein Jahr später attackierte eine irreguläre marokkanische Befreiungsarmee die verbliebenen spanischen Besitzungen Tarfaya und Ifni, die schließlich 1958 bzw. 1969 an Marokko abgetreten

wurden. Die Freischärler griffen damals auch Posten in der Spanischen Sahara und Französisch-Mauretanien an. Denn Rabat beanspruchte weite Gebiete in Nordwestafrika. Die historisch legitimierten Vorstellungen eines „Groß-Marokko“ gründeten auf den Thesen von Allal el-Fassi und seiner nationalistischen Istiqlal-Partei.

Bis 1970 erkannte Marokko die Unabhängigkeit Mauretaniens von Frankreich (1960) nicht an, da die Bewohner wie im Fall der Spanischen Sahara Untertanen des Königs seien. Der Disput mit Algerien um den Gebietsstreifen von Béchar bis Tindouf eskalierte 1963/64 zu einem Grenzkrieg und wurde 1972 schließlich mit einem Grenz-erkenntnisvertrag beigelegt. Vorübergehend vertraten Politiker sogar die Auffassung, dass das nördliche Mali bis zum Senegal- bzw. Nigerfluss marokkanisch sei. Darüber hinaus fordert Marokko bis heute von Spanien die 1497 bzw. 1688 etablierten „presidios“ Melilla und Ceuta sowie Inseln im Atlantischen Ozean.<sup>2)</sup>

Nicht nur Marokko, sondern auch Mauretanien erhob Ansprüche auf die Spanische Sahara. In diesem Fall wurde als Begründung die enge soziale, kulturelle und religiöse Verwandtschaft angeführt.<sup>3)</sup>

Auch die UNO setzte Spanien unter Druck. Am 14. Dezember 1960 sprach sich die Generalversammlung grundsätzlich für die Selbstbestimmung kolonialer Gebiete aus.<sup>4)</sup> 1963 erklärte das UNO-Sonderkomitee für Dekolonisationsfragen die Spanische Sahara als abhängiges Gebiet, und 1966 forderte die Generalversammlung erstmals Spanien auf, ein Referendum unter den Einwohnern einschließlich der Option der Unabhängigkeit zu organisieren.<sup>5)</sup> Madrid reagierte hinhaltend und präsentierte Loyalitätserklärungen der Volksversammlung (Djemaa).

Proteste in der Hauptstadt Laayoune (El Aaiún) markierten im Juni 1970 den Beginn inneren Widerstands. Führender Kopf war El Ouali Mustapha Sayed. Anfänglich mögen El Ouali und seine Gefährten, die in Rabat studierten, zwischen einem Anschluss an Marokko und der Unabhängigkeit, zwischen einer islamischen und einer nationalistischen Agenda geschwankt haben.<sup>6)</sup> Doch spätestens mit Gründung der Polisario am 10. Mai 1973 waren die Weichen in Richtung Unabhängigkeit und einer - im Trend der Zeit liegenden - sozialistischen Ausrichtung gestellt. Ideologische Einflüsse kamen von den beiden wichtigsten Mentoren Algerien und Libyen. Freischärler führten zehn Tage später einen ersten Anschlag gegen den spanischen Posten El-Khanga aus.

Angesichts des aufkeimenden Widerstands vor Ort zeigte sich Madrid allmählich bereit, das Territorium aufzugeben. Zur Vorbereitung eines Referendums wurde 1974 eine Volkszählung durchgeführt, die 73.497 Einwohner bilanzierte.

Doch traten nun Marokko und Mauretanien auf den Plan. Auf deren Initiative empfahl die UNO-Generalversammlung im Dezember 1974 die Einholung eines beratenden Rechtsgutachtens des Interna-

tionalen Gerichtshofes. Am 16. Oktober 1975 kam der IGH zum Ergebnis, dass das Territorium zum Zeitpunkt seiner Kolonisierung kein „herrenloses Gebiet“ gewesen sei. Die Bevölkerung sei als Träger von Herrschaftsrechten anzusehen. Zwar habe es in der Vergangenheit rechtliche Beziehungen zwischen Marokko bzw. Mauretanien und den lokalen Stämmen gegeben, doch hätten beide Länder keine territoriale Souveränität über die Westsahara ausgeübt. In seinem Schlusssatz bekräftigte das Gutachten das Recht auf Selbstbestimmung.<sup>7)</sup> Der UNO-Dekolonisierungsausschuss beschloss daraufhin, dass der Bevölkerung hierzu Gelegenheit gegeben werden müsse.

Nun landete Marokko mit dem friedlichen „Grünen Marsch“ von 350.000 Demonstranten in die Westsahara einen Überraschungscoup. Zwischen dem 6. und 8. November drangen sie ca. 10-15 km tief in das Gebiet ein. Es war eine beeindruckende Willensbekundung, doch erfolgte sie durch Marokkaner aus allen Teilen des Königreiches, nicht durch Einwohner des Territoriums. Die Aktion diente auch dazu, Druck auf Spanien auszuüben. Madrid musste damit rechnen, dass die hinter den Demonstranten aufmarschierte Armee folgen würde.

Zu dieser Zeit lag der spanische Diktator Francisco Franco im Koma und starb wenige Tage später am 20. November. Madrid wählte den Weg des geringsten Widerstands und schloss am 14. November mit Marokko und Mauretanien das „Madriдер Abkommen“ - entgegen üblicher Praxis wurde es nicht im Staatsbulletin veröffentlicht. Spanien erklärte sich bereit, zusammen mit Marokko und Mauretanien eine befristete Dreimächte-Verwaltung einzurichten und bis zum 28. Februar 1976 abzuziehen. Die Dekolonisierung sollte unter Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung erfolgen, ausgedrückt durch die Djemaa. Faktisch bedeutete dies die Übertragung der Verwaltung an Marokko und Mauretanien.<sup>8)</sup> In geheimen Zusatzprotokollen wurde Spanien wirtschaftlich kompensiert. So behielt Madrid bis 1983 Fischfangrechte und blieb 30 Jahre lang mit 35% an der Phosphatmine von Bou Craa beteiligt.<sup>9)</sup>

Die Phosphatvorkommen waren ein wichtiges Motiv der Okkupation: Gemäß dem U.S. Geological Survey von 2012 verfügt Marokko zusammen mit der Westsahara über ca. 70% der Weltreserven und besitzt damit eine strategische Schlüsselstellung.<sup>10)</sup> Kalziumphosphat ist ein wichtiger, nicht ersetzbarer Grundstoff für Düngemittel.

Ab Dezember marschierten marokkanische Truppen in den Nordteil, mauretanische in den Südteil der Westsahara ein; das Gebiet wurde aufgeteilt. Viele Saharais flüchteten in den Raum Tindouf (Algerien). Die exakten Zahlen sind umstritten.<sup>11)</sup> Am 28. Februar 1976 endete die spanische Herrschaft. Marokko und Mauretanien suchten sich eine demokratische Legitimation durch ein Votum der zwei Tage zuvor zusammengetretenen Djemaa zu verschaffen. Freilich war diese als koloniales Gremium nicht unbedingt repräsentativ; sie war von Marokko einberufen worden, und nur ein Teil der Mitglieder war erschienen.



Marokko legte zur Abwehr der Polisario in den 1980er Jahren einen gut 2.500 km langen, mehrreihigen Sand- und Steinwall (berm) mit zahlreichen Überwachungs- und Sicherungsanlagen an.

Die Polisario reklamierte ihrerseits, dass 67 von 102 Abgeordneten bereits am 12. Oktober 1975 die Haltung der Polisario unterstützt und die Djemaa aufgelöst hätten.<sup>12)</sup> Einen Tag vor dem Ende der spanischen Herrschaft proklamierte die Polisario am 27. Februar 1976 in Bir Lehlou unweit der Grenze zu Algerien die „Demokratische Arabische Republik Sahara“ (DARS). Der Ort wurde zur provisorischen Hauptstadt erklärt. Ihren Sitz nahm die Regierung im algerischen Rabouni. Nun sprachen die Waffen.

Auch Algerien hatte gegen das „Madriдер Abkommen“ protestiert. Mit Ausnahme eines Gefechtes mit marokkanischen Truppen im Februar 1976 bei der Oase Amgala hielt sich Algerien aus den Kämpfen heraus, stellte der Polisario aber Land für Flüchtlingslager zur Verfügung und leistete ihr politische und militärische Unterstützung.

Die marokkanischen Streitkräfte waren zahlenmäßig weit überlegen, verfügten über eine Luftwaffe und erhielten umfangreiche französische Militärhilfe. Die „Saharauische Volksbefreiungsarmee“ hatte den Vorteil des vertrauten Territoriums und griff zur Guerillataktik. Sie konzentrierte ihre Kräfte (max. ca. 20.000 Mann) zunächst auf den schwächeren Gegner Mauretanien, sabotierte dessen Wirtschaft und verübte zwei kühne Vorstöße auf die Hauptstadt Nouakchott. Dabei wurde am 9. Juni 1976 El Ouali, der Generalsekretär der Polisario und Präsident der DARS, getötet. Nachfolger in beiden Ämtern ist bis heute Mohammed Abdelaziz.

Mauretanien konnte den Krieg politisch wie wirtschaftlich nicht durchstehen. 1978 wurde Präsident Mokhtar Ould Daddah durch einen Militärputsch gestürzt. Damit war auch die Ideologie eines „Groß-Mauretanien“ gestorben. 1979 schloss das Land Frieden mit der Polisario und erkannte die DARS an. Marokko annektierte daraufhin auch den südlichen Teil der Westsahara. Das Gebiet verlor seine eigenständige Identität in Marokko und wurde in die wilayas (Provinzen) Es Semara, Boujdour, Laayoune, Aousserd und Oued Eddahab untergliedert.

Von 1980-87 baute Marokko einen ca. 2.500 km langen, in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Sand- und Steinwall. Der mehrreihige berm (Wall) ist mit Wachtürmen, Bunkern, Radaranlagen und Landminen versehen und stellt Angreifern ein sehr schwer zu überwindendes Hindernis entgegen. Im September 1991 wurde ein Waffenstillstand

geschlossen. Beide Konfliktparteien akzeptierten einen UNO-Friedensplan.

## Einschaltung der Vereinten Nationen

Der Sicherheitsrat entsandte 1991 mit Resolution 690<sup>13)</sup> die nach Kapitel VI der UNO-Charta mandatierte Mission des Nations Unies pour l'organisation d'un référendum au Sahara occidental (MINURSO).<sup>14)</sup> Ihre Aufgaben sind:

- Überwachung des Waffenstillstandes,
  - Überwachung der Reduzierung marokkanischer Truppen,
  - Überwachung der Beschränkung der marokkanischen und Polisario-Kräfte auf bestimmte Orte,
  - gemeinsame Maßnahmen mit den Konfliktparteien zur Entlassung aller politischen Gefangenen,
  - Überwachung des vom IRKK durchgeführten Kriegsgefangenen austauschs,
  - Unterstützung der von UNHCR durchgeführten Wiedereingliederung der Flüchtlinge,
  - Identifizierung und Registrierung der Abstimmungsberechtigten,
  - Organisation und Gewährleistung eines freien und fairen Referendums und Verkündung seiner Ergebnisse,
  - Unterstützung der Kampfmittel- und Minenbeseitigung.
- Problematisch ist, dass sich die MINURSO auf die In-

frastruktur einer Konfliktpartei (Marokko) stützen muss, da das Gebiet östlich des berm kaum besiedelt und entwickelt ist. Damit gehen Abhängigkeiten einher, z.B. bei der Versorgung der Mission. Das von einem Wald marokkanischer Farnen umringte Hauptquartier befindet sich in Laayoune. Es fällt auf, dass als lokale Zivilkräfte stets fast nur Marokkaner und nur sehr wenige Saharais beschäftigt wurden. Im Vergleich mit anderen Friedensmissionen unterliegt die MINURSO speziellen Bedingungen. So darf sie sich nicht an die Bevölkerung wenden und über ihr Mandat und ihre Aufgaben informieren. Ihre Fahrzeuge müssen marokkanische diplomatische Kennzeichen tragen. Auch fehlt ein Mandat zur Beobachtung der Menschenrechtslage.<sup>15)</sup>

Mit vier Außenposten westlich und fünf östlich des Grenzwalls überwacht die Mission die militärischen Aktivitäten der Konflikt-

parteien. Das kaum entwickelte Gebiet östlich des Walls bezeichnet die Polisario als „befreites Territorium“. Sie hat dort Truppen stationiert und führt politische Veranstaltungen wie Volkskongresse durch.<sup>16)</sup> 2007 beschloss die Polisario ein Infrastrukturprogramm, um mehr Menschen das Leben zu ermöglichen. Derzeit halten sich dort ca. 20.000 Menschen auf (überwiegend Nomaden).

In den Flüchtlingslagern leben nach Angaben Algeriens und der Polisario 165.000 Saharais. Wahrscheinlich ist diese Zahl aus politischen Gründen deutlich zu hoch angegeben. Der UNHCR nimmt heute als Planungsgrundlage für Unterstützungsleistungen die Zahl von 90.000 an.<sup>17)</sup> Diese Zahl korrespondiert mit der im September 2004 vom European Commission Joint Research Centre aufgrund von Satellitenbildern ermittelten Zahl von ca. 91.000 (Fehlerquote 7.000).<sup>18)</sup> Natürlich müssen noch vorübergehend abwesende Flüchtlinge hinzugezählt werden, die sich auswärts zum Studium oder zur Arbeit aufhalten. In den Lagern sind mehrheitlich Alte, Frauen und Jugendliche zu sehen. Eine Zählung hat Algerien bisher unterbunden.

Im marokkanisch kontrollierten Territorium lebten 2009 nach Schätzungen der UNO ca. 513.000 Menschen.<sup>19)</sup> Zugewanderte Marokkaner sollen inzwischen die Mehrheit bilden.<sup>20)</sup> Diese wurden als Beamte in die „Südlichen Provinzen“ versetzt oder mit Arbeitsplätzen, Häusern, Subventionen und Steuerprivilegien angelockt.

Ursprünglich meinte die MINURSO, eine Abstimmung bereits 1992 durchführen zu können. Doch konnte die Wähleridentifizierung erst im August 1994 beginnen, und bereits im Mai 1996 setzte sie der



Sicherheitsrat auf unbestimmte Zeit aus, da sich die Polisario kategorisch gegen die Einbeziehung von drei überwiegend in Marokko ansässigen Unterstämmen wehrte. Im September 1997 vermittelte der neu ernannte Persönliche Gesandte des UNO-Generalsekretärs, James A. Baker, einen Kompromiss, die so genannte „Einigung von Houston“.<sup>21)</sup> Der einen bzw. anderen Konfliktpartei nahe stehende Stammesführer wurden als Vertrauensleute in die Identifizierung eingebunden.

Im Juli 1999 wurde eine provisorische Liste der Stimmberechtigten mit 84.251 Namen veröffentlicht. Die MINURSO war optimistisch, die Liste diesmal fertig stellen zu können, zumal ihrer Ansicht nach der spanische Zensus eine aussagekräftige Grundlage darstellte. Die zweite Registrierungsphase, die jene drei umstrittenen Unterstämme betraf, wurde am 17. Januar 2000 abgeschlossen. Von 51.220 angehörten Bewerbern wurden lediglich 2.135 anerkannt. Die Gesamtzahl der Stimmberechtigten stand damit bei 86.386. Marokko reagierte empört und forderte eine persönliche Verhandlung aller strittigen Fälle unter Zulassung mündlicher Zeugnisse. Außerdem ließen nicht weniger als 131.038 Einsprüche den Abschluss der Identifizierung in unabsehbare Ferne rücken.

Drei Gesprächsrunden brachten keinerlei Fortschritt. UNO-Generalsekretär Kofi Annan beklagte 2001 „a climate of increased mistrust and bitterness“.<sup>22)</sup> Im Mai dieses Jahres präsentierte Baker den Entwurf eines Rahmenabkommens, das sich an neuen marokkanischen Vorschlägen orientierte. Er gewährte der Westsahara zunächst Autonomie in Marokko inklusive der Kontrolle innerer Sicherheit. Regierung und Parlament der Westsahara sollten ausschließlich von den bereits von der UNO anerkannten Stimmberechtigten gewählt werden. Nach einer Übergangszeit sollte ein Referendum über den zukünftigen Status stattfinden. Als einziges Kriterium für die Teilnahme wurde ein mindestens einjähriger Aufenthalt in dem Territorium genannt.<sup>23)</sup>

Während Marokko seine Zustimmung signalisierte, lehnte die Polisario das Rahmenabkommen ab, da es die widerrechtliche Besetzung durch Marokko legitimiere und die Zuwanderung weiterer marokkanischer Stimmberechtigter ermögliche. Algerien sprach sich ebenfalls dagegen aus und forderte die UNO auf, endlich den Regelungsplan von 1991 umzusetzen und - wie von 1999-2002 in Ost-Timor - die Verwaltung des Gebietes in der Übergangsphase gegebenenfalls selbst zu übernehmen.

Angesichts fehlender Einigung der Konfliktparteien offerierte der UNO-Generalsekretär dem Sicherheitsrat auf Vorschlag Bakers am 19. Februar 2002 vier Optionen:

1. Fortführung des UNO-Plans von 1991, jedoch unter Wegfall der obligatorischen Zustimmung der Konfliktparteien,
2. Überarbeitung des Rahmenabkommens ohne Beteiligung der Konfliktparteien; bei Zustimmung des Sicherheitsrats Vorlage an diese ohne Verhandlungsmöglichkeit,
3. Angebot der Aufteilung der Westsahara an die Konfliktparteien; bei Nichtzustandekommen einer Einigung Erarbeitung eines Teilungsplans durch die UNO und bei Zustimmung des Sicherheitsrats Vorlage an die Konfliktparteien ohne Verhandlungsmöglichkeit,
4. Einstellung der MINURSO.

Bemerkenswert war, dass Baker Landteilung als neuen Lösungsansatz in die Diskussion brachte. Damals wurden

Gerüchte ventiliert, dass Algerien und die Polisario eine solche Lösung akzeptieren könnten. Doch dementierten beiden Seiten. Eine dauerhafte Konfliktlösung hätte dieser Ansatz auch kaum versprochen. Denn Marokko würde zweifellos den dichter besiedelten Norden mit seinen reichen Phosphatvorkommen beanspruchen. Auch kommen viele Polisario-Unterstützer von dort, so trägt das größte Flüchtlingslager den Namen Laayoune, bezogen auf die Herkunft vieler Insassen. Allenfalls könnte eine Teilungslösung die regionalpolitischen Interessen Algeriens befriedigen, indem sie dem Nachbarstaat in Ad-Dakhla einen Zugang zum Atlantik eröffnet.

Mit Resolution 1429 vom 30. Juli 2002 entschied sich der Sicherheitsrat für keine der vier Optionen, sondern ermunterte den Persönlichen Gesandten, weiter an einer einvernehmlichen Lösung zu arbeiten. Daraufhin legte Baker im Juli 2003 den Konfliktparteien einen überarbeiteten „Friedensplan für Selbstbestimmung“ vor.<sup>24)</sup>

Verschiedene Punkte waren zugunsten der Polisario modifiziert worden. Neu waren die wesentlich detaillierteren Bestimmungen für die Abhaltung eines Referendums (nicht früher als vier und nicht später als fünf Jahre und organisiert von der UNO). Als stimmberechtigt wurden nun drei Gruppen bezeichnet: erstens die von der UNO identifizierten Saharais, zweitens die auf der Repatriierungsliste stehenden Flüchtlinge und drittens diejenigen, die nachweislich am 30. Dezember 1999 in der Westsahara lebten. Damit blieben die zwischen 1975 und 1999 zugewanderten Siedler stimmberechtigt, doch wurde ein weiterer Zustrom ausgeschlossen. Das Referendum sollte die Optionen Integration bzw. Autonomie in Marokko sowie Unabhängigkeit enthalten. Im ursprünglichen Resolutionsentwurf war die Möglichkeit enthalten, den Friedensplan den Konfliktparteien aufzuerlegen, doch erreichte Frankreich, dass am Prinzip freiwilliger Zustimmung festgehalten wurde.

Die Polisario rang sich am 6. Juli 2003 dazu durch, den vom Sicherheitsrat einstimmig unterstützten Friedensplan zu akzeptieren. Auch Algerien erklärte seine Zustimmung. Spielverderber war nun Marokko: Trotz aller Ermunterungen verweigerte es am 9. April 2004 die Zustimmung, weil die Unabhängigkeit als Option enthalten sei. Damit werde die „territoriale Integrität“ des Königreiches gefährdet. Frankreich hatte signalisiert, etwaige Zwangsmaßnahmen des Sicherheitsrats gegen Marokko durch ein Veto zu Fall zu bringen.

Die Ablehnung des Baker-Plans durch Marokko führte ab Mai 2005 zu einer Protestwelle im marokkanisch kontrollierten Gebiet, die von der Polisario als „Intifada“ bezeichnet wird. Die Behörden reagierten mit weitreichenden Verhaftungen.

König Mohammed VI. zeigte sich in der Westsaharafrage noch unnachgiebiger als sein 1999 verstorbener Vater Hassan II.: „*I would like to emphasize that we shall not give up one inch of our beloved Sahara, nor a grain of its sand*“<sup>25)</sup> äußerte er 2005. Marokko hat sich de facto vom UNO-Regelungsplan von 1991 verabschiedet, den es bereits zuvor nicht als Verwirklichung eines völkerrechtlich gegebenen Selbstbestimmungsrechtes, sondern als freiwilliges marokkanisches Entgegenkommen interpretiert hatte. Seither setzt Rabat auf die Autonomielösung und ernannte 2006 einen „Königlichen Beirat für Saharafragen“, in dem auch königstreue Saharais vertreten sind.<sup>26)</sup>

Baker quittierte im Juni 2004 desillusioniert sein Amt. UNO-Generalsekretär Annan kritisierte mit deutlichen Worten die Haltung Marokkos. Nun gebe es nur noch zwei Optionen: Einstellung der MINURSO oder ein erneuter Versuch, den Friedensplan bei den Konfliktparteien durchzusetzen.<sup>27)</sup> Doch konnte sich der Sicherheitsrat weder zum Abzug noch zur Ausübung von Druck entschließen. Immer

wieder wurde seither das Mandat der MINURSO verlängert, zuletzt bis zum 30. April 2013.<sup>28)</sup>

Bescheidene Erfolge wurden auf humanitärem Gebiet erzielt. So liefen 2004 vertrauensbildende Maßnahmen des UNHCR an - zunächst Telefonanrufe zwischen beiden Seiten, später Verwandtenbesuche auf dem Luftweg (auf den kostengünstigeren Landweg konnten sich die Konfliktparteien bis heute nicht abschließend einigen). 2005 ließ die Polisario endlich die letzten 404 marokkanischen Soldaten frei, die sie über den Waffenstillstand hinaus völkerrechtswidrig festgehalten hatte.

Das marokkanische Angebot einer weitreichenden inneren Autonomie vom 11. April 2007 wurde vom Sicherheitsrat am 31. April als „ernsthaft“ und „glaubwürdig“ bezeichnet.<sup>29)</sup> Nur die Verteidigung, die Außenpolitik und Währungsfragen sollen Rabat vorbehalten bleiben. Doch hielt die Polisario in ihrer Äußerung vom 10. April 2007 am Selbstbestimmungsrecht inklusive der Unabhängigkeitsoption fest. Den marokkanischen Siedlern wurde ein Bleiberecht und auf Wunsch die Einbürgerung offeriert.<sup>30)</sup> Die Polisario-Position wurde vom Sicherheitsrat lediglich „zur Kenntnis genommen“. Der feine, vom südafrikanischen UNO-Botschafter kritisierte Unterschied in der Wortwahl offenbart eine internationale Tendenz, sich mit dem marokkanischen Autonomieangebot anzufreunden. Dessen Umsetzung könnte eine jährlich über 60 Mio. USD teure Friedensmission beenden.

Im April 2008 positionierte sich der Persönliche Gesandte Peter van Walsum aus den Niederlanden vor dem Sicherheitsrat, als er die Unabhängigkeit als „unrealistisches Ziel“ bezeichnete. Nach dem Protest der Polisario wurde sein Mandat nicht verlängert. Sein Nachfolger wurde im Januar 2009 der US-Amerikaner Christopher Ross. Mit geringem Erfolg sucht er die Konfliktparteien zu informellen Gesprächen zusammenzubringen, zuletzt im März 2012 in Manhasset (New York). Im Mai 2012 arbeitete Marokko auf seine Ablösung hin, da Ross die Erweiterung des Mandats um die Menschenrechtsbeobachtung im marokkanisch kontrollierten Territorium befürwortete und gegen Marokko den Vorwurf erhebe, die MINURSO auszuspienieren.<sup>31)</sup> UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon hielt jedoch an Ross fest.

Am 31. August 2012 zählte die MINURSO 204 Militärbeobachter, 27 Soldaten, sechs Polizisten und 272 zivile Mitarbeiter.<sup>32)</sup> Ihre Aufgaben beschränken sich heute im Wesentlichen auf die Überwachung der Waffenstillstandsregelungen und die Unterstützung vertrauensbildender Maßnahmen. Sondergesandter und Missionschef war von 2009-2012 der Ägypter Hany Abdel-Aziz. Im Juni wurde der erfahrene deutsche UNO-Diplomat Dr. Wolfgang Weisbrod-Weber sein Nachfolger.

### **Völkerrecht versus Realpolitik**

Das Recht der Saharais auf Selbstbestimmung wird von zahlreichen UNO-Resolutionen bekräftigt. Das IGH-Gutachten von 1975 verwarf die territorialen Ansprüche Marokkos und Mauretaniens. Seit 1979 ist die Polisario von der UNO als Repräsentantin der saharaischen Bevölkerung anerkannt.<sup>33)</sup> Auch der 1991 vom UNO-Sicherheitsrat gebilligte Lösungsplan beruht auf dem Selbstbestimmungsrecht.<sup>34)</sup> Marokko versucht dennoch, einen Gebietsanspruch aufrechtzuerhalten, indem es unterstellt, dass Ausländer die

Herrschaftsbeziehungen zwischen dem marokkanischen Monarchen und den Stämmen der Westsahara nicht hinreichend verstehen oder verstehen wollen.<sup>35)</sup>

Der Hamburger Völkerrechtsprofessor Thomas Bruha kommt zu folgendem Urteil: „Die einschlägigen Resolutionen der VN lassen keinen Zweifel daran, dass das Gebiet der Westsahara als ein in gewissermaßen neo-kolonialer Abhängigkeit befindliches Territorium anzusehen ist. Spanien als Kolonialmacht bis ins Jahr 1976 hatte keine legalen Besitzrechte am Land und konnte deshalb auch nicht in deren Übertragung einwilligen. Umgekehrt scheidet eine einseitige Aneignung durch Marokko aus, da das Gebiet, wie der IGH festgestellt hatte, nicht herrenlos war und keine ‚legal ties‘ zu Marokko bestanden. Aus der Sicht des Völkerrechts handelt es sich bei der Westsahara daher um ein von Marokko annektiertes und zu Unrecht besetztes Gebiet, welches den Prinzipien und Regeln des Rechts der militärischen Besetzung unterfällt.“<sup>36)</sup> Da es sich um eine frühere Kolonie handle, dürfe die Option der Unabhängigkeit bei einem Selbstbestimmungsreferendum nicht ausgeschlossen werden.

Die schwache völkerrechtliche Position Marokkos offenbart sich in der Tatsache, dass bislang kein anderer Staat die marokkanische Souveränität über die Westsahara anerkennt. Hingegen ist völkerrechtlich umstritten, ob die DARS die Kriterien für die Anerkennung als Staat erfüllt.<sup>37)</sup> Sie pflegt derzeit diplomatische Beziehungen zu an die 50 Staaten, überwiegend in Afrika (die DARS ist Mitglied der Afrikanischen Union, nicht jedoch Marokko) sowie Lateinamerika und Asien. Größter Erfolg war 2004 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Südafrika.

Vertreter der marokkanischen Position pflegen auch anzuzweifeln, dass ein Referendum durchführbar sei.<sup>38)</sup> So seien 1958 angeblich 30.000 Saharais vor den spanisch-französischen Militäroperationen „Teide“ bzw. „Écouvillon“ (Rohrbürste) nach Marokko geflohen.<sup>39)</sup> In einem überwiegend von Nomaden bevölkerten Gebiet sei es zudem praktisch unmöglich, die Stimmberechtigten zu identifizieren. Mit einer solchen Argumentation müsste man freilich Wahlen und Abstimmungen in allen Sahelstaaten für unmöglich erklären. Entgegenzuhalten ist auch, dass Mitte der 1970er-Jahre bereits ca. 50% der Saharais in Städten lebten.<sup>40)</sup>

Marokkanische Vertreter greifen auch zur Diskreditierung des Gegners. So wird der Polisario unterstellt, dass sie eine „kriminelle“, „kommunistische“, „dschihadistische“ bzw. „terroristische“ Organisation und letztlich eine „Erfindung“ Algeriens zur Durchsetzung regionalpolitischer Machtansprüche sei. Eine Konfliktlösung erfolge daher am besten im Rahmen einer algerisch-marokkanischen Verständigung.<sup>41)</sup> Belastbare Fakten für die unterstellten Aktivitäten wurden bisher aber nicht angeführt; sie würden vom Gastland Algerien wohl auch kaum toleriert.

Eine von „Wikileaks“ enthüllte Depesche der US-Botschaft Algier vom Dezember 2009 führte aus, dass die Polisario den Schmuggel von Zigaretten oder Diesel durch einzelne Saharais dulde, jedoch energisch gegen Menschen-, Drogen- oder Waffenschmuggel vorgehe.<sup>42)</sup> In der Tat sind Saharais im Trans-Sahara-Handel engagiert, zumal sie außerhalb der Lager im Aufnahmeland Algerien keine Arbeitsstelle annehmen dürfen.

Im Dezember 2010 behaupteten Sicherheitskräfte der Staaten Mali und Niger, einen Drogenschmuggelring zerschlagen zu haben, deren Anführer aus den Lagern um Tindouf stammten.<sup>43)</sup> Vertreter des UNHCR in Tindouf halten eine nennenswerte Verwicklung saharaischer Flüchtlinge in kriminelle Aktivitäten jedoch für unwahrscheinlich.<sup>44)</sup>

Während des Kalten Kriegs war die Polisario sozialistisch orientiert, aber nicht an den Warschauer Pakt angelehnt. Unter der Führung

von Mohammed Abdelaziz hat sich die Befreiungsbewegung in den 1990er-Jahren zu einem Mehrparteiensystem und einer marktwirtschaftlichen Ordnung bekannt.

Eine Hinwendung der Polisario zum Islamismus erscheint angesichts ihrer dezidiert säkularen Ausrichtung und ihrer engen Verbindung zur algerischen Regierung unwahrscheinlich. Die US-Botschaft in Algier berichtete, dass die Polisario gegen mögliche islamistische Einflüsse vorgehe, indem sie z.B. Internetseiten mit islamistischen Inhalten sperre.<sup>45)</sup> Gespräche mit Vertretern des UNHCR in Tindouf ergaben keine Hinweise auf islamistische Tendenzen in den Lagern.<sup>46)</sup>

Zweifelsohne ist der Westsaharakonflikt in den Regionalkonflikt zwischen Algerien und Marokko eingebettet. Doch wird man die Polisario genauso wenig als „Erfindung Algeriens“ abtun können wie seinerzeit den Afrikanischen Nationalkongress (ANC) in Südafrika als „Erfindung Moskaus“. Eine im Mai 1975 in die Westsahara entsandte UNO-Beobachtungsmission hatte einen „überwältigenden Konsens“ unter den Saharais zugunsten der Unabhängigkeit und eine weitreichende Unterstützung der Polisario festgestellt.<sup>47)</sup> Zwar gibt es Marokko-nahe Stämme wie die Ma El Ainin und die Tekna-Föderation. Doch gilt der bei Weitem größte Stamm, die Reguibat, als Polisario-nahe und stellt den Großteil ihrer Soldaten und hochrangigen Politiker.<sup>48)</sup>

Stärkeren Anklang findet Marokko mit seinen realpolitischen Argumenten, insbesondere in Frankreich und den USA: Ein unabhängiger Westsahara-Staat sei wirtschaftlich nicht lebensfähig sowie politisch zu schwach, um gegen organisierte Kriminalität, illegale Migration und terroristische Angriffe vorzugehen.

Freilich sind auch solche Argumente zu hinterfragen. Die Westsahara verfügt über drei traditionelle Wirtschaftszweige: die Fischerei, den Phosphatabbau und den Anbau von Dattelpalmen und Gemüse. Vor der Küste werden Öl- und Gasvorkommen vermutet; die Exploration hat begonnen. Potenziale haben der Tourismus sowie die Energieerzeugung durch Sonne und Wind. Im Rahmen des DESERTEC-Vorhabens plante Marokko, zwei von fünf Solarstromprojekten in der Westsahara zu errichten. Nach öffentlicher Kritik will die Firma das umstrittene Territorium nun aber meiden.<sup>49)</sup>

In sicherheitspolitischer Hinsicht sieht sich Marokko durch die Entführung von drei humanitären Helfern durch Dschihadisten (22.10.2011) bestärkt. Die schwer bewaffneten Angreifer waren mit Geländewagen aus Mali gekommen und hatten einen Wächter angeschossen. Marokko-nahe Quellen unterstellten Verbindungen zwischen der Polisario bzw. einzelnen Flüchtlingen und der AQIM - wahrscheinlich hätten die Eindringlinge auf sympathisierende Helfer im Lager Rabouni zählen können.<sup>50)</sup> Belastende Beweise konnten aber bisher nicht vorgelegt werden. Die Polisario wies die Anschuldigungen entschieden zurück.

Die von „Wikileaks“ enthüllte Depesche der US-Botschaft Algier vom Dezember 2009 erwähnt in der Tat dschihadistische Drohungen gegen westliche Helfer, insbesondere wegen angeblicher interreligiöser Aktivitäten christlicher Helfer mit muslimischen Geistlichen.<sup>51)</sup> Auch UNO-Einrichtungen in der Region hatten deshalb die Sicherheitsvorkehrungen verschärft.

Am 12. Dezember 2011 spielte die bislang unbekannt Gruppe „Movement for Oneness and Jihad in West Africa“ (MUJAO) den Medien ein Video mit den Geiseln zu und forderte 30 Mio. EUR Lösegeld. Die anscheinend von Schwarzafrikanern dominierte Organisation erklärte, sich von der AQIM abgespalten zu haben.<sup>52)</sup> Am 27. Juni 2012 eroberte die MUJAO die Stadt Gao im Nordosten Malis. In deren Umkreis wurden die drei Geiseln nach Vermittlung durch die Regierung von Burkina Faso am 18. Juli freigelassen. Spanien evakuierte daraufhin seine als Helfer in den Polisario-Lagern tätigen Staatsbürger - manche Helfer arbeiten jedoch auf eigene Verantwortung weiterhin dort.

Marokko sieht sich als Stabilitätsfaktor in der Region. Ob es diese Rolle aufrechterhalten kann, ist allerdings umstritten. Aufsehen erregte eine von „Wikileaks“ enthüllte Depesche der US-Botschaft Rabat vom August 2008. Darin werden die Streitkräfte als korrupt und teilweise anfällig gegenüber islamistischen Einflüssen geschildert. 50% bis 70% der über 200.000 Mann starken Armee seien in der Westsahara stationiert. Dort würden die Kommandeure ruhig gestellt, indem man sie z.B. durch Beteiligungen bei Fischerei und Bodenschätzen Geld verdienen lasse.<sup>53)</sup>

## Keine einheitliche Position der EU

In der EU tendieren die nordeuropäischen Staaten zur Polisario, die südeuropäischen Staaten zu Marokko. In Spanien ist eine Diskrepanz zwischen der Regierung und der öffentlichen Meinung feststellbar, da viele Bürger den „Verrat“ ihres Landes an seinen Untertanen bedauern und Unterstützerguppen ins Leben gerufen haben. Tausende Saharais halten sich vorübergehend in Spanien auf - als Gäste, Schüler, Studenten oder auch, um dort zu arbeiten.

Deutschland sucht völkerrechtliche Vorgaben und realpolitische Erwägungen in Einklang zu bringen. Berlin unterstützt den Anspruch der Saharais auf Selbstbestimmung, doch nicht um den Preis der Entstehung eines schwachen Staates oder der Destabilisierung Marokkos. Diplomaten befürchten für den Fall eines Rückzugs Spannungen in Marokko, da sich das Königshaus massiv mit der „Wiedergewinnung“ der Westsahara identifiziert hat. Zudem müssten dann über 100.000 Soldaten rückgeführt und ein Teil davon demobilisiert werden, was zu erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Problemen führen könne.

In diversen Vereinbarungen mit Marokko hat die EU die Angliederung der Westsahara praktisch anerkannt. So wurde diese in das 2006 mit Rabat abgeschlossene Fischereiabkommen eingeschlossen. Juristisch begründet dies die EU damit, dass Marokko die territorialen Gewässer der Westsahara „verwalte“. Ein Passus forderte, dass die an Marokko geleisteten Zahlungen der örtlichen Bevölkerung zugute kommen müssen. Ein im Februar 2010 veröffentlichtes Rechtsgutachten des Europäischen Parlaments kam aber zum Ergebnis, dass die saharaische Bevölkerung nicht konsultiert werde und von den Einnahmen nicht profitiere.<sup>54)</sup> Auf Initiative des Europäischen Parlaments wurde das Fischereiabkommen im Dezember 2012 von der EU nicht verlängert. Daraufhin untersagte Marokko EU-Booten, in seinen Hoheitsgewässern zu fischen.

## Die Dynamik des „Arabischen Frühlings“

Anhänger der Polisario werten die Vorgänge in Gdcm Izik als den Beginn des „Arabischen Frühlings“. Ab dem 9. Oktober 2010 errichteten junge Saharais bei Laayoune ein „Zeltlager der Würde“, um gegen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und Ressourcenplünderung durch Marokko zu protestieren. Wochen später war ihre Zahl auf an die 20.000 angewachsen. Am 8. November räumten Polizisten und Soldaten das Zeltlager und verhafteten zahlreiche Aktivisten. Dabei

gab es Todesopfer auf beiden Seiten; die Zahl ist umstritten. Marokko behauptete, dass Polizisten mit Steinen, Messern und Molotowcocktails angegriffen und teilweise brutal hingerichtet worden seien.<sup>55</sup> Nach friedlichem Beginn nahmen die Spannungen zu, als Sicherheitskräfte am 24. Oktober ein in das Lager fahrendes Fahrzeug beschossen und einen 14-jährigen Saharai töteten. Nach der Räumung kam es zu Übergriffen marokkanischer Zuwanderer gegen Saharais.<sup>56</sup>

Die Lage bleibt gespannt. Als am 25. November 2011 in Ad-Dakhla ein Saharai nach einem Fußballspiel von marokkanischen Zuwanderern angegriffen wurde, eskalierten die Auseinandersetzungen im Vorort Wakkala zu einer regelrechten Schlacht, wobei Säbel und sogar Geländewagen als Waffen eingesetzt wurden. Sieben Menschen, darunter zwei Polizisten, sollen getötet worden sein.<sup>57</sup>

Human Rights Watch kritisierte 2011, dass friedliche Unabhängigkeitsbefürworter, Menschenrechtsaktivisten und Journalisten wegen ihrer Ansichten inhaftiert würden. Strafprozesse vor marokkanischen Gerichten würden teilweise unfair geführt, Geständnisse kämen aufgrund illegaler Festnahme oder durch Folter zustande. Bei der Räumung des Zeltlagers habe es Widerstand und Todesopfer auf beiden Seiten gegeben. Die Sicherheitskräfte hätten daraufhin in großem Umfang Zivilisten verhaftet und brutal misshandelt.<sup>58</sup>

Auch der Polisario wirft Human Rights Watch Menschenrechtsverletzungen vor. Als der frühere Polisario-Polizeioffizier Mustapha Salma Ould Sidi Mouloud im August 2010 vom marokkanisch kontrollierten Gebiet in die Lager bei Tindouf gereist sei und für die Autonomielösung geworben habe, sei er wochenlang wegen „Verrats“ und „Spionage“ arretiert worden.<sup>59</sup> In den Flüchtlingslagern habe die Menschenrechtslage allerdings Fortschritte gemacht. So sei - in gewissen Grenzen - Meinungsfreiheit gewährleistet. Die Insassen könnten die Lager verlassen, gegebenenfalls auch in den marokkanisch kontrollierten Teil übersiedeln.<sup>60</sup>

Vom 13.-17. Juni 2011 besuchten erstmals Mitglieder des Bundestagsausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe die Westsahara und die Flüchtlingslager. Der Delegationsleiter Frank Heinrich (CDU) kritisierte danach die Repression der marokkanischen Behörden gegen Personen, die ein Referendum forderten. Sie reiche von Folter bis hin zu plötzlichem Verschwinden. Der marokkanische Menschenrechtsrat sei bislang keiner Beschwerde nachgegangen. Die Westsahara müsse die Wahl zwischen Zugehörigkeit zu Marokko, Autonomie in Marokko und staatlicher Unabhängigkeit haben. Wie von der MINURSO bestätigt, seien die Vorbereitungen für ein Referendum fast abgeschlossen.<sup>61</sup>

In den letzten Jahren appellierten Nichtregierungsorganisationen an den UNO-Sicherheitsrat, das MINURSO-Mandat auf die Beobachtung der Menschenrechte auszuweiten. Doch scheiterten solche Bestrebungen bisher am Widerstand Frankreichs. Die Westsahara-Resolution vom 27. April 2011 betonte allerdings die Bedeutung der Menschenrechte und nahm Marokko beim Wort, in dieser Frage mit der UNO zusammenzuarbeiten.<sup>62</sup>

Bei der Unabhängigkeitsfeier der Polisario am 27. Februar 2011 in Tifariti wurden Dutzende jugendliche Aktivisten jubelt, die auf Umwegen aus dem marokkanisch kontrollierten Territorium in die „Befreiten Gebiete“ gereist waren und von Protest und Repression berichteten.

Es ist anzunehmen, dass die Polisario die zivile Protestbewegung unterstützt und damit eine neue Strategie verfolgt. Denn sie verfügt über unzureichende diplomatische oder militärische Mittel, um den Status quo aufzubrechen. Marokko stützt sich auf eine enge Allianz mit Frankreich. Zudem kann das von Saudi-Arabien finanziell unterstützte Königreich erhebliche Ressourcen für Werbemaßnahmen einsetzen, fördert z.B. in Washington das Moroccan American Center for Policy (MACP) und engagiert renommierte Werbeagenturen wie die Cassidy Group.<sup>63</sup> Eine Rückkehr der Polisario zum bewaffneten Kampf wäre angesichts des marokkanischen Verteidigungswalls nicht erfolgversprechend. Zudem sind Waffen und Ausrüstung ihrer von der MINURSO auf nur noch max. 6.000 Mann<sup>64</sup> geschätzten Armee veraltet. Eine terroristische Option hat die Befreiungsbewegung stets kategorisch ausgeschlossen.

Der „Arabische Frühling“ verändert auch das regionalpolitische Umfeld. Tunesien und Ägypten galten bislang als zuverlässige Unterstützer Marokkos. Die Positionierung neu gewählter Regierungen ist ebenso wie im Fall Libyens offen. Mit seinem Aufruf für einen Beitritt Marokkos zur AU gab sich der neue tunesische Staatspräsident Moncef Marzouki im Januar 2012 Rabat-freundlich. Auch startete er eine Initiative zur Wiederbelebung der Arabischen Maghreb-Union und bezeichnete hierfür die Lösung des Westsaharakonflikts nicht mehr als Vorbedingung.<sup>65</sup>

Die Militärintervention in Libyen hat die Rolle Frankreichs, der USA und der NATO im Maghreb gestärkt - die drei Akteure sind entweder mit Marokko liiert oder pflegen gute Beziehungen mit Rabat. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Dschihadismus im Sahel-Raum stehen sie einem neuen Staat in dieser Region skeptisch gegenüber.

In den Medien wurde auch darüber spekuliert, dass die Polisario durch den Sturz des libyschen „Revolutionsführers“ Muammar Ghaddafi geschwächt wurde.<sup>66</sup> Freilich hatte sich der wankelmütige Ghaddafi schon 1982 Marokko angenähert, die Militärhilfe an die Befreiungsbewegung eingestellt und keine klare Position mehr bezogen. Seine Solidarität mit den Saharais beschränkte sich danach im Wesentlichen auf Stipendien und humanitäre Leistungen.<sup>67</sup>

Entscheidend für die Polisario werden die Entwicklungen in Algerien sein, wo sich der „Arabische Frühling“ noch kaum bemerkbar macht. Die massive Unterstützung durch die dortige Regierung ist an die Generation des algerischen Befreiungskampfes gegen Frankreich gekoppelt, personifiziert in dem bis 2014 amtierenden Staatspräsidenten Abdelaziz Bouteflika. In den für die Westsahara entscheidenden Jahren 1974-76 war er Außenminister. Sollte in Algerien ein umfassender Eliten- und Politikwechsel eintreten, könnte die Unterstützung für die Polisario zurückgehen, womit sie in der Tat existenziell geschwächt würde.

Andererseits sind in der marokkanisch kontrollierten Westsahara weitere Proteste von Saharais zu erwarten, die im Internet- und „Facebook“-Zeitalter weltweit Beachtung finden. Zwar haben dort auch Angehörige dieser Bevölkerungsgruppe von den erheblichen Entwicklungsanstrengungen profitiert. Doch pflegen Marokkaner und Saharais kaum sozialen Kontakt miteinander. Seit der „Intifada“ von 2005 haben sich die gegenseitigen Beziehungen deutlich verschlechtert. Saharais klagen über Diskriminierung bei der Arbeitssuche und Assimilierungsdruck. Ethnisch-kulturell fundierte Parteien sind nicht zugelassen, die Unterstützung der Unabhängigkeit ist verboten, und die anhaltende Zuwanderung von Marokkanern stößt auf Ablehnung. Die Ereignisse von Gdem Izik und Wakkala sind Indikatoren dafür, dass die Gewaltbereitschaft auf beiden Seiten zunimmt.<sup>68</sup>



In diesem Kontext ist darauf zu verweisen, dass auch Marokko von einer gesellschaftspolitischen Dynamik erfasst wird. Es gibt erste Anzeichen, dass Marokkaner die Rechtmäßigkeit und die Kosten der Westsahara-Annexion zu hinterfragen beginnen, selbst Siedler in der Westsahara sollen darunter sein.<sup>69)</sup> Die Zukunft wird zeigen, ob die von allen großen Parteien bejahte „Marokkanität“ der Westsahara auch von der jungen Generation unterstützt wird.

Der „Arabische Frühling“ macht sich auch in den Flüchtlingslagern bemerkbar. So erfolgten dort zum Jahreswechsel 2011/12 Demonstrationen jugendlicher Saharauis, die Reformen in der straff geführten Polisario und neue Ansätze zur Überwindung des Status quo forderten.<sup>70)</sup> Wird sich die Flüchtlingsjugend mit dem marokkanischen Autonomieangebot anfreunden? Wird sie im Gegenteil einen militanteren Kurs fordern, wie von der 2004 gegründeten Fraktion Frente Polisario Khat al-Shahid propagiert? Oder werden frustrierte Jugendliche ihr Heil in der Migration nach Europa suchen?

Jedenfalls bringt der „Arabische Frühling“ Bewegung in den festgefahrenen Westsaharakonflikt. Mit seiner Lösung könnte ein Jahrzehnte altes Flüchtlingsproblem beseitigt und ein zentrales Hindernis für die Arabische Maghreb-Union überwunden werden. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Zur Bevölkerung und Geschichte siehe Virginia Thompson/Richard Adloff: *The Western Saharans*, London 1980; Pazzanita, Anthony G./Tony Hodges: *Historical Dictionary of Western Sahara*, Lanham/USA 1994.
- 2) Georg Gerster: *Sahara: desert of destiny*, New York 1961, S.252f.; Thompson/Adloff (wie Anm. 1), S.215-246.
- 3) Abdelfadil Gnidil: Die völkerrechtliche Lage der ehemaligen Spanischen Sahara (Jur. Diss.), Tübingen 1987, S.84-87.
- 4) UN-Dok. A/RES/1514(XV) v. 14.12.1960.
- 5) UN-Dok. A/RES/2229(XXI) v. 20.12.1966.
- 6) Marokkanische Autoren betonen die marokkanische Orientierung der frühen saharaischen Widerstandsgruppen, so Gnidil (wie Anm. 3), S.41.
- 7) International Court of Justice, *Western Sahara, Advisory Opinion of 16 October 1975*.
- 8) Jacob Mundy: *How the US and Morocco seized the Spanish Sahara. Le Monde diplomatique*, Januar 2006. Internet-Dokument: <http://mondediplo.com/2006/01/12asahara> (Zugriff 6.6.2012).
- 9) Axel Goldau: *Wo eigentlich liegt Marokko?* In: INAMO, Berlin 14 (2008) 56, S.49f.
- 10) U.S. Geological Survey, *Mineral Commodity Summaries*, January 2012, S.119.
- 11) Bahajjoub verweist auf Angaben des UNHCR und Algeriens in Höhe von 12.000 bzw. 20.000 für Ende 1975 (Ali Bahajjoub: *The Western Sahara Conflict: Historical, Regional and International Dimensions*, Marsh Wall/England 2010, S.387). Hingegen geht San Martín, der in den Flüchtlingslagern geforscht hat, davon aus, dass etwa die Hälfte der Bevölkerung geflüchtet ist, bezogen auf den Zensus also 35.000-40.000 Menschen (Pablo San Martín: *Western Sahara. The Refugee Nation*, Cardiff 2010, S.109 und S.191, Anm. 74).
- 12) David Seddon: *Morocco and the Western Sahara*. In: *Review of African Political Economy* (1987) 38 (Apr.), S.24-47.
- 13) UN-Dok. S-RES-690 (1991) v. 29.4.1991.
- 14) Zur MINURSO siehe Martin Pabst: *Listen und Einsprüche. Westsahara: MINURSO nur teilweise erfolgreich bzw. Verhärtete Fronten. Weiterhin Stillstand in der Westsahara-Frage*. In: *Vereinte Nationen, Baden-Baden* 48 (2000) 2, S.67-69 bzw. 53 (2005) 3, S.92-96.
- 15) Recherchen des Vf. und Auskünfte bei einem Besuch der MINURSO in Laayoune, 8.-10.10.2008.
- 16) Marokko protestiert regelmäßig dagegen, da es dieses Gebiet als eine von der MINURSO überwachte Pufferzone betrachtet, in der keine militärischen oder politischen Aktivitäten stattfinden dürfen (Ali Bahajjoub, wie Anm. 11, S.399 und 404/Anm. 88). Das als Referenz angeführte „Military Agreement No. 1“ von 1991 stützt diese Ansicht aber nicht. Denn es vereinbart nur einen 5 km tiefen, entmilitarisierten „Buffer Strip“ östlich des

Walls, zwei „Restricted Areas“ 30 km westlich bzw. östlich davon (im Osten inklusive des „Buffer Strip“) mit Beschränkungen für die Armeen der Konfliktparteien sowie „Areas with Limited Restrictions“. Das Abkommen ist rein militärischer Art, zu zivilen Angelegenheiten wird keine Aussage getroffen (nach MINURSO, Major Karim, acting COPO, Military Briefing, gehalten Laayoune 13.10.2008).

17) 2011 UNHCR country operations profile - Algeria. Internet-Dokument: <http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/page?page=49e485e16> (Zugriff 6.6.2012).

18) In: UNHCR, Inspector General's Office, Investigation Unit: *Inquiry Report INQ/04/005*, Genf 12.5.2005. Internet-Dokument: <http://www.cfif.org/htdocs/archives/UNHCR-IG-Report.pdf> (Zugriff 6.6.2012).

19) United Nations, Department of Economic and Social Affairs Population Division: *World Population Prospects: The 2008 revision*, S.5.

20) Aidan Lewis: *Morocco still provoking resistance in Western Sahara*. BBC News, 22.12.2011. Internet-Dokument: <http://www.bbc.co.uk/news/world-africa-16186928> (Zugriff 6.6.2012).

21) UN-Dok. S/1997/742 v. 24.9.1997.

22) UN-Dok. S/2001/148 v. 20.2.2001.

23) UN-Dok. S/2001/613, Annex I, v. 20.6.2001.

24) UN-Dok. S/2003/565, Annex II, v. 23.5.2003.

25) Address by His Majesty King Mohammed VI (Laayoune, 25/03/06). Internet-Dokument: [http://www.westernsaharaonline.net/pages/HMKM6\\_Sahara.cfm](http://www.westernsaharaonline.net/pages/HMKM6_Sahara.cfm) (Zugriff 6.6.2012).

26) Der Westsaharakonflikt spaltet Familien: Einer der Beiratsmitglieder ist der in Marokko lebende Vater von Mohammed Abdelaziz, dem Generalsekretär der Polisario und DARS-Präsident.

27) United Nations Security Council: *Report of the Secretary-General on the situation concerning Western Sahara*, New York 23.4.2004 (UN-Dok. S/2004/325).

28) UN-Dok. S/RES/2044 (2012) v. 24.4.2012.

29) UN-Dok. S/RES/1754 (2007) v. 31.4.2007.

30) UN-Dok. S/2007/210.

31) In United Nations Security Council: *Report of the Secretary-General on the situation concerning Western Sahara*, New York 5.4.2012 (UN-Dok. S/2012/197) finden sich in der Tat Andeutungen auf Probleme zwischen der MINURSO und Marokko im Bezug auf die Kommunikation der Mission.

32) United Nations: *MINURSO Facts and Figures*. Internet-Dokument: <http://www.un.org/en/peacekeeping/missions/minurso/facts.shtml> (Zugriff 21.9.2012).

33) UN-Dok. A/RES/34/37, Punkt 7, v. 21.11.1979.

34) UN-Dok. S/RES/690 (1991) v. 29.4.1991.

35) So sucht Gnidil nachzuweisen, dass die traditionelle Huldigung saharaischer Stämme gegenüber dem Sultan von Marokko nicht nur ein religiöser, sondern auch ein politischer Akt sei. Die IGH-Richter hätten sich von einer europäischen Völkerrechtssicht leiten lassen (Abdelfadil Gnidil, wie Anm. 3, S.107-123).

36) Prof. Dr. Thomas Bruha: *Der Westsahara-Konflikt aus völkerrechtlicher Sicht. Hintergründe - gegenwärtiger Stand - Lösungsmöglichkeiten*, Vortrag beim Landesverband Bayern der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (unveröff.), 2.3.2009.

37) Prof. Bruha (ebd.) verneint dies.

38) Zur marokkanischen Position siehe z.B. die Internet-Plattformen <http://www.westernsaharaonline.net>.

39) Wie Anm. 11, Bahajjoub, S.385. Der spanische Zensus widerspricht aber Bahajjoub: Für 1950 nennt er 13.627 Einwohner, für 1960 23.793 Einwohner (Insituto Nacional de Estadística. Internet-Dokument: <http://www.ine.es/> [Zugriff 19.9.2012]).

40) Gemäß Fischer Weltalmanach 1976, Frankfurt a.M. 1975, S.145.

41) So argumentiert auch das Marokko-nahe European Strategic Intelligence & Security Center, z.B. Claude Monique: *The POLISARIO Front and the development of terrorism in the Sahel*, Brüssel 20.5.2010. Internet-Dokument: [http://www.esisc.net/en/p.asp?TYP=TEWN&LV=187&see=y&t=27&PG=TEWN/EN/detail\\_os&l=2&AI=1020](http://www.esisc.net/en/p.asp?TYP=TEWN&LV=187&see=y&t=27&PG=TEWN/EN/detail_os&l=2&AI=1020) (Zugriff 6.6.2012).

42) US Embassy Algier an Maghreb Collective, Embassy Madrid, Embassy Paris, Secretary of State, 16.12.2009. Internet-Dokument: <http://leaks.hohesc.us/?view=09ALGIERS1117> (Zugriff 6.6.2012). Die USA haben die Authentizität der Depeschen weder bestätigt noch dementiert. Überwiegend wird angenommen, dass sie authentisch sind.

43) *Key members of Sahara drug ring captured are from Polisario*. Middle East Online, 21.12.2010. Internet-Dokument: <http://www.middle-east-online.com/english/?id=43149> (Zugriff 6.6.2012).

44) Recherchen des Vf. in Tindouf, 1.-3.3.2011.

45) Wie Anm. 42.

46) Wie Anm. 44.

47) United Nations Visiting Mission to Spanish Sahara, 1975, General Assembly, 30th Session, Supplement 23 (UN-Dok. A/10023/Rev.).

48) Virginia Thompson/Richard Adloff (wie Anm. 1), S.309-319. „Wikileaks“ enthüllte eine Depesche der US-Botschaft in Rabat vom Juni 2006, wonach der MINURSO-Truppenkommandeur General Kurt Mosgaard in einer vertraulichen Unterhaltung mit dem US-Botschafter fortdauernde Unterstützung für die Polisario konstatierte habe: Die Saharauis in Laayoune, dort zahlenmäßig inzwischen stark in der Minderheit, seien im Allgemeinen „pro-Polisario“ (US-Botschaft Rabat an Secretary of State, 13.6.2006).

- Internet-Dokument: <http://leaks.hohesc.us/?view=06RABAT1148> (Zugriff 6.6.2012).
- 49) Solar giant Desertec to avoid Western Sahara. The Guardian, 23.4.2010. Internet-Dokument: <http://www.guardian.co.uk/sustainable-business/desertec-western-sahara> (Zugriff 6.6.2012).
- 50) Diese Behauptung stützt sich auf die angebliche Aussage eines anonymen „Mediators“ (Polisario Insiders Reportedly Helped al-Qaeda Kidnap Western Aid Workers from Refugee Camps. Morocco on the Move, 3.11.2011. Internet-Dokument: <http://moroccoonthemove.wordpress.com/press-releases-polisario-insiders> (Zugriff 6.6.2012).
- 51) Wie Anm. 42.
- 52) Colin Kilkelly: New Qaeda spin-off threatens West Africa. Maghreb Panorama, 25.11.2011. Internet-Dokument: <http://maghrebpanorama.com/?tag=jamat-tawhid-wal-jihad-fi-garbi-afriqqiya> (Zugriff 6.6.2012).
- 53) US-Botschaft Rabat an Secretary of State, 4.8.2008. Internet-Dokument: <http://leaks.hohesc.us/?view=08RABAT727> (Zugriff 6.6.2012).
- 54) Ralf Streck: Ausnahmezustand in der besetzten Westsahara. Telepolis, 10.10.2010. Internet-Dokument: <http://www.heise.de/tp/artikel/33/33640/1.html> (Zugriff 6.6.2012).
- 55) Morocco defends deadly raid on Sahrawi camp. BBC News, 16.11.2010. Internet-Dokument: <http://www.bbc.co.uk/news/world-africa-11763092> (Zugriff 6.6.2012).
- 56) Olivier Quarante: Wem gehört die Wüste? Marokko will die Westsahara demographisch erobern. In: Edition Le Monde diplomatique No. 11: Arabische Welt. Ölscheichs, Blogger, Muslimbrüder, Berlin 2012, S.75.
- 57) Ebd., S.73.
- 58) Human Rights Watch: World Report 2011, New York 2011, S.568-575.
- 59) Ebd.
- 60) Human Rights Watch: Human Rights in Western Sahara and in the Tindouf Refugee Camps. New York, 19.12.2008.
- 61) Deutscher Bundestag, Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe: Überfällige Lösung für Westsahara angemahnt, Pressekonferenz 1.7.2011. Internet-Dokument: [http://www.bundestag.de/dokumente/text-archiv/2011/34973489\\_kw26\\_westsahara/index.html](http://www.bundestag.de/dokumente/text-archiv/2011/34973489_kw26_westsahara/index.html) (Zugriff 6.6.2012).
- 62) UN-Dok. S/RES/1979 (2011) v. 27.4.2011.
- 63) Anthony G. Pazzanita: Africa: Morocco Versus Polisario in 2011. Pambazuka News, 6.10.2011. Internet-Dokument: <http://www.pambazuka.org/en/category/features/76900/print> (Zugriff 6.6.2012).
- 64) US-Botschaft Rabat an Secretary of State, 13.6.2006. Internet-Dokument: <http://leaks.hohesc.us/?view=06RABAT1148> (Zugriff 6.6.2012).
- 65) Nabil Zaghdoud: Marzouki' starts Arab Maghreb tour. Arabs today, 8.2.2012. Internet-Dokument: <http://www.arabstoday.net/en/2012020887472/marzouki-starts-arab-maghreb-tour.html> (Zugriff 6.6.2012).
- 66) Qaddafi's fall strengthens Morocco over Western Sahara. Al-Arabiya News, 10.9.2011. Internet-Dokument: <http://www.alarabiya.net/articles/2011/09/10/166204.html> (Zugriff 6.6.2012).
- 67) Die marokkanische Behauptung, dass der libysche Nationale Übergangsrat 556 zur Unterstützung Ghadafis entsandte POLISARIO-Kämpfer gefangen genommen habe, wurde vom Übergangsrat dementiert. Auch sei ihm keine Präsenz von POLISARIO-Kämpfern in Libyen bekannt (Libyan Transitional National Council denies any presence of Polisario Front or assistance to Gaddafi. Sahara Press Service, 31.8.2011. Internet-Dokument: <http://www.spsrasd.info/en/content/libyan-transitional-national-council-denies-any-presence-polisario-or-assistance-gadda> [Zugriff 6.6.2012]).
- 68) Quarante (wie Anm. 56), S.73-75.
- 69) Abdelkader Abderrahmane sen.: The Western Sahara and North African People's Power, Addis Ababa 26.1.2012. Internet-Dokument: [http://www.issafrika.org/iss\\_today.php?ID=1418](http://www.issafrika.org/iss_today.php?ID=1418) (Zugriff 5.6.2012).
- 70) wie Anm. 31).



**Dr. Martin Pabst**

Geb. 1959; Reserveoffizier; Studium der Geschichte, Politischen Wissenschaft und Anglistik in München und Würzburg; Lehrtätigkeit, Forschungsstipendien in Lomé (Togo), London und Oxford; seit 1992 Leitung des Büros Forschung & Politikberatung in München; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; ständiger Mitarbeiter der ÖMZ zu Sub-Sahara/Afrika; in den Jahren 2008-11 Recherchen in beiden Teilen der Westsahara, bei der UNO-Mission MINURSO und in den Flüchtlingslagern im Raum Tindouf (Algerien).

# Geostrategie und Kartenwissenschaft

Robert Ditz/Mirjanka Lechthaler/Reinhard Mang

Rationale Entscheidungsverfahren beruhen immer auf entscheidungsorientierten, vereinfachenden Modellen einer komplexen Realität. Solche Modelle bestehen aus Objekten dieser Realität und den zwischen diesen Objekten bestehenden kausalen Beziehungen. Objekte und Beziehungen werden dabei derart ausgewählt, dass damit die Realität zu einem festgelegten Grad abgebildet, erklärt und prognostiziert werden kann.

Entscheidungsverfahren sind immer dann georaumorientiert, wenn sie auf Modellen beruhen, deren Objekte neben anderen Attributen zwingend auch über Attribute der georäumlichen Verortung (z.B. Koordinaten) verfügen müssen, damit eine Entscheidung getroffen werden kann. Solche Modelle sind Geomodelle.

Enthalten diese Geomodelle einen bedeutenden Anteil an Objekten, die dem Militärwesen zugeordnet sind, so werden sie zu Milgeomodellen. Man unterscheidet deskriptive und explikative Milgeomodelle.

Deskriptive Milgeomodelle sind z.B. topographische und thematische Landkarten. Sie enthalten lediglich Objekte.

Explicative Milgeomodelle sind z.B. Geoexpertensysteme. Sie enthalten nicht nur Objekte, sondern zusätzlich eine Wissensbasis, mit der die zwischen den Objekten wirksamen kausalen Beziehungen (Funktionen) dargestellt werden können.

Entwicklung und Operationalisierung von Milgeomodellen ist erste Aufgabe der Militärgeographie. Dies erfordert - wenn die Ergebnisse nachvollziehbar, lehr- und lernbar sein sollen - den synchronen und synergetischen Einsatz militärwissenschaftlicher und zugleich geowissenschaftlicher personeller Ressourcen, organisatorischer Strukturen, Methoden und Verfahren, die allesamt a priori weder im zivilen noch im militärischen Bereich alleine verfügbar sind. Es bedarf mithin für Forschung und Lehre einer institutionalisierten Brückenfunktion zwischen den beiden sachlogisch kohärenten Teilwissenschaften Militärwissenschaft und Geographie.

Geomodelle sind nicht nur auf allen Ebenen militärischer Entscheidungsfindung (Milgeomodelle), sondern - in Anbetracht zunehmender allgemeiner Globalisierung - auch auf politisch-strategischer Ebene unverzichtbar (Stratgeomodelle). Hier muss etwa das globale Geomodelle Planet Erde und das individuelle Wirtschaftsinteressenmodell eines Staates durch

einen Geostrategen zu einem wissenschaftlich begründeten Entscheidungsmodell integriert werden.

Allen diesen letztlich immer entscheidungsorientierten Geomodellen ist eines gemein: das adäquate inhaltliche Visualisierungsmittel Karte, deren wissenschaftlich begründete Entwicklung, Formalisierung und Realisierung Gegenstand der folgenden Abhandlung ist.

## Definitionen, Positionen, Ambitionen

Der Term „Geostrategie“ besteht ganz offenbar aus zwei Wortbestandteilen: dem Bestandteil „Geo“ und dem Bestandteil „Strategie“. „Geo“ ist selbst wiederum Bestandteil eines zunächst nicht näher definierten Vollwortes. Man wird aber nicht fehl gehen, „Geo“ als Platzhalter für die Terme Geographischer Raum - kurz Georaum - oder für die Worte „georäumlich orientiert“ oder „geowissenschaftlich fundiert“ zu interpretieren.

Zum zweiten Wortteil - Strategie - gibt es unzählige Definitionen. Der österreichische Landesverteidigungsplan 1985 definiert Strategie als die planmäßige Vorbereitung und koordinierte Anwendung aller Mittel durch die Staatsführung und Ausnützung aller ihrer Möglichkeiten zur Wahrung der sicherheitspolitischen Ziele gegenüber allen Bedrohungen.<sup>1)</sup> Die immer auch zeitgebundene Sprache unseres Alltags zeigt nun Tendenzen, diesen umfassenden, sicherheitspolitisch orientierten und in Mode gekommenen Strategiebegriff durch Voransetzen entsprechender Wortteile noch weiter zu spezifizieren. Wir kennen eine Militärstrategie, aber auch eine Verkehrsstrategie, eine Wirtschaftsstrategie oder eine Klimastrategie. Auf politischer Ebene mutieren diese Terme dann zu den medial noch häufiger verwendeten und bekannteren Termen wie Militärpolitik, Verkehrs-



Ein Gastvortragender der Bundeswehr (re.) beim Generalstabslehrgang mit Lagekarten.

politik, Wirtschaftspolitik oder Klimapolitik - in Summe also verschiedenen, durch den jeweils ersten Wortbestandteil näher spezifizierten Politikbereichen.

Alle damit angesprochenen Strategie- oder Politikbereiche zielen offenbar auf die sektorale Optimierung eines Gemeinwesens - in der Regel eines Staates - ab. Folglich muss „Geostrategie“ und damit (eine Ebene darunter) „Geopolitik“ in der Bedeutung von „Georaumstrategie“ („Georaumpolitik“) auf die Optimierung des „Georaumes“ (zur Wahrung der sicherheitspolitischen Ziele gegenüber allen Bedrohungen) abzielen. Was aber ist nun der Georaum?

Unter „Georaum“ soll im Rahmen dieses Beitrages der dreidimensionale, anschauliche, physikalische Materie enthaltende Raum verstanden werden. Damit wird dieser Raum eindeutig etwa gegenüber allen Arten mathematisch-statistischer Räume, aber auch gegenüber dem „Cyberraum“ abgegrenzt. Es ist der Raum, in dem wir alle leben, den wir unmittelbar erleben, dessen Präsenz evident ist.

Die o.a. Optimierung dieses Georaumes durch geostrategische oder geopolitische Maßnahmen erfolgt nun - vereinfacht gesagt -

- im Inneren eines Staates durch Maßnahmen der örtlichen und überörtlichen Raumplanung und Raumordnung,
- im Äußeren eines Staates durch Maßnahmen der Außenpolitik.

In beiden Fällen werden die angestrebten Optimierungsziele im Wege konsensualer innen- bzw. außenpolitischer Interessenausgleiche erreicht. Dies war nicht immer so, ist nicht überall so, und niemand weiß, ob dies immer so sein wird. Darin begründet sich wohl auch die historisch noch immer verspürbare Belastung dieser Terme.

Liegt das geostrategische oder geopolitische Ziel eines Systems nun in der Wahrung bestehender Verhältnisse, handelt es sich also um wesensgemäß defensive Maßnahmen, so entsteht Veränderungsdruck in der Regel von außerhalb des Systems.

Liegt das geostrategische oder geopolitische Ziel eines Systems hingegen in der Veränderung bestehender Verhältnisse, handelt es sich also um wesensgemäß offensive Maßnahmen, so entsteht Veränderungsdruck in der Regel von innerhalb des Systems.

Der zweite Term im Titel dieses Beitrages ist die „Kartenwissenschaft“. Ihr - und im Besonderen ihrer Definition und Struktur - ist im Weiteren das Schwergewicht gewidmet. Dies deshalb, weil nur mit solider Kenntnis der Mittel, Verfahren und Produkte der Kartenwissenschaft georäumlich orientierte Entscheidungen - eben und gerade auch auf höchster Ebene - getroffen und abgesichert werden können. Denn woher bezieht ein Entscheidungsträger sein Wissen über den Georaum in globaler, kontinentaler, nationaler oder regionaler Dimension, wenn nicht aus geeigneten, für ihn nachvollziehbaren, einsichtigen Abbildungen dieses Raumes? Und diese Abbildungen sind eben bei Weitem nicht nur etwa rohe oder aufbereitete Fernerkundungsdaten - es ist die Vielfalt kartenwissenschaftlicher Produkte unterschiedlicher Thematik und unterschiedlicher Datenaufbereitung. Es sind darüber hinaus immer die Ergebnisse kartenwissenschaftlicher Grundlagenforschung, Regelentwicklung und deren praktischer, maßstabsadäquater (karto-)graphischer Umsetzung.

Man mag nun einwenden, dass ja zusätzlich immer auch persönliche Kenntnisse des betreffenden Raumes in die Entscheidungsfindung einfließen. Dabei ist aber zu bedenken, dass jede persönliche Kenntnis eines bestimmten Georaumausschnittes zum Zeitpunkt der Entscheidungsfindung zumeist punktuell, selten aber linear, areal, synthetisch oder multithematisch ist. Solche komplexeren, zeit- und flächensynchronen Kenntnisse vermitteln lediglich kartenwissenschaftliche Produkte, denen damit ganz offenkundig außerordentliche Verantwortung aufgebürdet wird. Inadäquate Karten = falsche Entscheidungen ist eine zulässige Kurzformel hierfür.

Gemäß der Vorschrift „Führungssystem des ÖBH“, Stand 1. Mai 2000, S.89 ist „*die Lagekarte die wichtigste Führungsunterlage des Kommandanten...*“. Abstrahiert man diese Aussage geringfügig von ihrem militärisch orientierten Inhalt, so wird die Karte generell zur wichtigsten Entscheidungsgrundlage für alle georäumlich orientierten Entscheidungsverfahren. Dies trifft für alle sachlichen Sparten, aber auch für alle hierarchischen Entscheidungsebenen gleichermaßen zu - also auch für höchste militärische und politische Ebenen.

Der deutsche Historiker, Philosoph und Soziologe Karl Schlögel hat in seinem Werk „Im Raume lesen wir die Zeit“ quasi als „außenstehender“ Beobachter die Karte und ihre (machtpolitische) Bedeutung unter verschiedenen Aspekten bewertet. Er bestätigt die o.a. Bewertung kartographischer Produkte, indem er u.a. feststellt: „*Kein Krieg beginnt ohne Karten und kein Krieg geht zu Ende ohne Karten.*“<sup>(2)</sup> oder „*Karten bilden Macht ab und sind Machtinstrumente.*“<sup>(3)</sup>

Es erstaunt auch wenig, wenn er zur Erkenntnis gelangt: „*Macht findet im Raum statt... Karten bilden Macht ab. Kartenwissen ist sogar selbst Macht. Wer Karten hat, weiß mehr über die Organisation eines Raumes.*“<sup>(4)</sup>

Und weiter stellt er fest: „*...vermutlich nie zuvor in der Geschichte hatte es einen so großen Bedarf an mastering space, Raumüberwindung, Raumbeherrschung, Raumaufklärung und Raumerforschung gegeben, und zwar weltweit.*“<sup>(5)</sup>

Nun mag man einwenden, dass in Zeiten fortschreitender Virtualisierung von Konflikten, also zunehmender Verlagerung von Auseinandersetzungen in den Cyberspace, Bedeutung und Darstellung des klassischen geographischen Raumes an Bedeutung verlieren. Doch auch hierzu äußert sich Schlögel: „*Es zeigt sich, dass auch in Zeiten von Cyberspace Ortskenntnis und Terrainerkundung nicht überflüssig geworden sind.*“<sup>(6)</sup> Dies ist durchaus nachvollziehbar, denn auch genuine Elemente des Cyberspace sind letztlich materielle Objekte - wie Rechner, Server, Datenleitungen, Datenendgeräte usw., die ihrerseits wieder alle im geographischen Raum verortet sind. Ihre Positionen in diesem Raum müssen daher fundamentale Elemente jeglicher (sicherheitsorientierten) Lagebeurteilung sein.

Die klassische Karte ist das zentrale, das beste und zugleich bewährteste Mittel für die Kommunikation georäumlicher Strukturen. Dies gilt gleichermaßen für alle Arten analoger und digitaler kartographischer Produkte, seien es inhaltliche (z.B. topographische oder thematische Karten), seien es maßstäbliche Aspekte (z.B. Detailkarten oder Übersichtskarten).

Doch vor der Bereitstellung kartographischer Endprodukte, vor der Abbildung des geographischen Raumes steht seine zweckorientierte Analyse, steht die Auswahl entscheidungsrelevanter Objekte und Sachverhalte sowie die Untersuchung der zwischen diesen wirksamen kausal-funktionalen Beziehungen. Und diese Analyse war und ist immer die vornehmste Aufgabe der in ihrem Selbstverständnis stets integrativ-orientierten Wissenschaft „Geographie“. In historischer Sichtweise sind diese beiden Wissenschaften - Geographie und Kartenwissenschaft - aber nicht von außen in georaumorientierte, strate-

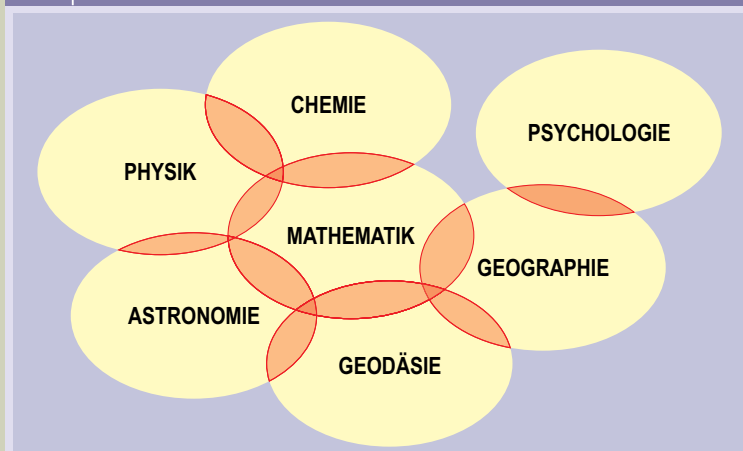
gische, politische oder militärische Entscheidungsverfahren eingeflossen, sie wurden vielmehr innerhalb dieser Bereiche (v.a. im Rahmen militärischer Organisationen) selbst entwickelt und dort auch zu einer hohen Vollkommenheit geführt. Erst viel später entstanden daraus die zivilen Zweige dieser Wissenschaften. So stellt auch Schlögel fest: „Fast überall ist die Zivilgeographie aus der Militärgeographie, die Zivilkartographie aus der Militärkartographie hervorgegangen oder sind die Verbindungen überaus wichtig und offensichtlich.“<sup>7)</sup>

Georäumlich orientierte Entscheidungsverfahren bedürfen also immer zwangsläufig geeigneter Abbildungen des geographischen Raumes. Denn textliche Darstellungen vermögen immer nur ein „Nacheinander“ zu vermitteln, das Bild hingegen - und auch die Karte ist ein Bild - das „Nebeneinander“. Aus dieser Sicht ist der bekannte Satz „Ein Bild sagt mehr als 1.000 Worte“ einsichtig. Man versuche doch etwa, eine ganz einfache militärische Lageskizze präzise nur mit Worten zu beschreiben - ein zeitaufwändiges und zudem ineffizientes Unterfangen!

Nach alledem ist einsichtig, dass wohl jeder Träger georäumlicher Entscheidungen über ein Grundwissen verfügen sollte, wie denn nun diese „wichtigste Führungsunterlage des Kommandanten“ entsteht, welche Prozesse hierfür erforderlich sind, welches Systemwissen (im Sinne einer Quellenkritik) auf Seiten des Entscheidungsträgers zweckmäßig ist, um die Kommunikationskette vom Georaum zum entscheidungsorientierten Georaummodell jederzeit transparent zu halten. Es kommt darauf an, die existenziellen Rahmenbedingungen der Kartenwissenschaft im Reigen der Nachbarwissenschaften zu beleuchten und ihre fachwissenschaftlichen Ambitionen darzulegen.

Globalisierung und Vernetzung, Interdisziplinarität und Transdisziplinarität führen vielfach zur Auflösung klassischer Kernkompetenzen und Grenzen von Wissenschaften. Die Grundsatzfrage lautet daher zunächst: Sind klassische, scharfe Definitionen der Kompetenz- und Aufgabenbereiche von Wissenschaften in Zeiten der Vernetzung, der Synergie, der Integration usw. noch zeitgemäß oder bereits kontraproduktiv? Abbildung 1 zeigt am Beispiel kartenwissenschaftlich relevanter Nachbarwissenschaften deren gegenseitige inhaltliche und methodisch notwendige Durchdringungen und Verflechtungen.

Abb.1 Kartenwissenschaftlich relevante Nachbarwissenschaften und deren inhaltliche und methodische Verflechtung



Quelle: Autoren

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner

Trotz all dieser Interdependenzen gibt es aber noch immer Kernkompetenzen und diesbezüglich auch Grenzen der Wissenschaften zueinander. Diese Grenzen muss es auf absehbare Zeit auch weiterhin - insbesondere aus praktischen Erwägungen - geben. Man kann und muss diese Grenzen daher auch definieren. Dieser Imperativ hat neben der theoretischen auch eine sehr vitale praktische Bedeutung. Es handelt sich nämlich darum, wie man der im Zuge struktureller Reorganisationen von Dienststellen und deren Aufgabenbereichen entstehenden Gefahr einer aufgabenseitigen und damit auch organisatorischen Filetierung der Kartenwissenschaft - einer aufsplitternden Zuordnung von Teilen ihrer Aktivitäten zur Informations- und Kommunikationstechnik (IKT), zur Geoinformatik, zur Computergraphik und zu anderen Nachbarbereichen, begegnet.

Einer derartigen „Atomisierungs“-Gefahr unterliegt nun nicht nur die Kartenwissenschaft, sondern jede Wissenschaft, die sich ihr (Basis-)Wissen aus „Nachbarwissenschaften“ entlehnt, um dieses für ihre eigenen Fragestellungen integrierend in Wert zu setzen. Daraus entsteht seitens der „Geberwissenschaften“ oftmals der Eindruck, dass es sich bei den „Nehmerwissenschaften“ doch lediglich um partielle Auslagerungen eigener Kompetenzen handelt und dass diese Kompetenzen möglichst umgehend wiederum - womöglich erweitert - reimportiert werden sollten. Dies gilt daher übrigens - ceteris paribus - auch für die sich maßgeblich auf die Produkte der Kartenwissenschaft abstützenden Aufgabenbereiche Geostrategie und Geopolitik.

Und auch hier ist wieder eine Dualität zu erkennen: Denn was für die integrierende Kartenwissenschaft gilt, muss auch für andere Wissenschaften gelten: Aufgabenseitige Erweiterungen von Nachbarwissenschaften führen dort zu teilweiser Arrogierung kartenwissenschaftlicher Aufgaben- und Aktivitätsbereiche, oftmals durch fachfremde Akteure in artverwandten Berufen - wie etwa dem Gebrauchsgraphiker, dem Navigationssystemdesigner, dem Geoinformatiker, dem Mediendesigner usw. Diese Berufe - ihre Aufgaben und ihre Aktivitäten - dringen also von außen in die kartenwissenschaftliche Kerndomäne ein, ohne dass hierfür aber die erforderlichen ausbildungsseitigen Voraussetzungen gegeben wären.

Schlussendlich sind aktuelle und mittelfristig zukünftige Position und Ambition der Kartenwissenschaft noch durch ein anderes, ebenfalls generelles Phänomen gefährdet. Je höher nämlich der Grad der Formalisierung, der Regelbasierung der Kartenwissenschaft ist, umso eher können auch Nichtfachleute deren Ergebnisse nutzen. Diesen Nichtfachleuten stehen schlussendlich zahlreiche kartenwissenschaftlich begründete black boxes zur Verfügung, in die lediglich irgendwelche Ausgangsdaten einfließen, die dann - zunehmend computergestützt - fachwissenschaftlich abgesicherte Erkenntnisse und Ergebnisse, eventuell sogar bereits in kommerziell verwertbarer Form, liefern.

Die langfristige und zugleich zwangsläufige Konsequenz aus dieser Entwicklung liegt darin, dass sich die Kartenwissenschaft tendenziell im Verlauf der Zeit selbst wegrationalisiert! Denn wenn alle durch sie entwickelten Methoden und Verfahren einwandfrei formalisiert, algorithmisiert und programmiert sind, kann sich jedermann dieser black boxes bedienen. Damit wäre dann das Ende der Kartenwissenschaft erreicht. Zweifellos hat hierzu die omnipräsente Diffusion der Daten- und Informationsverarbeitung nachhaltig beigetragen. Denn erst die Formalisierung von Prozessen schafft die Voraussetzung für deren Algorithmisierung, deren maschinenadäquate Programmierung und Automatisierung. Somit gilt nun etwa bald jeder, der ein

ausgereiftes kartographisches Softwarepaket auch nur halbwegs hinreichend beherrscht, als Kartograph! Als schwacher Trost kann gelten, dass dieses Phänomen eben nahezu alle jene Wissenschaften betrifft, die formalisierte Verfahren zur Bereitstellung irgendeines Produktes entwickeln.

Schon lange vor dem „EDV-Zeitalter“ gab es „Strategiespiele“, deren Vielseitigkeit durch den Übergang in das digitale Zeitalter Legion geworden ist. Doch formale Regeln mit absoluter Erfolgsgarantie gibt es bis jetzt weder in der Geostrategie/Geopolitik noch in der Kartenwissenschaft.

### Basis der Kartenwissenschaft

Zur terminologischen Lösung der gegenseitigen Abgrenzung von Wissenschaften gibt es grundsätzlich eine passive und eine aktive Ausgangsposition. Bei passiver Ausgangsposition werden durch die Summe der Definitionen von Nachbarwissenschaften jene Restbereiche ermittelt, die mit diesen Definitionen nicht abgedeckt werden. Sie beschreiben dann das Aktivitätsfeld der eigenen Wissenschaft. Bei aktiver Ausgangsposition hingegen wird eine terminologische Abgrenzung aus dem eigenen Aktivitätsbereich ohne Rücksicht auf Überschneidungen mit anderen Bereichen vorgenommen. Analog zu dem bekannten Statement „Geography is what geographers do“ ist dann eben „Geostrategie/Geopolitik das, was Geostrategen tun“ und „Kartenwissenschaft das, was Kartenwissenschaftler tun“. Diese Variante erscheint insbesondere bei Integrativwissenschaften nicht nur erlaubt, sondern durch den adjektivischen Wortteil integrativ sogar zwingend erforderlich. Denn eine Integrativwissenschaft ist eine Wissenschaft, die in Forschung und Lehre einen grundsätzlich interdisziplinären Ansatz zur expliziten Nutzung und Inwertsetzung von Wissensinhalten anderer Wissenschaften verfolgt, um solcherart neue, durch diese allein nicht erbringbare Wissensinhalte zu schaffen.

Die o.a. aktive Position ist der Weg, das Gesetz des Handelns wieder an sich zu ziehen und nicht zu warten, bis man durch andere, fachfremde Akteure endgültig in den defensiven Zwang permanenter Existenzrechtfertigung gedrängt wird. Die Kartenwissenschaft festigt sich also nicht nur im Wege einer defensiven, sondern durchaus auch im Wege einer offensiven Haltung gegenüber den terminologischen Grenzen zu benachbarten oder ähnlich strukturierten (Integrativ-)Wissenschaften. Überschneidungen sind dabei kein Casus Belli, sondern im Gegenteil ein Zeichen fruchtbarer Vernetzung und gegenseitiger Durchdringung. Abbildung 2 zeigt hierzu schematisierend die Struktur der Kartenwissenschaft als synergetisch zweckmäßige Integration relevanter Nachbar- oder Basiswissenschaften.

Die Integration mit Bedarfsträgerwissenschaften oder -bereichen wie etwa der Geostrategie ist hier bewusst noch nicht berücksichtigt, weil diese Vernetzung erst in einer höheren Integrationsstufe auftritt.

Weder in der Kartenwissenschaft noch in der Geostrategie/Geopolitik gibt es Kernkompetenzen, die nicht in irgendeiner Art eine Kombination externer Wissenschaftsinhalte sind. Beide Bereiche sind mithin klassische Integrativwissenschaften, die ihre Erkenntnisse und Fortschritte mit Masse aus der geeigneten Kombination bereits vorhandenen Wissens

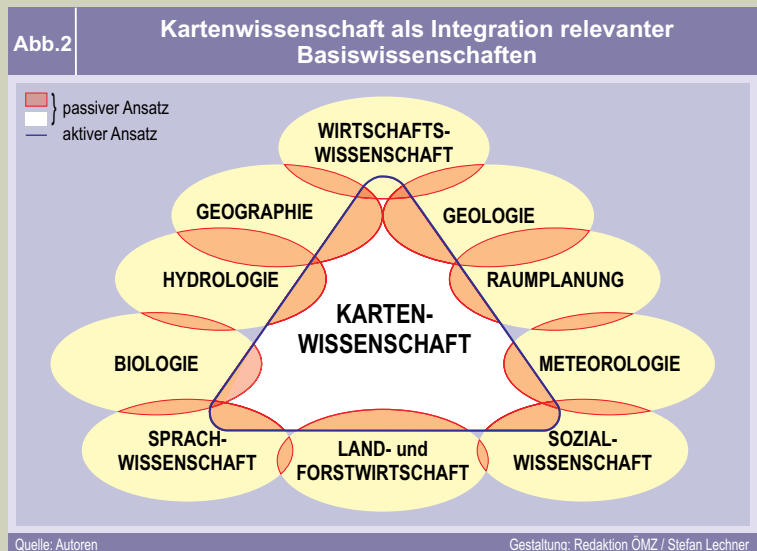
aus anderen Wissenschaften gewinnen. Sie stehen damit nicht allein, denn es gibt streng genommen wohl nur sehr wenige nicht-integrative Wissenschaften wie z.B. die Mathematik oder die Logik. Die Qualifikation Integrativwissenschaft gilt so gesehen also ganz sicher für wesentlich mehr Wissenschaften, als man dies auf den ersten Blick vermuten würde.

Wissenschaft und Technik bringen permanent neue Produkte auf den Markt. Oftmals setzen sich dabei aber aus ökonomischen Gründen gerade qualitativ minderwertigere Produkte durch. Da es außerhalb der Kartenwissenschaft aber kein ausreichendes, ausbildungsseitig erworbenes Qualitätsbewusstsein geben kann („kartographisches Analphabetentum“ nach E. Arnberger, schon 1966!<sup>8)</sup>), das die Konsumenten zur gezielten Wahl hochwertiger Produkte anleiten könnte, ist alleine schon marktbedingt langfristig mit einem umfassenden Qualitätsrückgang kartographischer Produkte zu rechnen. Da dieses mangelnde kartowissenschaftliche Qualitätsbewusstsein aber nun auch bei vielen (re)organisationsbetreibenden Entscheidungsträgern gegeben ist, entsteht nahezu zwangsläufig ein doppeltes Anerkennungsdefizit und damit eine akute Existenzkrise der Kartenwissenschaft: Denn wenn einerseits nicht bekannt ist, was die Kartenwissenschaft eigentlich leisten kann, wird sehr bald ihre Existenzberechtigung infrage gestellt. Wenn andererseits aber noch mangelhafte kartographische Produkte auf dem Markt als Beweis für die Ineffizienz der Kartenwissenschaft herangezogen werden, wird verständlich, dass ihr institutioneller Fortbestand gefährdet ist. Und spätestens an dieser Stelle werden wieder Analogien sichtbar: Bestehen adäquate Tendenzen nicht auch im geostrategisch/geopolitischen Bereich? Führen mangelnde geographische Basiskenntnisse seitens der Konsumenten und die Überschwemmung des Marktes mit minderqualitativen Georäumenalysen nicht auch zur Infragestellung geostrategisch/geopolitischer Forschung und Entwicklung?

Um also solchen Entwicklungen wirksam zu begegnen, kommt es für die Kartenwissenschaft darauf an,

- ihre Kernkompetenzen darzustellen,
- ihre Vernetzung mit Nachbarwissenschaften als Teil ihres Selbstverständnisses (als Integrativwissenschaft) festzuschreiben und, aufbauend darauf schließlich,
- eine zeitgemäße, zweckorientierte, konsensuale, transportable und kommunizierbare Terminologie der Kartenwissenschaft und gegebenenfalls ihrer Teilbereiche zu entwickeln.

Historisch gesehen ist die Kartographie der älteste, methodisch am weitesten entwickelte Teil der Kommunikations-/Informationsgraphik.



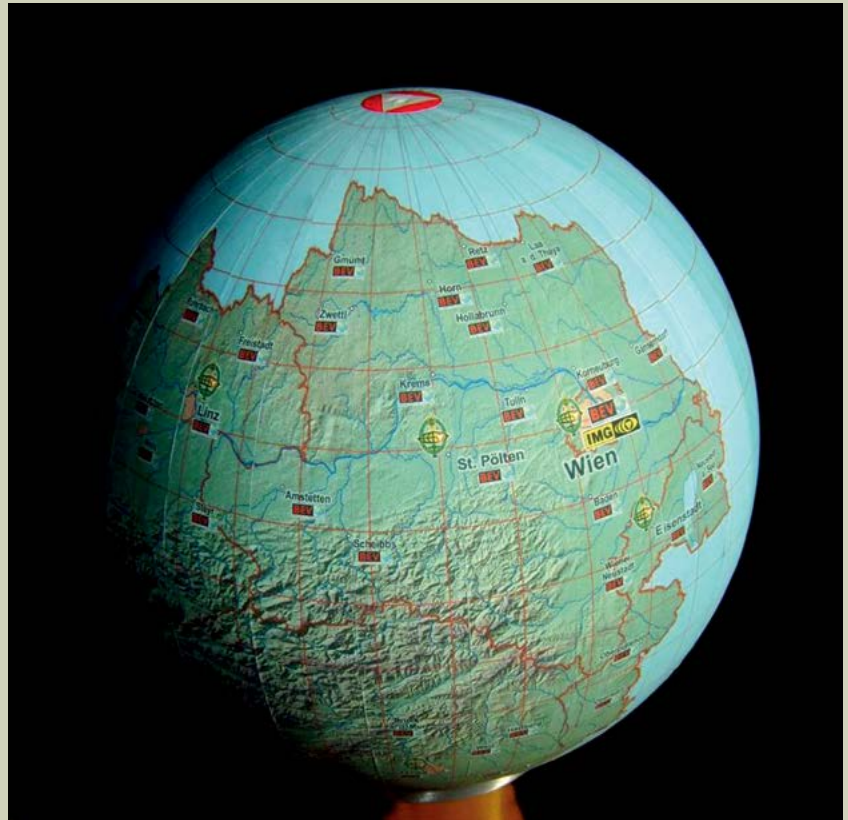
So sind etwa paläolithische Höhlenmalereien oder Tontafeln mit Ortsbezeichnungen bereits in Mesopotamien um 2.300 v. Chr. bekannt.<sup>9)</sup> Diese Kartographie hat ihre über Jahrhunderte, wenn nicht über Jahrtausende entwickelten Methoden und Verfahren praktisch ausschließlich auf den Gesetzmäßigkeiten des geographischen Raumes, des Georaumes, aufgebaut.

Dieser Georaum ist aber definitiv noch nicht unmittelbarer Gegenstand der Kartenwissenschaft. Vielmehr wird dieser reale, hochkomplexe Raum zunächst durch verschiedene Fachwissenschaften auf vereinfachende, operationalisierte Erklärungen und Prognosen ermöglichende Modelle - so genannte Georaummodelle oder einfach Geomodelle - abgebildet.

Ein Modell ist hier eine sachwissenschaftlich definierte intelligente Teilmenge von Objekten und Relationen einer transintelligiblen Realität, die diese in Form von Faktoren und Funktionen derart erfasst und abbildet, dass damit Erklärungen und Prognosen in einer festgelegten Qualität möglich sind.

Ein Geomodell ist hier analog eine geowissenschaftlich definierte, intelligente Teilmenge von Objekten und Relationen des transintelligiblen Georaumes, die diesen in Form von Geofaktoren und Geofunktionen derart erfasst und abbildet, dass damit georäumlich orientierte Erklärungen und Prognosen in einer festgelegten Qualität möglich sind.

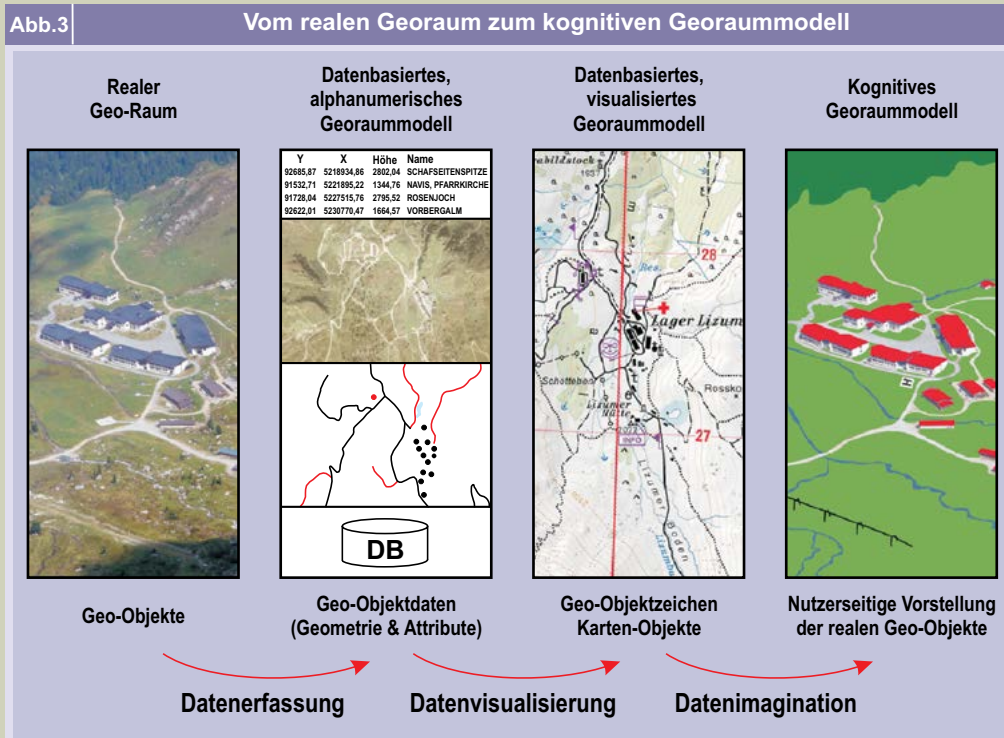
So erfolgt etwa als Vorstufe zur Erstellung einer geologischen Karte eine die Realität unterschiedlich stark vereinfachende geologische Modellbildung aus den realen, komplizierten geologischen, tektonischen oder lithologischen



Lagerungsverhältnissen. Erst dadurch wird eine kartenwissenschaftlich zulässige kartographische Umsetzung ermöglicht.

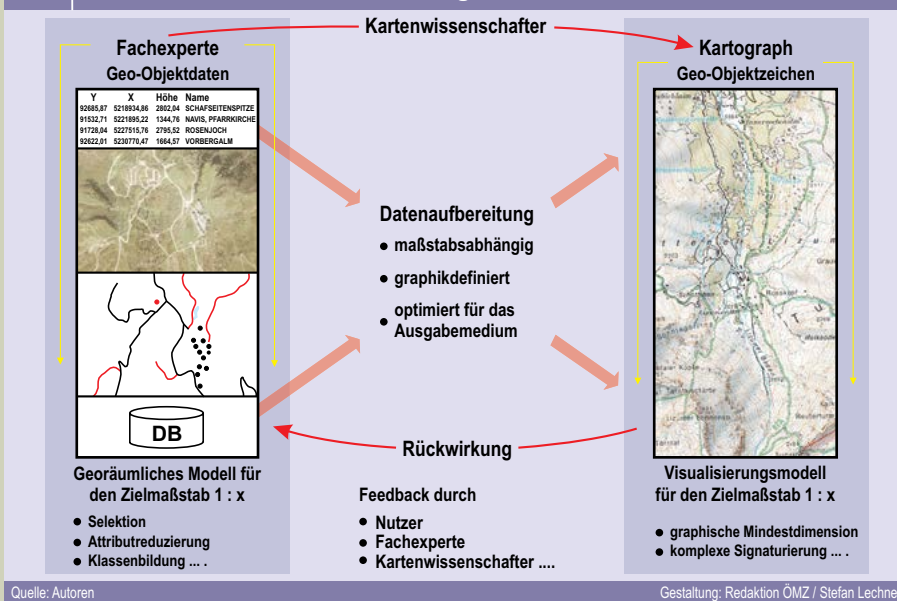
Analoges gilt für Geomodelle zum Zwecke geostrategischer/geopolitischer Entscheidungsverfahren. Hier kann weder der Entscheidungsträger selbst noch der Kartenwissenschaftler eine brauchbare Modellbildung vornehmen. Es bedarf eines „Geointerpreters“, etwa eines Politikgeographen, eines Militär- oder Wehrgeographen, um - analog zur Bildung eines Milgeomodells für militärische Zwecke - die Bildung eines „Stratgeomodells“ für strategische Zwecke vorzunehmen.

Geometrische Vereinfachungen, Betonungen, Eliminierungen, thematische Klassenbildungen usw. von Objekten und Sachverhalten des Georaumes sind also lediglich einzelwissenschaftliche Vorstufen für eine kartenwissenschaftlich begründete Umsetzung in eine (karto-)graphische Ausdrucksform. Die entstehenden Geomodelle mit all ihren sachwissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten sind somit die Eingangsgrößen jeglicher kartenwissenschaftlicher und damit Kartographischer Aktivitäten. Diese Aktivitäten kulminieren immer in der Visualisierung der Geomodelle. Darunter versteht man den Prozess



Quelle: Autoren

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner



und zugleich das Produkt der auf einem Trägermaterial dauerhaft gespeicherten, reproduzierbaren graphischen Veranschaulichung von Objekten und Sachverhalten zur unmittelbaren Rezipierung durch den Gesichtssinn, zur optischen Wahrnehmung.

Unbeschadet dessen umfassen Visualisierungen immer auch dann „kartenverwandte Ausdrucksformen“ (Blockdiagramme, Globen, Karten für Sehbehinderte usw.), wenn diese eindeutig überwiegend zur Erfassung durch den Gesichtssinn und nicht durch andere Sinne (z.B. taktil, auditiv) konzipiert und ausgeführt sind. Ansonsten wären es nicht-kartographische Geomodelle.

Interessant erscheint die Frage nach der terminologischen Zuordnung offensichtlich sinnleerer Produkte wie etwa des für ganz andere Zwecke geschaffenen Globus von Österreich.<sup>10</sup> In diesem konkreten Fall wurden Methoden und Verfahren der Kartenwissenschaft auf ein Produkt angewandt, für das es hinsichtlich seines Ortes und seiner planetarischen Dimensionen kein wie immer geartetes reales Urbild gibt und das deshalb auch nicht als wissenschaftlich begründetes, Kartographisch visualisiertes Geomodell bezeichnet werden kann (Abbildung 3).

Weshalb wird nun ein derartiges „sinnleeres“ Produkt überhaupt erwähnt? Weil es eine Unzahl an ähnlichen, realitätsverzerrenden Darstellungen der Erde gibt - und die meisten werden als solche gar nicht erkannt. Welche geostategische Entscheidung etwa berücksichtigt die konkreten geometrischen Lagerrelationen auf der realen Erdkugel? Ist in der Vorstellungswelt des Entscheidungsträgers nicht vielmehr eine Planisphäre (die zweidimensionale Darstellung der Erde) als ein Globus prägend und daher präsent? Wer kann schon die eigenartigen, sinusförmigen Bahnen erdumkreisender Satelliten auf Planisphären als geometrisch korrekte Abbildungen nahezu kreisförmiger Umlaufbahnen „erkennen“ und „sehen“? Und von diesen Bahnen ist es auch nur ein kurzer Verständnisweg hin zur Dislokation von Abschusszentren ballistischer Interkontinentalraketen und den davon ausgehenden ortsbegründeten Bedrohungen.

Die Abbildung unten zeigt schematisch für einen sehr großmaßstäblichen Bereich den Weg vom realen, hochkom-

plexen Georaum über ein datenbasiertes Georaummodell zu einem datenbasierten, visualisierten Georaummodell - der kartographischen Visualisierung. Diese Visualisierung wird für den Kartennutzer zur Basis seines eigenen, internen kognitiven Georaummodells - jener Vorstellung des realen Georaumes also, die der Kartennutzer auf Basis der kartographischen Visualisierung in seiner Vorstellung, seiner Imagination, entwickelt.

Kartographen sind infolge ihrer kollateralen, curricular begründeten geographischen Ausbildung häufig in der Lage, zahlreiche dieser Geomodelle selbst zu entwickeln und zu visualisieren. Die Erfahrung lehrt, dass dies zweckmäßig ist, um derart eine möglichst verlustfreie Kommunikation zwischen Geomodellbedarftäger,

Geomodellentwickler und Geomodellvisualisierer sicherzustellen. Denn nur wenn der Geomodellvisualisierer (der Kartograph) über ein solides Basiswissen der Gesetzmäßigkeiten des Georaumes (der „Objektgesetzmäßigkeiten“ i.S. E. Ambergers, 1967) verfügt, können logische Fehler beim Visualisierungsprozess vermieden werden. Die Praxis gibt dieser Ansicht Recht, denn eine reine Lehre kartographischer Methoden und Verfahren ohne jeglichen geowissenschaftlichen Hintergrund ist in akademischen Curricula bislang nirgendwo anzutreffen.

In diesem Zusammenhang erhebt sich allerdings die Frage, ob überhaupt irgendjemand den realen, hochkomplexen Georaum als Ganzes erfassen kann oder ob dieser nicht vielmehr selbst schon ein Modell eines in Wahrheit niemals erfassbaren - weil unendlich komplexen - Georaumes ist. Darin liegt wohl die Ursache mannigfaltiger Fehlentscheidungen in allen Ebenen und Sachgebieten. Denn da es schlichtweg unmöglich ist, die reale Vielfalt des Georaumes zu erfassen, degradiert der entscheidungsorientierte Selektionsprozess automatisch zu einer Sekundärselektion - der Selektion aus einer lediglich als vollständig angenommenen Grundgesamtheit an Objekten und Sachverhalten. Da bleibt Wesentliches oft unerkannt auf der Strecke ...

Eine ganz bestimmte kartographische Kernaktivität, die vielfach als die Kernkompetenz der Kartenwissenschaft bezeichnet wird, die kartographische Generalisierung, verliert unter den oben angeführten Aspekten allerdings jede Bedeutung. Denn inhaltliche Modifikationen eines gegebenen Geomodells können ausschließlich dem dieses Modell entwickelnden und bereitstellenden Fachwissenschaftler obliegen. Der Kartenwissenschaftler hat die Aufgabe, die sachgerechte Visualisierung des ihm vorgegebenen Geomodells zu bewältigen und er ist nicht autorisiert, durch rein graphische Visualisierungsmaßnahmen in irgendeiner Weise den diesem Modell zugrunde liegenden Georaum quasi rekursiv selbsttätig zu modifizieren. Woher soll etwa ein Kartenwissenschaftler wissen, welche Bodenschätze für einen Entscheidungsträger von „geostategischer“ Bedeutung sind und welche daher - auch bei ganz geringer Förderung - noch in wesentlich kleineren Kartenmaßstäben (also bei großräumlicher Betrachtung) entscheidungsrelevant sind und daher in geeigneter Weise wiedergegeben werden müssen?

Abbildung 5 zeigt hierzu, dass es für jeden Zielmaßstab einer gesonderten fachwissenschaftlichen Geomodellbildung bedarf und



der rein kartographische Generalisierungsbegriff somit in Wahrheit seiner eigentlichen Grundlage entbehrt.

In diesem Sinne ist auch zu fragen, ob es für ein und dieselbe kartographische Aufgabe nicht mehrere methodisch „richtige“ Lösungen gibt. Wäre dies der Fall, dann erhöhe sich nämlich die Frage nach der strengen Nachvollziehbarkeit und damit auch der Wissenschaftlichkeit kartenwissenschaftlicher Methodenlehre. In vielen Fällen sind kartographische Aufgabenlösungen, also die Geomodellvisualisierungen, durch unterschiedliche Zwecke, denen das Endprodukt dienen soll, gesteuert, woraus sich nun logischerweise auch unterschiedliche Lösungen ergeben können. Ist der Zweck jedoch hinreichend scharf definiert, so wird damit auch der Lösungsspielraum entsprechend eingeschränkt, und man nähert sich dann einer einzigen, einer strengen Lösung.

Aus solchen Erkenntnissen heraus resultieren Publikationen wie jene von Monmonier,<sup>11)</sup> deren große Verbreitung wenig geeignet ist, kartographischen Produkten die verdiente Wertschätzung entgegenzubringen.

### Struktur der Kartenwissenschaft

Die Kartenwissenschaft besteht, wie viele andere vergleichbare Wissenschaften, aus den Bereichen Grundlagenforschung, Regelentwicklung und Anwendung. Es ergeben sich folgende Festlegungen:

Kartenwissenschaft ist die Integrativwissenschaft der Visualisierungen von Geomodellen.

Der Term Visualisierung in dieser Definition umfasst sowohl Prozesse (kartographische Visualisierung) als auch Produkte (kartographische Ausdrucksformen). Die Verwendung der Mehrzahlform Visualisierungen erscheint daher besonders geeignet, Prozesse (Methoden, Verfahren) und Produkte gleichermaßen anzusprechen.

Der Bereich kartenwissenschaftlicher Grundlagenforschung zur Schaffung eines formalorientierten Erkenntnisystems wird durch den Teilbereich Kartologie abgedeckt.

Der Bereich kartenwissenschaftlicher Anwendungsforschung zur Schaffung eines visualisierungsorientierten Regelsystems wird durch den Teilbereich Kartonomie abgedeckt.

Der Bereich kartenwissenschaftlicher Anwendung kartologischer und kartonomischer Erkenntnisse wird durch den Teilbereich Kartographie abgedeckt.

Die Kartographie i.e.S. umfasst also selbst keine wissenschaftlichen Vorgänge, erfolgt aber auf Basis kartologisch begründeter und kartonomisch operationalisierter Regeln. Sie liefert mit ihren Produkten im Sinne eines Rückkopplungsprozesses jedoch wesentliche Eingangsgrößen für die kartologische und kartonomische Forschung und ist solcherart und deshalb struktureller Bestandteil der Kartenwissenschaft.

Abbildung 6 veranschaulicht diesen Dreiklang, ergänzt durch exemplarische Aufgaben in den Teilbereichen.

In der Kartenwissenschaft, aber auch in anderen Wissenschaften sind diese drei Bereiche nicht immer scharf voneinander zu trennen, insbesondere deshalb, weil die darin agierenden Personen oft bereichsübergreifend wirken. Im Konkreten waren kartenwissenschaftliche Aktivitäten zumeist gerade dann besonders fruchtbar, wenn Grundlagen, Regeln und Anwendung

in einer Hand lagen, was in der Praxis außerhalb der Forschungs- und Lehrinrichtungen allerdings eher die Ausnahme darstellt.

Die Analogien zu einer Wissenschaft der Geostrategie und Geopolitik sind evident: Zunächst muss Grundlagenforschung betrieben werden. Auf deren Ergebnissen können Regelsysteme (Handlungsanweisungen im Sinne „wenn - dann“) aufgebaut werden, die lehr- und v.a. lernbar sind. Und erst diese Regeln können in schlussendlich strategisch-politische Anwendungen - das Handeln - umgesetzt werden.

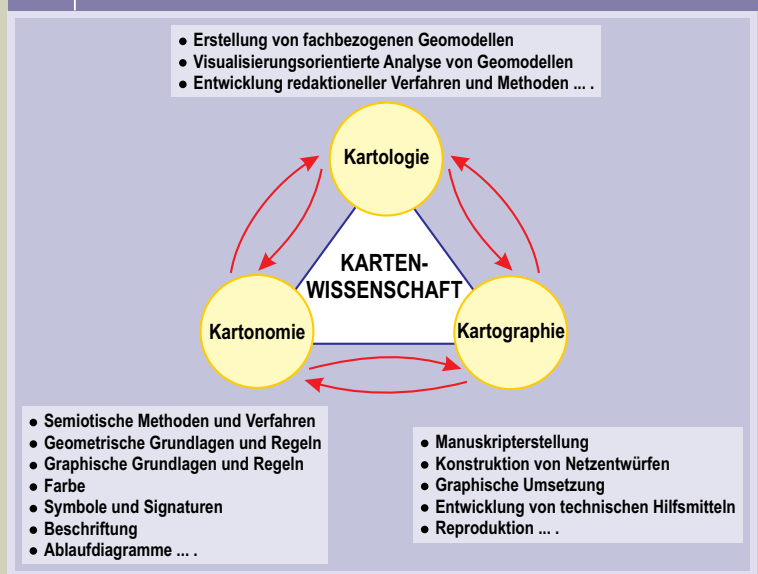
Vergleicht man diese Dreiergliederung mit den in der Fachliteratur veröffentlichten und im folgenden Abschnitt erörterten kartenwissenschaftlichen Terminologieansätzen, so erstaunt, dass einzelne Elemente zwar bereits zu sehr frühen Zeitpunkten erörtert wurden, eine Integration aus einer Art „Außensicht“ jedoch unterblieb. Dies behinderte offenbar den Weg zu einer Strukturierung, die derart allgemein formuliert ist, dass ihre Gültigkeit auch für andere Wissenschaftsbereiche nachgewiesen werden kann. Diese Allgemeingültigkeit, diese Loslösung von der konkreten, betroffenen Wissenschaft aber ermöglicht es erst, diese Struktur an anderen Wissenschaften, also quasi „extern“ zu testen. Nach Ansicht der Autoren steht es außer Zweifel, dass der Dreiklang aus Grundlagen („-logie“), Methoden („-nomie“) und Anwendung („-graphie“) innerhalb der allermeisten Wissenschaften zum Tragen kommt - weshalb also nicht auch in der Kartenwissenschaft?

### Genese der Kartenwissenschaft

In diesem Abschnitt wird die Genese der wissenschaftstheoretischen Entwicklungen zur Kartenwissenschaft, nicht jedoch jene der Kartenwissenschaft selbst, anhand relevanter Literaturzitate skizziert. Damit soll gezeigt werden, wie langwierig der Weg zur Konsolidierung der Kartenwissenschaft als Wissenschaft war, wie früh aber schon fundierte Einzelerkenntnisse verfügbar waren.

In dem programmatischen Aufsatz von Karl Peucker<sup>12)</sup> mit dem Titel „Drei Thesen zum Ausbau der theoretischen Kartographie“ werden erstmals die Terme „Kartographie“, „Wissenschaft“ bzw. „Technik“ und „geographischer Raum“ miteinander verknüpft (die zentralen Terme wurden durch die Autoren hervorgehoben). Peucker stellt fest: „Erst dann, wenn einmal die theoretischen Grundlagen für die gesamte Praxis der kartographischen Darstellung auf einen einheitlichen Gesichtspunkt zurückgehen werden, wird die Kartographie den Anspruch erheben dürfen, als wissenschaft-

Abb.5 Elemente der Kartenwissenschaft



Quelle: Autoren

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner

liche Technik und technische Wissenschaft Anerkennung und Würdigung zu finden. Als letztere aber lässt sich die theoretische Kartographie begrifflich umschreiben als die Lehre von der in geometrisch optischem Sinne naturtreuen Darstellung des geographischen Raumes und der Erscheinungen in ihm in objektiven, das ist (nach allen jeweils wesentlichen Merkmalen) eindeutig anschaulichen und messbaren Bildern.“<sup>13)</sup>

Peucker betont zu Recht, dass die Kartographie - wie andere Aktivitätsbereiche auch - erst nach Vorliegen umfassender theoretischer Grundlagen zur Wissenschaft wird. Obwohl er die theoretische Kartographie als technische Wissenschaft qualifiziert, wird in der entsprechenden Definition lediglich die „Lehre“ angesprochen. Als Besonderheit wird in dieser Definition aber auch bereits präzise der Gegenstand der Kartographie, nämlich der geographische Raum, genannt. Dieser wird zusätzlich noch um „die Erscheinungen in ihm“ erweitert, womit offenbar die „naturtreue Darstellung“ auf weitere, „nicht naturtreue“ (unmittelbar anschauliche) Kategorien ausgeweitet wird, was zweifellos richtig ist.

Der Doyen der Kartenwissenschaft, Max Eckert, spricht bereits mit dem Titel seines 1921 erschienenen Buches „Die Kartenwissenschaft“ deren wissenschaftlichen Anspruch an und begründet dies gleich zu Beginn: „Die Hauptaufgabe, durch die die Annahme einer besonderen Kartenwissenschaft gerechtfertigt wird, besteht darin, die Vorgänge zu beobachten und zu untersuchen, nach denen die Entstehung der Karte erfolgt, d.h. die Erfahrungsweisen, nach denen die Umstände, unter denen die Grenzen, innerhalb derer die in der Natur, im Raume gegebenen Gegenstände aufgenommen und zum Kartenbilde umgebildet werden, und endlich die einzelnen Schritte, wie wir, auf Naturerscheinungen und -beobachtungen gestützt, durch die kombinierende und abstrahierende Tätigkeit des Verstandes, also durch Messen, Zählen, Vergleichen, Unterscheiden, Auswählen, Verallgemeinern, Zusammenfassen usw. zu zweckbestimmten Karten gelangen.“<sup>14)</sup>

M. Koláčny<sup>15)</sup> beschreibt den Prozess der Kommunikation der kartographischen Information u.a. wie folgt: „Der Kartograph transformiert in seinem Gedächtnis das mehrdimensionale Gedankenmodell der Realität in ein zweidimensionales Gedankenmodell der Realität, d.h. in eine Gedankenform der kartographischen Information ...“<sup>16)</sup>

Hier stellt sich sogleich wieder die Frage, ob die Bildung dieses „mehrdimensionalen Gedankenmodells der Realität“ durch den Kartographen selbst, durch einen fachlich zuständigen Geowissenschaftler oder in der integrativen Phase durch einen Geographen erfolgt ist. Die Autoren vermuten, dass Koláčny diese Geomodellbildung eher dem Kartographen überantwortet, womit dieser aber - wie gezeigt wurde - oft sehr bald überfordert wird. Koláčny zeigt mit seiner Aussage jedenfalls klar auf, dass nicht die Realität, sondern nur deren Modell Ausgangspunkt kartographischer Aktivitäten ist.

Der Term „Kartologie“ findet sich erstmals in einer Arbeit von L. Ratajski:<sup>17)</sup> „Because of the need to distinguish between the two fields of scientific interest, theoretical and technological, the term ‚Cartology‘ is suggested to cover the theoretical field only. Cartology is then considered as the

essential science of cartography.“<sup>18)</sup>

Hierarchischer Überbegriff für „Cartology“ ist bei Ratajski jedoch nach wie vor die „Kartographie“. Im Weiteren führt er aus: „Cartology is a science that studies the expression and transformation of chorological information by means of a map.“<sup>19)</sup>

Diese Definition deckt sich weitgehend mit jener, die in diesem Beitrag gegeben wurde. Es geht um die grafische Umsetzung (transformation) chorologischer, also georaumorientierter Informationen durch die Karte.

A. A. Ljuty führt den Term „Kartonomie“ in seiner Arbeit „Kartensprache: Grundlagen, System, Funktionen“ ein: „Somit vereinigt die Kartonomie das Untersystem der Wissenschaften über die Sprache der Karte, der Gesetze ihres Aufbaus, der Funktion und Entwicklung ihrer Verbindungen mit der Realität, der Gesellschaft, dem Bewusstsein und dem Denken.“<sup>20)</sup>

Entscheidend sind in dieser Definition die Elemente „Sprache der Karte“, „Gesetze“ und „Funktion“ - sie alle stehen letztlich für die Summe der durch die Kartologie zugrunde gelegten und durch die Kartonomie formalisierten und festgeschriebenen Gesetze, Methoden und Regeln für die Erbringung kartographischer Leistungen und Produkte.

Fasst man diese definitions- und terminologieorientierten Ansätze zusammen, so zeigt sich, dass die zentralen Terme der Kartenwissenschaft in der einschlägigen Literatur zwar bereits sämtlich vor geraumer Zeit eingeführt worden sind, doch geschah dies in zeitlich und sachlich weitgehend voneinander unabhängiger Form.

Die Dreigliederung der Kartenwissenschaft in Kartologie, Kartonomie und Kartographie wird jedoch durch Ulrich Freitag (1991) antizipiert, wenn er schreibt: „U. Freitag gliedert die allgemeine Kartographie in einen theoretischen, einen methodologischen und einen praktischen Bereich, ...“<sup>21)</sup>

Freitags „Kartographie“ kann unschwer der Eckert'schen „Kartenwissenschaft“ gleichgehalten werden, und die adjektivisch eingeführte Bereiche Theorie, Methode und Praxis lassen sich widerspruchsfrei mit den Termen „Kartologie“, „Kartonomie“ und „Kartographie“ parallelisieren.

## Zusammenfassung

Die Bedeutung der Kartenwissenschaft für alle Arten georäumlich orientierter Entscheidungsverfahren ist evident. Dies gilt auch für hohe und höchste hierarchische Ebenen, in denen Georaumkenntnisse, die auf Basis punktueller oder linearer persönlicher georäumlicher Präsenz von jenen Kenntnissen, die auf Basis zweckorientiert modellierter Georaummodelle gewonnen wurden, besonders weit divergieren. Zu diesen Ebenen zählen besonders die Geostrategie und die Geopolitik - Aktivitätsbereiche, die auf die Wahrung oder Veränderung bestehender georäumlicher Verhältnisse ausgerichtet sind.

Am Beginn steht immer die Frage nach dem Gegenstand einer Wissenschaft, hier der Kartenwissenschaft. Eine erste Annäherung kann durch die Frage nach dem, was Kartographen tun, gewonnen werden. Es zeigt sich, dass Kartographen im herkömmlichen Sinne Modelle des geographischen Raumes (Geomodelle) visualisieren - oftmals Modelle, an deren Entwicklung sie selbst beteiligt oder mit deren Entwicklung sie sogar ausschließlich befasst waren. Spätestens seit den Arbeiten von Chorley und Haggett 1967<sup>22)</sup>, aber auch schon von Bobek und Schmithüsen 1949 (Geographische Wirkungsgefüge<sup>23)</sup>) ist das Potenzial des Terms Modell auch im Bereich der Geographie und der herkömmlichen Kartographie bekannt. Der Metapher des Geomodells als eigentlicher Gegenstand nachfolgender Visualisierung hat sich als Instrument sehr gut bewährt, weil

er letztlich eine konkrete Spielart jeder wissenschaftlichen Aktivität beschreibt - nämlich die der Vereinfachung einer transintelligiblen, nicht erfassbaren zu einer intelligiblen, erfassbaren Realität.

Die vorgestellten Definitionen zur Kartenwissenschaft und zu einigen ihrer Elemente sind naturgemäß puristisch. Sie können aber deshalb - mit minimalen adjektivischen Änderungen - auch auf andere (Integrativ-)Wissenschaften angewandt und somit auch evaluiert werden.

In Zeiten vielerorts sinkender Ausbildungsqualität und wachsender medialer Manipulationspotenziale erscheint es wichtig, auf dadurch bedingte grundlegende kommunikationstheoretische Probleme hinzuweisen. Die Kartenwissenschaft kann nur dann eine Wissenschaft sein, wenn sie selbst in allen Teilen wissenschaftlichen Kriterien verpflichtet ist. Eine Kartenwissenschaft im Sinne der angegebenen Definition kann deshalb dazu beitragen, künftig den Missbrauch georäumlich orientierter Visualisierungen aufzuzeigen, zu vermeiden und damit Entscheidungsqualitäten maßgeblich zu optimieren.

Die Autoren fühlen sich in diesen Schlussfolgerungen durch die in der Literatur belegten einschlägigen Forschungen und Ergebnisse auch der größten Vertreter der Kartenwissenschaft bestärkt. ■

**ANMERKUNGEN:**

- 1) A. W. Stupka: Strategie denken. Truppendienst Handbuch. Wien 2008, Arbeitsgemeinschaft Truppendienst.
- 2) K. Schlögel: Im Raum lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik. Frankfurt 2009, Fischer, S.84.
- 3) Ebenda, S.12.
- 4) Ebenda, S.249.
- 5) Ebenda, S.46.
- 6) Ebenda, S.30.
- 7) Ebenda, S.214.
- 8) E. Amberger: Handbuch der thematischen Kartographie. Wien 1966, Franz Deuticke.
- 9) J. O. E. Clark & J. Black: Die faszinierende Welt der Kartographie. Wie die Karten die Welt verändert haben. Bath: Parragon Books Ltd, 2005.
- 10) R. Ditz: The globe of Austria - Cartographic design, production and some selected problems. In: Proceedings of the 24th International Cartographic Conference, Santiago de Chile 2009.
- 11) M. S. Monmonier: How to Lie with Maps. Chicago 1996, University of Chicago Press, (2. Auflage).
- 12) K. Peucker: Drei Thesen zum Ausbau der theoretischen Kartographie. In: Geographische Zeitschrift 8, 1902, Heft 2, S.65-80; Heft 3, S.145-169; Heft 4, S.204-222.
- 13) Ebenda, S.65.
- 14) M. Eckert: Die Kartenwissenschaft. Forschungen und Grundlagen zu einer Kartographie als Wissenschaft. Band 1, Berlin und Leipzig 1921, De Gruyter, S.1.
- 15) M. Koláčny: Kartographische Informationen - ein Grundbegriff und Grundterminus der modernen Kartographie. In: Internationales Jahrbuch für Kartographie, Wien 1970, Freytag & Berndt und Artaria, S.186-191.
- 16) Ebenda, S.189.
- 17) L. Ratajski: The Research Structure of Theoretical Cartography. In: Internationales Jahrbuch der Kartographie, Wien 1973, Freytag-Berndt & Artaria, S.217-228.
- 18) Ebenda, S.218.
- 19) Ebenda, S.220.
- 20) A. A. Ljuty: Yazyk Karty: Suschtschnost, Sistema, Funkcii. Moskau 1988, Institut Geografii AN SSSR, Übersetzung aus dem Russischen, S.275.
- 21) U. Freitag: Zur Theorie der Kartographie. Grundlagen und Tendenzen ihrer Entwicklung im deutschen Sprachraum in den letzten 40 Jahren. In: Kartographische Nachrichten 41, 1991, Heft 2, S.47, S.42-50.
- 22) R. Chorley & P. Haggett: Models in geography. London 1967, Methuen.
- 23) H. Bobek, & J. Schmithüsen: Die Landschaft im logischen System der Geographie. In: Erdkunde Bd. 3, Berlin 1949, S.112-120.



**Dipl.-Ing. Robert DITZ**

Geb. 1965; 1985-1994 Studium Geodäsie, Studienzweig Fotogrammetrie und Kartografie, Technische Universität Wien; 1994-1999 Univ.-Ass. am Institut für Kartografie und Reproduktionstechnik, Technische Universität Wien; 1999-2000 Zivilingenieurbüro; 2000-2001 Stadt Wien, Magistratsabteilung 14 (Grafische Datenverarbeitung); seit 2001 Institut für Militärisches Geowesen des Österreichischen Bundesheeres, Referent Kartografie. Arbeitsschwergewicht: Einsatz von Laserscanning in der Kartografie. Publikationen (Auswahl): Laser Scanning Data for Cartographic Data Modelling of Orienteering Maps (2007); Laserscanning data as basis for deriving orienteering maps - A survey of the potential and further research (2009).



**Ass.-Prof. i.R. Dipl.-Ing. Dr. techn. Mirjanka Lechthaler**

Geb. 1948; 1966-1971 Studium der Geodäsie, Universität Zagreb; 1971-1985 Univ.-Ass. für Kartographie am Institut für Kartographie und Reproduktionstechnik, Universität Zagreb; 1972-1975 Studium der Informatik, Universität Zagreb; 1990-1999 Univ.-Ass. am Institut für Kartographie und Reproduktionstechnik, Technische Universität Wien; 1999-2011 Ass.-Prof. in der Forschungsgruppe Kartographie des o.a. Institutes. Arbeitsschwergewicht: Kartographische Modellbildung, Formalisierung des Generalisierungs- und Visualisierungsprozesses, „Cross media publishing“, Modellierung und Aufbau interaktiver und multimedialer Informations- und Entscheidungsunterstützungssysteme; Publikationen (Auswahl): Interactive and Multimedia Atlas Information (2010), The World Image in Maps - From the Old Ages to Mercator (2009).



**Mag. Dr. Reinhard Mang**

Geb. 1950; Brigadier; 1971-1979 Studium „Kartographie“, Universität Wien; 1979 Eintritt in das BMLV als Referent für Militärische Landeskunde; 1992 Leiter Militärisches Geowesen im BMLV; 1997 Einrichtung und Leitung des Institutes für Militärisches Geowesen des Österreichischen Bundesheeres. Publikationen (Auswahl): Herausgabe des mehrbändigen „International Handbook Military Geography“ (2006, 2011). Arbeitsschwergewicht: Theoretische Grundlagen des Militärischen Geowesens.

# Soldaten! Der Zweite Polnische Krieg hat begonnen!

## Der Russlandfeldzug von 1812

Andreas W. Stupka

Mit diesem Aufruf Napoleons<sup>1)</sup> wurde die größte Truppenmassierung in Bewegung gesetzt, die die Welt bis zu diesem Zeitpunkt zu Gesicht bekommen hatte. Der Kaiser der Franzosen war mit einer gewaltigen Armee gegen Russland aufmarschiert und ins Land eingefallen. Wie ein alles verschlingender Lindwurm rückte dieser Heereszug gegen Moskau vor. Die Russen stellten sich erst spät zur Schlacht. Borodino war mit rund 80.000 Gefallenen und Verwundeten das verlustreichste Treffen der gesamten napoleonischen Epoche gewesen und hatte im ersten Anschein nur wenig gebracht. Moskau wurde erobert. Mit Verbitterung darüber äußerte sich in der Nachschau der Dichter Tolstoi: „Weshalb wurde die Schlacht bei Borodino geschlagen? Weder für die Franzosen noch für die Russen hatte sie den geringsten Sinn. Ihr nächstes Ergebnis war und musste sein: für uns Russen, dass wir uns dem Untergang Moskaus (was wir mehr als alles andere in der Welt fürchteten) näherten. Dieses Resultat war schon damals ganz offenkundig, und dabei wurde diese Schlacht doch von Napoleon angeboten und von Kutusow angenommen.“

Hätten sich die Heerführer von vernünftigen Erwägungen leiten lassen, wie klar musste es, wie es schien, Napoleon sein, dass er durch einen Vorstoß von mehr als 2000 Werst (Anm.: 1 Werst = 1,0668 Kilometer) und durch die Annahme einer Schlacht mit der wahrscheinlichsten Möglichkeit des Verlustes eines Viertels seiner Armee seinem sicheren Untergange entgegen ging; und ebenso klar musste es Kutusow scheinen, dass er, indem er die Schlacht annahm und gleichfalls ein Viertel seiner Armee aufs Spiel setzte, unfehlbar Moskau verlieren würde. [...] Indem sie die Schlacht von Borodino anboten und annahmen, handelten Kutusow und Napoleon unbewusst und unüberlegt. Und die Historiker haben erst nachträglich den vollendeten Ereignissen ein kunstvolles Gewebe von Beweisen untergeschoben, um den Weitblick und die Genialität dieser Feldherrn darzutun, die von allen willenslosen Werkzeugen des Weltgeschehens die sklavischesten und willenslosesten Vollstrecker waren.“<sup>2)</sup>

Napoleon hatte die Schlacht zwar in gewisser Weise für sich entschieden, sie markierte aber den Wendepunkt für das ambitionierte Unternehmen einer Niederwerfung Russlands. Der Feldzug geriet zum Desaster, und aus dem unbezwingbaren Löwen Napoleon war nach dieser Anstrengung ein nahezu zahnlöser Tiger geworden. Das gesamte Imperium, das er innerhalb nur weniger Jahre aufgebaut hatte, zerfiel nach diesem Aderlass des Russlandabenteuers. Die Völkerschlacht von Leipzig bildete dann den Schlussstein französischer Hegemonie über Europa. Zu hoch gesteckte

strategische Zielsetzungen, militärstrategische Fehlbeurteilungen, Überraschungen in der Operationsführung, taktische Besonderheiten und unterschätzte Logistik bilden in ihrer Kombination nichts Einmaliges, sondern können sich in unterschiedlicher Form immer wieder so ausprägen. So dürften auch bei manchen der nicht gelingenden Feldzüge unserer Tage einige dieser Parameter wieder in ähnlicher Art und Weise zusammengefallen sein. Für den militärwissenschaftlichen Kontext ist es daher von entscheidender Bedeutung, Feldzüge zu analysieren und Erkenntnisse abzuleiten, um den zukünftigen Einsatz von Truppen nicht nur in materieller Hinsicht, sondern v.a. in Bezug auf das Führungshandwerk optimieren zu können. Gerade für die Durchführung von modernen Friedensoperationen, die in der Regel Angriffshandlungen bzw. Invasionen darstellen - zur Befriedung des Landes durch die Niederwerfung des Gegners, zur Trennung von kämpfenden Truppen oder zur Stabilisierung weiter Landstriche -, eignet sich die Betrachtung von Napoleons Feldzug aus dem Jahre 1812.

### Allgemeine sicherheitspolitische Lagedarstellung

Napoleon, allein dieser Name war seit der Eroberung von Toulon 1793 zu einer Marke geworden, die alle Gegner erzittern ließ. Der Mann aus Korsika hatte sich in den Revolutionswirren bis an die Staatsführung hochgedient und mit dem Staatsstreich des 18. Brumaire VIII im Jahre 1799 de facto die Alleinherrschaft über Frankreich erkämpft. Die Festigung seines Machtanspruches suchte der ehemalige Revolutionsgeneral 1804 durch die Annahme eines Kaisertitels zu erreichen, außenpolitisch hatte er es meisterhaft verstanden, die Ideen der Revolution und mit ihnen die Abschaffung der feudalen Strukturen in Europa zu befördern. 1805 hatte er bei Austerlitz Österreich niedergedrungen, 1806 Preußen bei Jena und Auerstedt, 1807 die Russen bei Friedland und 1809 noch einmal die Österreicher bei Wagram. Napoleon war auf dem Höhepunkt seiner Macht, mit Ausnahme der britischen Inseln war ganz Europa unter seiner Kontrolle, entweder als Verbündete, wie Russland, Österreich und Preußen, oder als Vasallen in den durch ihn neu gegründeten Königreichen und Herrschaften.

England zeigte sich hartnäckig und galt für Napoleon als der Hauptfeind. Seit im Jahre 1798 in der Seeschlacht von Abukir die französische Mittelmeerflotte vernichtet worden war und 1805 vor Trafalgar die französisch-spanische Atlantikflotte eine totale Niederlage hatte hinnehmen müssen, war an die zuvor noch geplante Invasion auf der Insel nicht mehr zu denken. England war zum neuen Herrn der Meere aufgestiegen und brachte über sein immer größer werdendes Kolonialreich Waren und Rohstoffe auf den europäischen Markt. Umgekehrt unterhielt das Inselkönigreich intensive Handelsbeziehungen zu den deutschen Märkten und v.a. auch zu Russland, das in ausreichenden Mengen dringend benötigtes Holz zu liefern vermochte für den Schiffsbau, also das Herzstück jeder Thalasso-

kratie. Napoleon verhängte daher kurzerhand ab 1806 die so genannte „Kontinentalsperre“, eine Wirtschaftsblockade gegenüber England, die es den Europäern verbot, mit der Insel Handel zu betreiben.

Der Schaden hielt sich für die Briten in Grenzen, allerdings traf diese Maßnahme die Europäer sehr hart, v.a. die deutschen Staaten und Russland, was in weiterer Folge auch einen Grund für die Ereignisse von 1812 darstellen sollte. Überhaupt gäbe es zu jener Zeit bereits in ganz Europa: Spanien und Portugal waren aufgestanden und wollten die französische Herrschaft nicht mehr hinnehmen; ein brutaler Guerillakrieg war die Folge, den die Engländer geschickt mit Truppen unterstützten. Grundlage für diese Unterstützung bildet der noch heute gültige Vertrag von Windsor aus dem Jahre 1386, worin sich England und Portugal unverbrüchliche Treue zugesichert haben - ein strategisches Abkommen, dessen Wirkung Napoleon unterschätzt hatte. In den deutschen Ländern, wo man zunächst die Ideen der Revolution begrüßt hatte, wurde die französische Hegemonie zunehmend kritischer betrachtet. Noch 1806 hatte Hegel verzückt über Napoleon berichtet: *„Den Kaiser - diese Weltseele - sah ich durch die Stadt zum Rekognoszieren hinausreiten; - es ist in der Tat eine wunderbare Empfindung, ein solches Individuum zu sehen, das hier auf einen Punkt konzentriert, auf einem Pferde sitzend, über die Welt übergreift und sie beherrscht ... Von Donnerstag bis Montag sind solche Fortschritte nur diesem außerordentlichen Manne möglich, den es nicht möglich ist, nicht zu bewundern.“*<sup>3)</sup>

Allerdings verstärkten sich innerhalb seines Machtbereiches immer deutlicher die despotischen Züge der autoritären Herrschaft. Der wirtschaftliche Niedergang durch die Kontinentalsperre war insbesondere in den deutschen Ländern deutlich zu spüren. Österreich hatte 1809 einen Krieg gegen Napoleon begonnen, diesen verloren, und war dadurch mit dem harten Frieden von Schönbrunn in ein enges Korsett gezwängt, das zur Bündnistreue und zur Truppenstellung an die Franzosen verpflichtete. Die preussische Monarchie hatte Napoleon zwar überleben lassen, aber gedemütigt und Truppen im gesamten Land stationiert. Sie musste zudem große Gebietsabtretungen an das neu gegründete Großherzogtum Warschau hinnehmen und hohe Kontributionszahlungen leisten.

Im Frieden von Tilsit aus 1807 hatte Napoleon mit dem russischen Zaren Alexander I. ein Bündnis geschlossen. Zwar waren die Russen in der Schlacht von Friedland geschlagen worden, jedoch nicht niedergeworfen. Russland stand als ebenbürtiger Partner im Bündnis mit Napoleon; dieser versuchte die Liaison zu festigen, indem er um die Hand der erst sechzehnjährigen Zarentochter anhielt, was ihm von russischer Seite mit Verweis auf die Jugend des Mädchens glatt abgeschlagen wurde. Seine daraufhin geschlossene Ehe mit der Habsburgerprinzessin Marie-Louise brachte ihm in Frankreich selbst wenig Zustimmung, hatte man doch dort kaum 20 Jahre vorher mit Marie-Antoinette eine Habsburgerin vom Thron gestoßen und hingerichtet. Trotz dieser Heirat galt Österreich als wenig zuverlässiger Bündnispartner.

Für Russland, das sich seit 1807 zur Kontinentalsperre gegen England verpflichtet hatte, war dieser Zustand wirtschaftlich kaum mehr haltbar. Der Papierrubel war an den Börsen de facto abgestürzt, und selbst der Silberrubel hatte

von 1807 bis 1812, verglichen mit dem Pfund Sterling, ein Fünftel seines Wertes verloren.<sup>4)</sup> So wurde ab 1810 damit begonnen, die Blockade aufzuweichen. Der Zar erlaubte den Handel neutraler Staaten, die die britischen Häfen mit russischem Holz anliefen und umgekehrt britische Waren nach Russland brachten. Besonders wütend machte die Russen Napoleons Vergabe von Einzellizenzen für den Handel mit England an französische Kaufleute. Hinzu kam noch die ständige Befürchtung von Seiten Russlands, Napoleon wolle Polen wieder errichten, war doch dieses Königreich im 18. Jahrhundert in drei Teilungsphasen zwischen Russland, Österreich und Preußen aufgeteilt worden. Mit der Errichtung des Großherzogtums Warschau sah Russland den Nukleus zur Wiederkehr des alten Erzfeindes und fürchtete um seine westlichen Gebietszuwächse.

Seit 1810 begann das russisch-französische Bündnis merklich abzukühlen, Napoleon sprach zum ersten Mal vom Krieg, sollte der Zar unter dem Vorwand der polnischen Frage eine Annäherung an England anstreben.<sup>5)</sup> Auf beiden Seiten wurden daher Kriegsvorbereitungen in Angriff genommen. Als dann am 24. Juni 1812 die ersten französischen Truppen die Memel überschritten, war ein gewaltiger Feldzug in Gang gebracht, der beabsichtigte, Russland eine endgültige Lektion zu erteilen und das Land, wie die anderen Europäer, ebenso unter die Hegemonie Frankreichs zu zwingen.

### Zahlenangaben und chronologischer Ablauf des Feldzuges

Die Kriegsvorbereitungen auf beiden Seiten waren ab Mitte 1811 nicht mehr zu übersehen. Napoleon erwartete einen russischen Angriff gegen Polen und verstärkte die Garnisonen an der Ostgrenze des Großherzogtums Warschau, dahinter erfolgte ein verdeckter Aufmarsch und bis ins Frühjahr 1812 hinein die Zusammenziehung von rund 700.000<sup>6)</sup> Soldaten in den deutschen Ländern. Zusammen mit den Kontingenten der Alliierten konnte Napoleon im Jahr 1812 über eine Armee in der Stärke von 1.100.000 Soldaten verfügen, etwa 200.000 davon waren in Spanien gebunden, rund 500.000 konnten in vorderster Linie gegen Russland aufmarschieren.<sup>7)</sup> Davon entfielen allein 40.000 Soldaten auf die gewaltige, von Murat, dem König von Neapel, geführte Kavalleriereserve. Insgesamt standen für die Invasion rund 590.000 Soldaten und rund 160.000 Pferde bereit.<sup>8)</sup> Diese Kräfte für den Russlandfeldzug waren aus ganz Europa zusammengezogen bzw. rekrutiert worden und präsentierten sich als multinationales Heer, neben den eigentlichen Franzosen bestehend aus 95.000 Polen, 45.000 Italienern, rund 60.000 Soldaten aus den deutschen Ländern und 20.000 Preußen, um nur die größten Kontingente zu nennen.<sup>9)</sup> Die Österreicher stellten unter dem Kommando von Fürst Schwarzenberg ein eigenes Armeekorps in der Stärke von 35.000 Soldaten, das einzige, das als verbündete Streitmacht eigenständig operierte. Zudem war die österreichisch-russische Grenze in einem Abkommen zwischen beiden Staaten neutralisiert worden, was bedeutet, dass auch die Österreicher über das Großherzogtum Warschau in Russland einzumarschieren hatten.

Hinsichtlich der Entfernungen galt es, von Paris bis an die Memel 1.500 Kilometer zu überwinden, wobei die letzten 300 davon als karges, dünn besiedeltes und daher schwieriges Gelände galten. Die Strecke von der Memel bis nach Moskau waren dann noch 950 Kilometer, wobei zunächst das ebenso karge Ostpolen zu durchqueren war, bis dann ab Smolensk mit besseren Bedingungen bis Moskau gerechnet werden konnte. Die Strecke von der Memel bis nach St. Petersburg beträgt 750 Kilometer. Der Marsch von Paris nach Moskau würde bei einer durchschnittlichen täglichen Marschleistung von rund 13 Kilometern etwa ein halbes Jahr dauern. Der Aufmarsch durfte

wegen der notwendigen Frischfütterationen für die Pferde erst im Frühjahr beginnen und musste bis zum Juni an der Memel abgeschlossen sein. Der Beginn der Offensive konnte mit Sommeranfang gesetzt werden, was bedeutet, dass man rechnen konnte, im September in Moskau anzukommen. Entsprechend diesen Zeitleisten wurde der Feldzug auch umgesetzt, und Napoleon konnte am 15. September in Moskau einziehen. Als Winterquartiere wären dann die größeren Städte wie Wilna, Smolensk oder Moskau vorgesehen gewesen.

Auf der russischen Seite wurden enorme Anstrengungen bei der raschen Aushebung von Truppen unternommen. Zunächst wurden ab 1805 fünf Mann pro fünfhundert männlichen Untertanen zum Kriegsdienst verpflichtet, ab März 1812 wurde diese Zahl auf sieben Mann angehoben; zusätzlich wurden Soldaten aus dem Ruhestand rückberufen. Insgesamt standen am Anfang des Jahres 1812 rund 590.000 Soldaten<sup>10)</sup> unter Waffen, bis September desselben Jahres hätte die Gesamtzahl der Landstreitkräfte 904.000 Mann erreicht haben sollen, wären nicht die Verluste aus den Kriegseinwirkungen abzuziehen gewesen. Russland stand zu Beginn des Feldzuges noch mit dem Osmanischen Reich im Krieg, auch der Frieden mit Schweden galt noch nicht als gesichert. Im Operationsgebiet standen zu Beginn des Feldzuges den Franzosen insgesamt 280.000 russische Soldaten gegenüber. Verstärkt wurde dieser Frontabschnitt durch zwei Reservekorps in der Stärke von rund 112.000 Soldaten, weitere Einheiten waren erst in der Aufstellung begriffen. Insgesamt waren also 392.000 Mann unmittelbar gegen Napoleon verfügbar. An die 70.000 Mann waren im Frontabschnitt gegen die Osmanen auf dem Balkan gebunden und 37.000 Mann in Finnland gegen die Schweden, der Rest der russischen Streitkräfte verteilte sich auf kleinere Kriegsgebiete, wie beispielsweise gegen Persien im Kaukasus, oder war zur Sicherung von Gebieten und Grenzen dieses Riesenreiches eingesetzt.<sup>11)</sup>

Über die Stärke der russischen Kavallerie liegen keine Zahlen vor, ihre regulären Verbände dürften jedoch zahlenmäßig auf Höhe der Franzosen gelegen sein. In diese Verbände einzurechnen sind auch die regulären Kosakenregimenter, die als leichte Kavallerie eingesetzt wurden. Hinzu kamen noch irreguläre Kosakenverbände, die auf ihren Pferden zwar hochmobil waren, aber nicht zu den klassischen Kavallerieverbänden im Sinne dieser Waffengattung gezählt werden können. Im Bereich der Artillerie verfügte Russland über etwa 900 Geschütze, wobei diese den französischen an Feuerkraft (Zwölfpfünder gegen Achtpfünder) überlegen waren; die Franzosen hatten rund 1.200 Kanonen mit ins Feld geführt.<sup>12)</sup> Aufgrund geschickter Reformen ab dem Jahr 1800 konnte Russland eine der professionellsten Artillerien in Europa vorweisen.

Um diese Zahlen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung besser verständlich zu machen, werden nun die Einwohnerzahlen in den jeweiligen Staaten aufgeführt: Im französischen Reich, also inklusive aller direkt von Paris aus regierten Gebiete, lebten 1812 rund 44 Millionen Menschen. (Am Vorabend der Revolution hatte Frankreich lediglich 29 Millionen Menschen unter seiner Herrschaft gehabt.) Hinzu

Abb.1 Kräfteverhältnis Frankreich - Russland			
Zeitleiste	Frankreich	Russland	Anmerkung
1812/1797	44.000.000	40.000.000	Gesamtbevölkerung
1812	1.100.000	590.000	Gesamtstärke Militär
24.6.1812	590.000	392.000	Truppenstärke zu Kriegsbeginn im Operationsraum
7.9.1812	-30.000	-50.000	Verluste Schlacht von Borodino
14.12.1812	20.000		Reste der Grand Armee
	1.200	900	Artilleriegeschütze (Acht-, Zwölfpfünder)
Quelle: Autor <span style="float: right;">Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner</span>			

kamen noch etwa 6,5 Millionen Menschen in Italien und 14 Millionen in den Rheinbundstaaten. Die Einwohnerzahl des Russischen Reiches betrug im Jahre 1797 rund 40 Millionen. Etwa zum gleichen Zeitpunkt regierten die Habsburger über 22 Millionen Menschen, von denen jedoch einige 1812 bereits unter französischer Herrschaft standen. Die Einwohnerzahl Preußens lag 1806 bei 10,7 Millionen, jene Großbritanniens inklusive der Iren betrug 15 Millionen Menschen.<sup>13)</sup>

Am 24. Juni also hatten die Franzosen die Memel<sup>14)</sup> überschritten und den Krieg eröffnet. Bereits vier Tage später war Wilna in Litauen erobert worden. Der Angriff wurde weiter vorangetragen, nördlich der Beresina Richtung Witebsk, das am 28. Juli fiel. Die russischen Truppen wurden verzögernd zurückgenommen, wobei sie dem Gegner keine intakte Infrastruktur hinterließen - die Vorratslager zerstört, die Dörfer evakuiert und niedergebrannt; sogar die Feldfrüchte wurden vernichtet. Erstmals stellten sich die Russen in der alten Festung Smolensk, die jedoch nur behelfsmäßig fortifiziert werden konnte. Am 18. August wurde auch diese Stadt niedergebrannt und die Truppen wurden zurückgenommen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die französische Invasionsarmee bereits 150.000 Mann durch Kriegseinwirkung, aber auch durch Desertion und v.a. durch Krankheiten eingebüßt. Auch Pferde waren in großer Zahl eingegangen.

Am 7. September stellten sich die Russen zur Schlacht von Borodino etwa 50 Kilometer vor Moskau und mussten dabei rund 50.000 Ausfälle verzeichnen. Die Franzosen verloren an diesem einen Tag rund 30.000 Mann, weshalb diese Schlacht als das verlustreichste Treffen, weit über die napoleonische Ära hinaus, bis hin zum Ersten Weltkrieg zu bezeichnen ist. Nicht wirklich geschlagen zogen sich die Russen abermals zurück und gaben Moskau preis. Napoleon zog am 15. September in die Stadt ein und verblieb dort in der Hoffnung auf ein Friedensangebot des Zaren bis zum 19. Oktober. Die Bevölkerung war zu zwei Dritteln evakuiert worden, und wie schon während des gesamten Rückzuges zuvor, wurde auch die alte Hauptstadt größtenteils ein Raub der Flammen. Unverrichteter Dinge im Hinblick auf eine politische Lösung musste Napoleon nunmehr den Rückzug antreten, da aufgrund der gewaltigen Zerstörungen an ein Überwintern in Moskau nicht zu denken war; seine Armee war trotz zugeführter Verstärkungen mittlerweile auf rund 100.000 Soldaten zusammengeschrumpft.

Zahlreiche kleinere Gefechte begleiteten diesen Rückzug, der am 27. November mit der Schlacht an der Beresina noch einen letzten Höhepunkt erlebte. Ab dem 6. November war der für russische Verhältnisse ungewöhnlich milde Herbst plötzlich umgeschlagen und hatte die Grande Armée mit Temperaturen weit unter null Grad überrascht, sodass die Soldaten reihenweise erfroren. Eine kurze Tauwetterphase um den 25. November hatte bewirkt, dass die Eisdecke der Beresina aufgeschmolzen war, weshalb sich die Überquerung des Flusses in ein verlustreiches Unternehmen verwandelte. Danach setzte der russische Winter mit seiner ganzen Härte ein und dezimierte die Armee weiter, hinzu kamen die permanenten Angriffe der Russen, v.a. der Kosaken, die sich nun

gegenüber dem geschwächten Feind wirksam in Szene zu setzen vermochten.

Napoleon hatte seine Armee um den 5. Dezember verlassen und war eilends nach Paris zurückgekehrt, um kolportierten Umsturzgerüchten zuvorzukommen. Wilna wurde zwar als Winterquartier vorgesehen, aber um den 10. Dezember bereits wieder verlassen, da man glaubte, den russischen Angriffen nicht standhalten zu können. Knappe 20.000 Mann der einst so mächtigen französischen Invasionsarmee überschritten am 14. Dezember die Memel. Der bis dahin größte Feldzug der neueren Geschichte war unrühmlich zu Ende gegangen; es begann der Anfang vom Ende des französischen Imperiums. Bereits Jahre zuvor war Napoleon von seinem Außenminister

Charles-Maurice de Talleyrand-Périgord - wohl einer der geschicktesten Staatsmänner seiner Zeit, aber auch einer der schillerndsten - gewarnt worden, sein Imperium zu überdehnen. War es also bloßer Machtrausch oder steckten hinter all diesen Eroberungszügen handfeste strategische Überlegungen?

## Politisch-strategische Hintergründe für diesen Feldzug

In Spanien wurde noch gekämpft, zwischen Großbritannien und Frankreich war kein Frieden, Österreich war als unsicherer Verbündeter einzustufen, von Preußen gar nicht zu reden, in den deutschen Landen war die anfängliche Napoleon-Euphorie verblasst. Eigentlich sollte es dem Kaiser daran gelegen sein, das neue Imperium im

Abb.2 1812: Der zweite polnische Krieg/Vaterländischer Krieg



Innen zu ordnen und zu stabilisieren sowie die Grenzen zu sichern, bevor er sich neuen Abenteuern zuwenden konnte. Er hatte dies anfangs auch versucht und war radikal vorgegangen: In vielen eroberten Gebieten war die über Generationen eingetragene Volkskultur durch revolutionäre Ideen ersetzt worden, mit denen sich viele nicht so schnell anfreunden konnten oder wollten. Insbesondere das Heilige Römische Reich Deutscher Nation mit seinen zahlreichen Staatsgebilden wurde vollkommen durcheinander gewirbelt und durch neue großflächige Kunststaaten ersetzt. Die rund 1.800 politischen Gebilde wurden 1803 mit dem durch Napoleon gesteuerten Reichsdeputationshauptschluss zu 40 Gemeinwesen umgeformt. Die unzähligen Kleinststaaten wie die Reichsdörfer und Reichsritterschaften, aber auch Grafschaften und Herzogtümer wurden fusioniert. Die Macht der Kirche wurde durch die Auflösung der als weltliche Gemeinwesen existierenden Bistümer gravierend zurückgedrängt und die seit Jahrhunderten zahlreich existierenden so genannten Freien Reichsstädte in ihren Rechten stark beschnitten.<sup>15)</sup> Ähnlich war dies auch in Italien verlaufen, wo das Papsttum gedemütigt worden war, auf der Iberischen Halbinsel und im nunmehr von Napoleons Gnaden bayrischen Tirol. Bereits 1809 war dieses stark christlich geprägte Bergvolk aufgestanden und hatte erbittert, aber letztendlich erfolglos gegen die neue Herrschaft gekämpft.

*„Napoleons rücksichtsloses Verhalten bewirkte, dass er rasch die emotionale und intellektuelle Zuneigung einbüßte, die er in den Anfangsjahren gewonnen hatte, während sich die entfremdeten Völker in ganz Europa zusammenfanden, die einzig der Abscheu vor ihm einte.“<sup>16)</sup>*

Nun konnte man Russland zu jener Zeit nicht als ein fortschrittliches, liberales und aufgeklärtes Land bezeichnen; vielmehr gab es dort noch immer die Leibeigenschaft und stark feudalistisch geprägte Gesellschaftsstrukturen, die in vielen europäischen Ländern bereits im 18. Jahrhundert abgeschafft worden waren. Der Zar herrschte über ein Konglomerat aus zahlreichen Völkern, die, wie die Polen, erst wenige Jahrzehnte zuvor dem russischen Joch unterworfen worden waren. Zudem war Russland permanent mit der Verteidigung gegen die Osmanen und die Perser beschäftigt, oder aber auch mit der Niederschlagung von Aufständen im Inneren. Besonders die Kosaken waren immer wieder gewillt, sich gegen die Staatsmacht zu erheben, wie beispielsweise im Pugatschow-Aufstand in den 1770er-Jahren, wo sie auch die Völkerschaften der Tartaren, Kalmücken und Baschkiren mitrissen.

Und dennoch wurde dieses Russische Reich während der späten napoleonischen Epoche von den enttäuschten Europäern als der letzte Hort der Freiheit gegenüber dem französischen Usurpator gesehen. Zar Alexander I. war als der letzte machtvolle Gegenspieler Napoleons auf der europäischen Landkarte verblieben, dem man zutraute, sich dessen Machthunger entgegenzustellen. Zahlreiche Europäer vom liberalen Republikaner bis zum erkonservativen Aristokraten, Zivilisten und Militärs, Intellektuelle und Freischärler, sie alle flohen nach Russland und stellten sich in die Dienste des Zaren, wie beispielsweise der damalige preußische Oberstleutnant Carl von Clausewitz. Von dort aus versuchten sie, auf ihre Heimaten einzuwirken gegen die französische Herrschaft.

Insbesondere Preußen und den deutschen Landen konnte Russland im Zuge einer erwartbaren neuerlichen Erhebung als Anlehnungsmacht dienen. Außerdem hatte Alexander, trotz seines Bündnisses mit Frankreich, Napoleon 1809 im Krieg gegen Österreich de facto nicht unterstützt. Eine gewichtige Rolle spielten in diesem Zusammenhang der russische Adel und die orthodoxe Kirche, die in Napoleon und dessen revolutionären Ideen den Teufel sahen, der ihnen den Untergang ihres Machtgefüges bescheren würde. Es war also nicht nur die bereits erwähnte Aufweichung der Kontinentalsperre, die Napoleon veranlasste, einen Krieg gegen Russland in Erwägung zu ziehen, sondern v.a. auch die russischen Rüstungsanstrengungen, die er über sein verzweigtes Agentennetz in Erfahrung gebracht hatte. Mit dem Überfall auf das Zarenreich trachtete er einem vermeintlichen russischen Angriff zuvorzukommen, der möglicherweise Preußen und Österreich bewogen hätte, mit in den Krieg gegen ihn einzutreten und sämtliche eroberte Gebiete seines Imperiums in Aufruhr versetzen hätte können. Sollte nun auch England, das bereits die spanische Erhebung unterstützte, von den britischen Inseln aus direkt in den Krieg eingreifen, so wäre ein Defensivkrieg an allen Fronten zu führen gewesen. Um dieser Schreckensvision nicht zu erliegen, gab es nur die Möglichkeit, selbst die strategische Initiative zu ergreifen, in der Hoffnung, rasch vollendete Tatsachen durch eine Niederwerfung Russlands zu schaffen.

Mit Russland verband Napoleon jedoch noch ein weiter in der Ferne liegendes strategisches Ziel: Indien. Im Pariser Frieden von 1763 hatte Frankreich seine gesamten Besitzungen in Nordamerika und mit Ausnahme von Pondicherry alle indischen Besitzungen an England abtreten müssen. Um ein Imperium nachhaltig errichten zu können, bedurfte es jener überseeischen Besitzungen, deren Ausbeutung Reichtum ins Land brachte. So hatten es die Spanier und Portugiesen in Südamerika betrieben, die Russen waren in die sibirischen Weiten vorgedrungen und die Engländer hatten sich Nordamerika zunutze gemacht. V.a. aber war es nun Indien, das mit seinem unermesslichen Reichtum an menschlichen und materiellen Ressourcen den Briten entsprechenden Wohlstand bescherte. Da Napoleon die Briten als Hauptfeind betrachtete und neben dem militärischen Instrument auch wirtschaftliche Maßnahmen zur Niederrichtung des Gegners in seinem Repertoire kannte, diagnostizierte er die Möglichkeit zur Zerstörung Großbritanniens durch die Wegnahme der indischen Kolonien. Außerdem würde die Wiedergewinnung Indiens dem französischen Imperium jenen wirtschaftlichen Auftrieb geben können, um es dauerhaft zu festigen. Bereits sein Ägyptenfeldzug im Jahre 1798 hatte zum Ziel, eine Ausdehnung des französischen Herrschaftsbereiches nach Bengalen und Hindustan zu erreichen.<sup>17)</sup>

Dieser Feldzug scheiterte am Widerstand der Mamelucken und Osmanen, v.a. aber auch wegen der Hitze und der zahlreichen Krankheiten, die seine Armee stark dezimiert hatten. Die Idee der Eroberung Indiens auf dem Landweg ließ Napoleon jedoch nicht mehr los. Dies zeigte sich einmal mehr im Vertrag von Finckenstein aus dem Jahre 1807, den er mit dem Schah von Persien abgeschlossen hatte, wonach dieser für die Zusicherung von Gebieten im Kaukasus und in der Kasachensteppe einer französischen Streitmacht die Durchmarschrechte durch Persien und Afghanistan nach Indien garantieren sollte. Zwar hob der Schah diesen Vertrag 1809 wieder auf, nachdem sich Napoleon mit Zar Alexander verbündet hatte und nun Großbritannien an Persien mit Unterstützungszusagen herangetreten war, aber er zeigt sehr deutlich die französischen Ambitionen in dieser Weltecke auf. Ein weiteres Mal versuchte Napoleon seine Idee zu verkaufen, indem er 1808 dem Zaren eine gemeinsame Eroberung Indiens vorschlug. Dieser ging jedoch nicht auf den Vorschlag ein, da seine Berater mit



ihren Kriegserfahrungen von der Persienfront ein solches Unternehmen als undurchführbar beurteilten.<sup>18)</sup>

Mit einer Niederwerfung Russlands konnte aus der Sicht Napoleons das strategische Fernziel einer Eroberung Indiens angegangen werden. V.a. war damit zu rechnen, dass massive Verstärkungen durch die russischen Truppen im Rahmen einer Vasallenstellung des Zaren diese Absicht begünstigen würden. Zar Alexander seinerseits war von vornherein klar, dass es in einem solchen Krieg nicht um bloße Gebietsgewinne für die Franzosen oder einen neuerlichen Pattfrieden gehen würde, sondern um die Existenz seines Reiches. War die russische Armee erst einmal vernichtend geschlagen und der Zar entmachtet, so konnte eine Umstrukturierung und Filetierung des Reiches nach dem Vorbild der Umgestaltung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation bzw. die Besetzung der Herrschaften mit Verwandten und Günstlingen Napoleons erwartet werden. Das strategische Ziel Zar Alexanders war es daher, unter keinen Umständen einem Frieden zuzustimmen, solange sich die Franzosen auf russischem Territorium befanden. Er hatte dies auch gegenüber dem französischen Botschafter in St. Petersburg verkündet, dass er nie bereit wäre, einen Frieden zu unterzeichnen, der ihm in der eigenen Hauptstadt verkündet würde, vielmehr werde er bis in die Tiefen Russlands hinein kämpfen. Lediglich Napoleon tat diese Aussagen als reines Geschwätz ab.<sup>19)</sup>

Aus diesen Positionen heraus wird auch begrifflich, dass ein möglicher Krieg zwischen den beiden Giganten a priori einen totalen Charakter annehmen musste. Dies rechtfertigt zwar nicht die enormen Verluste auf beiden Seiten und die unvorstellbaren Entbehrungen und Opfer, die v.a. die russische Zivilbevölkerung hinzunehmen hatte, es lässt allerdings die Unbarmherzigkeit und Brutalität, mit der dieser Überlebenskampf geführt wurde, in einem anderen Licht erscheinen. Aus diesen hochgesteckten strategischen Zielsetzungen, die letztendlich nichts anderes erbringen sollten als die vollständige Unterwerfung Europas, des damaligen Weltzentrums, unter ein Imperium, wird ein Weltherrschaftsanspruch erkennbar, und es zeigt sich damit Hegels Weltseele in der Gestalt eines talentierten Revolutionsgenerals, dem als nunmehr machtrunkenen Feldherrn alle Dimensionen maßvollen Herrschens im Sinne eines für sein Volk guten Regenten verloren gegangen waren oder überhaupt fehlten und der in einem Anflug von Größenwahn die gewaltigste Armee seiner Zeit aufbot, um mit diesem Feldzug alles auf eine Karte zu setzen.

### **Die militärstrategischen Ansätze**

Die Grande Armée von 1812 wurde aufgeboten, um anzugreifen. Alle vor dem Überfall auf Russland getätigten Maßnahmen wie die Inbesitznahme des Herzogtums Oldenburg bereits 1811, die Annexion Schwedisch-Pommerns und die Verstärkung der Grenzdivisionen im Großherzogtum Warschau sowie die permanenten Friedensbekundungen dienten ausschließlich dem verdeckten Aufmarsch einer gewaltigen Streitmacht. Zwar durfte Napoleon mit einem Angriff der Russen rechnen, aber einen Verteidigungskrieg zu führen, war nicht seine Absicht. Er wusste zu genau, dass damit nichts gewonnen würde, da er sich aufgrund der ständig vorhandenen Nährate für die russische Armee als Abnutzungskrieg endlos hinziehen würde. Ein solches

Szenario herrschte bereits in Spanien vor. Russland musste rasch besiegt werden, indem die Armee vernichtend geschlagen und die russische Seele gebrochen war. Dabei ging es um die Eroberung von strategischen Punkten, die Erzherzog Karl von Österreich in seinen zeitgenössischen Schriften wie folgt fasst: „*In jedem Staate gibt es strategische Punkte, die für das Schicksal desselben entscheidend sind; weil man durch ihren Besitz den Schlüssel des Landes gewinnt und sich seiner Hilfsquellen bemächtigt.*“<sup>20)</sup>

Es gibt wohl mehrere strategische Punkte in Russland, an denen sich das Schicksal des Reiches hätte entscheiden können, aber einer unter ihnen leuchtet so kräftig hervor, dass Napoleon diesen eindeutig als den entscheidenden erkannte: Moskau. Es war die alte Hauptstadt des Reiches, die im Gegensatz zu St. Petersburg jene traditionell-emotionale Bindung in der Bevölkerung aufwies, die dazu gereichen konnte, bei deren Eroberung ganz Russland als verloren zu betrachten. Moskau war das Herz Russlands, und noch nie war ein europäisches Heer bis dorthin vorgedrungen. Im Großraum Moskau, in Tula, lagen auch die Produktionsstätten für die russischen Waffen und andere Rüstungsbetriebe in großer Zahl. Voraussetzung für die Niederwerfung Russlands war die Vernichtung seiner Armee, das Gravitationszentrum für die Erreichung der strategischen Zielsetzungen war jedoch Moskau, wozu sich Clausewitz wie folgt äußert: „*Das russische Reich ist kein Land, was man förmlich erobern, d.h. besetzt halten kann, wenigstens nicht mit den Kräften jetziger europäischer Staaten, und auch nicht mit den 500.000 Mann, die Bonaparte dazu anführte. Ein solches Land kann nur bezwungen werden durch eigene Schwäche und durch die Wirkungen des inneren Zwiespaltes. Um auf diese schwachen Stellen zu stoßen, ist eine bis ins Herz des Staates gehende Erschütterung notwendig. Nur wenn Bonaparte mit seinem kräftigen Stoß bis Moskau hinreichte, durfte er hoffen, den Mut der Regierung und die Treue und Standhaftigkeit des Volkes zu erschüttern. In Moskau hoffte er den Frieden zu finden, und dies war das einzige vernünftige Ziel, welches er sich bei diesem Kriege stecken konnte.*“<sup>21)</sup>

Die militärstrategische Absicht war also aus der Sicht Napoleons, rasch die Entscheidung herbeizuführen. Sein ganzes Streben für diesen Feldzug trachtete danach, die Russen zur ultimativen Schlacht zu zwingen. Er konzentrierte sich ganz auf das russische Heer und seine Positionen sowie die Möglichkeiten des Zusammenwirkens der Heeresgruppen, dieses Heer musste gesucht und zerschlagen werden. Delbrück bezeichnet dies als Niederwerfungsstrategie,<sup>22)</sup> also eine Militärstrategie, die die Schlacht um jeden Preis haben muss.

Erst dann konnte daran gegangen werden, das Gravitationszentrum zu erobern, ein Folgeschritt, der ebenso rasch vollzogen werden musste, um dem Gegner keine Gelegenheit zu geben, Truppen auszuheben und die Stadt entsprechend zu befestigen. Der Sieg über Russland war also an zwei Prämissen geknüpft: erstens die totale Vernichtung der gegnerischen Streitkräfte und zweitens die Eroberung Moskaus. Mit vollem Triumph wollte Napoleon in Moskau einziehen, die Herzen der Bevölkerung gewinnen und ein Regime etablieren, das die Leibeigenschaft beendete. Dem Zaren bliebe nichts anders übrig, als um Frieden zu betteln, sich als Vasall zu unterwerfen, um wenigstens das Reich und die Dynastie zu retten.

Alexander wusste sehr genau, dass er eine Entscheidungsschlacht an der Grenze des Reiches vermeiden musste. Russland war von dem zügigen, verdeckten Aufmarsch Napoleons überrascht worden, war in den Rüstungsanstrengungen noch nicht auf dem benötigten Stand an Personal und Material, eine Vielzahl der erfahrensten Regimenter war noch im Krieg gegen die Türkei gebunden, wobei der Friede mit den Osmanen bereits greifbar war, aber für eine Verteidigung an der Grenze doch um zwei Monate zu spät kam, sodass der vollen

Wucht eines Angriffes die russischen Truppen in Polen nicht hätten standhalten können, sie waren an Zahl unterlegen, und nach Clausewitz' Berechnungen waren von den rund 400.000 Mann, die zur Abwehr bereitgestanden waren, für den ersten Ansatz nur 180.000 verfügbar. Allerdings waren die russischen Heerführer und der Zar selbst in einen Entscheidungsnotstand geraten; der Feind sollte einerseits nach Möglichkeit auf feindlichem Territorium, also im Großherzogtum Warschau bereits angegriffen und geschlagen werden. Sollte er Russland angreifen, hatte zunächst niemand einen Rückzug in Erwägung gezogen, sondern schlimmstenfalls eine grenznahe Verteidigung mit dem Ziel, nach der Heranführung von Verstärkungen, sofort wieder zum Angriff überzugehen und Napoleon aus Russland hinauszuerwerfen; andererseits war allen klar, dass diese Entscheidungsschlacht, zu der sie dann genötigt würden, exakt Napoleons Zielvorstellungen entsprechen würde und dessen Chancen auf einen Sieg, aufgrund der zahlenmäßigen Überlegenheit und seines Feldherrngenie, das den Russen mächtig Respekt einflößte, als hoch einzuschätzen waren.

Allein der militärische Berater und Vertraute des Zaren, der preußische Generalmajor in russischen Diensten, Karl Ludwig von Phull, schlug eine Rückzugsstrategie vor, die den Zaren überzeugte und letztendlich der Anstoß zur gesamten militärstrategischen Anlage des Feldzuges auf russischer Seite werden sollte: *„Der Kaiser und der General Phull hatten deshalb den ganz richtigen Gesichtspunkt gefasst, dass der eigentliche Widerstand erst später und tiefer im Lande erfolgen könne, weil man an der Grenze nicht stark genug sein würde. General Phull stellte daher die Idee auf, den Krieg von freien Stücken ein gutes Ende rückwärts in Russland hinein zu verlegen, sich dadurch seinen Verstärkungen zu nähern, etwas Zeit zu gewinnen, den Feind durch Detachierungen, die er würde machen müssen, zu schwächen und Raum zu gewinnen, ihn strategisch in Flanke und Rücken zu nehmen. Diese Idee sprach den Kaiser umso mehr an, da sie an Wellingtons Feldzug im Jahre 1811 in Portugal erinnerte.“*<sup>23)</sup>

So recht anfreunden mit dieser Idee wollte sich unter den russischen Heerführern keiner, aber angesichts der Situation, die als Alternative nur die mit hoher Wahrscheinlichkeit zu verlierende Entscheidungsschlacht geboten hätte, fügten sie sich und entwickelten eine konsequente Militärstrategie, obwohl zunächst der Zar den Oberbefehl über die Streitkräfte an der Westfront an den Kriegsminister und General Michail Barclay de Tolly übertrug und dieser nach dem Treffen bei Smolensk durch General Michail Ilarionowitsch Kutusow abgelöst wurde, also ein einheitliches und stringent durchgezogenes Vorgehen, das Delbrück später unter dem Begriff der „Ermattungsstrategie“ zusammenfassen sollte: *„Ich habe für diese Art der Strategie ehemals den Namen der Ermattungsstrategie oder der doppelpoligen Strategie geprägt, d.h. derjenigen Strategie, in der der Feldherr von Moment zu Moment wählt, ob er vermöge einer Schlacht oder eines Manövers zu seinem Zwecke gelangen soll, sodass seine Entschlüsse sich sozusagen unausgesetzt zwischen den beiden Polen des Manövers und der Schlacht bewegen, sich bald diesem, bald jenem Pol zuneigen. Dieser Strategie steht gegenüber jene andere, die geradewegs darauf ausgeht, die feindliche Streitmacht anzugreifen, zu zerstören und dem*

*Besiegten den Willen des Siegers zu unterwerfen, die Niederwerfungsstrategie.“*<sup>24)</sup>

Ziel war es also, so lange zu manövrieren, bis sich ein günstiger Augenblick für eine Schlacht bot, der dann eintreten würde, wenn einerseits die französischen Truppen durch den Vormarsch geschwächt wären, ihre Logistik wegen der weiten Distanzen nicht mehr in der Lage sein würde, entsprechend zu versorgen, und ausreichende Truppen auf der russischen Seite zur Annahme einer Schlacht bereitstünden. An einen Fall Moskaus wollte zu diesem Zeitpunkt zwar noch niemand denken, aber man war sich der zu erbringenden Opfer für diese Strategie bewusst, und so wurden sukzessive die Stellungen immer dann geräumt, wenn eine Umfassung, also ein Festnageln der Truppen an einem Schlachtort, drohte; zudem hinterließen die Russen ihrem Gegner nichts, die Städte, Vorratslager und Ernten waren systematisch vernichtet oder niedergebrannt worden. Auch Borodino brachte für Napoleon nicht die Entscheidung, da sich Kutusow - nach schweren Verlusten zwar, aber dennoch geordnet - aus der Schlacht zu lösen vermochte; es wurde demzufolge Moskau preisgegeben, aber die Armee war intakt und konnte während der Atempause wieder aufgefüllt werden. Nachdem Napoleon Moskau unverrichteter Dinge wieder verlassen musste, verfolgte die russische Seite die eingeschlagene Militärstrategie konsequent weiter und setzte mit punktuellen kleinen Angriffsoperationen dem zurückweichenden Feind enorm zu.

Einen wesentlichen Faktor zur Erhöhung der Leidensfähigkeit des russischen Volkes bildete die orthodoxe Kirche, deren Einfluss v.a. bei der einfachen Bevölkerung, also unter den Leibeigenen, eine nationale Aufwallung zu erzeugen vermochte, die diese Menschen trotz der minderen gesellschaftlichen Stellung und der gewaltigen Opfer, die sich durch den Verlust von Obdach, Lebensmittelknappheit, widrigste Lebensumstände, Vergewaltigung der Frauen und Mädchen, Zwangsaushebungen für das Militär und Verlust des ohnehin bescheidenen Hab und Gutes offenbarten, so an die Heimat zu binden vermochte, dass, von kleineren Erhebungen abgesehen, kein landesweiter Aufruhr oder Verbrüderungen mit dem Feind stattfanden.

*„Im Krieg von 1806/07 hatte die orthodoxe Kirche Napoleon mit einem Bannfluch belegt, der nach Tilsit eine Peinlichkeit darstellte. Jetzt aber konnte der Klerus den Antichrist mit voller Stimme brandmarken. Am 27. Juni erließ der Synod ein glühendes Manifest, in dem er warnte, derselbe böse Stamm, der Gottes Zorn über das Menschengeschlecht gebracht habe, als er seinen legitimen König und seine Kirche stürzte, bedrohe jetzt Russland. Daher sei es die Pflicht jedes Priesters, in der Bevölkerung Einmütigkeit, Gehorsam und Mut zur Verteidigung des orthodoxen Glaubens, der Monarchie und des Vaterlandes zu erwecken.“*<sup>25)</sup>

Obwohl Napoleon Plünderungen und Repressalien gegen die Zivilbevölkerung verboten hatte und eigentlich gute Chancen bestanden, die einfachen Menschen für die revolutionären Ideen empfänglich zu machen, ging dieses russische Konzept der psychologischen Kampfführung voll auf. Zunächst waren die Befehle des Kaisers wegen der schlechten Versorgungslage der Truppen nicht durchzuhalten, es mussten so genannte Fourage-Expeditionen durchgeführt werden, auch gelang es trotz Einsatzes von Gendarmen und zahlreicher Erschießungen von Marodeuren nicht, die Soldateska einzudämmen. Dies betraf auch das russische Ostpolen, wo die Invasoren von den Menschen anfänglich als Befreier von der russischen Herrschaft empfangen worden waren.

*„In der Proklamation, mit der er seinen ‚Zweiten polnischen Krieg‘ erklärte, hatte Napoleon bei seinen Truppen den Eindruck erweckt, dass sie sich auf feindlichem Boden befänden, sobald sie den Njemen überschritten, deshalb fühlten sie sich berechtigt, zu tun, was*

ÖMZ 6/2012-Online

sie wollten. [...] Ein Landadeliger [...] hatte eine französische Kavallerieeinheit mit dem traditionellen Brot und Salz willkommen geheißen, als sie auf seinem kleinen Gut außerhalb von Wilna eintraf. Binnen einer Stunde jedoch hatten die Männer seine Scheunen und Ställe geleert, alles Getreide auf den Feldern geschnitten, sein Haus vom Dach bis zum Keller geplündert, jedes Fenster und alles, was sie nicht mitnehmen konnten, zerschlagen und ihn und die Bauern seines Dorfs in tiefer Not zurückgelassen.“<sup>26)</sup>

Die Stimmung in den besetzten Gebieten schlug also sehr rasch um, was letztendlich dazu führte, dass Tausenden Verwundeten jegliche Hilfe verweigert wurde, nachdem sich die Franzosen wieder zurückgezogen hatten; Hass gegen die Invasoren und Sehnsucht nach Rache wuchsen ins Unermessliche.

Das klare Ziel dieses militärstrategischen Konzeptes, nämlich die gezielte und nachhaltige Ermattung des Gegners durch geschicktes Manövrieren und das Attackieren seiner Schwachstellen zum geeigneten Moment, also das geschickte Ausnutzen des Raumes und des Zeitfaktors, v.a. aber die beharrliche Umsetzung dieser Ermattungsstrategie, die mit dem Niederbrennen Moskaus den Leidensdruck auf die höchste Spitze trieben, zeitigten letztendlich den Erfolg, da es Napoleon nicht gelungen war, die russische Armee zu vernichten und damit der Zar nicht zur Notwendigkeit der Aufnahme von Friedensverhandlungen genötigt werden konnte. Der gerne als wesentlicher Faktor für die französische Niederlage gebrachte russische Winter wirkte sich erst in der letzten Phase des Feldzuges aus und erleichterte die Umsetzung der russischen Militärstrategie, er ist aber als nicht entscheidend für den Kriegsverlauf zu beurteilen.

### Operationsführung und taktische Implikationen

Nachdem die russische Heeresleitung einen Angriff gegen die im Großherzogtum Warschau aufmarschierten Verbände als nicht gewinnbringend erkannt hatte und sich alle in die militärstrategische Konzeption eines Abnutzungskrieges einzufügen bereit waren, wurde für die erste Phase des Krieges der Operationsplan des Generals Phull angenommen, der Folgendes vorsah: „Phulls Plan bestand demnach darin, dass die 1. Westarmee sich in ein festes Lager zurückziehen sollte, wozu er die Gegend an der mittleren Düna gewählt hatte, dass dahin die nächsten Verstärkungen gesendet und ein großer Vorrat an Lebensmitteln daselbst angehäuft werden müsse, und dass Bagration mit der 2. Westarmee in die rechte Flanke und den Rücken des Feindes vordringen sollte, wenn dieser der 1. folgte. Tormassow blieb zur Verteidigung Wolhyniens gegen die Österreicher bestimmt.“<sup>27)</sup>

Zu diesem Zweck bezogen die drei russischen Armeen ein Verteidigungsdispositiv an der Grenze: Die 1. Armee, die von General Barclay de Tolly kommandiert wurde, der jedoch zugleich Kriegsminister war und Chef der gesamten Heeresleitung im westlichen Frontabschnitt, stand westlich von Wilna in einem etwa 100 Kilometer weiten Bogen hinter der Memel und deckte damit sowohl die Stoßrichtung gegen St. Petersburg als auch gegen Smolensk und weiter nach Moskau. Barclay verfügte über 130.000 Mann und bildete somit das Schwergewicht der russischen Verteidigung. Dies drückt sich auch durch den Einsatz der beiden Reservekorps

unmittelbar hinter der 1. Armee aus, die nördlich und südlich von Wilna ihre Aufstellung bezogen hatten.

Die 2. Armee stand unter dem Kommando von General Pjotr Iwanowitsch Bagration in der Stärke von etwa 52.000 Mann<sup>28)</sup> ostwärts von Bialystok südlich der Memel. Bagration war unter den Generälen der vehementeste Verfechter einer Angriffsstrategie, bei den Truppen äußerst beliebt und ein Poltergeist, der sich selbst gerne an der Spitze der Armee gesehen hätte - ein Umstand, der Barclay die Führung erschwerte und letztendlich dazu führen sollte, dass er nach schweren Anfeindungen, v.a. von Seiten Bagrations, wegen der konsequenten, kräfteschonenden Umsetzung der militärstrategischen Vorgaben das Kommando an Kutusow abtreten musste. Die 3. Armee in der Stärke von rund 50.000 Mann führte General Tormassow an, der südlich der Pripjetsümpfe ein Vordringen des Feindes aus dem Raum Lemberg verhindern sollte. Diese Armee stand also relativ abseits, hatte das österreichische Korps unter dem Fürsten Schwarzenberg zu binden bzw. dessen Vordringen abzuwehren und nahm an den Kämpfen im Norden nicht teil.

General Phull hatte die Ortschaft Drissa an der Düna als starkes Gelände beurteilt und ließ dort Befestigungen errichten, aus denen dann die 1. Armee Napoleon eine Schlacht hätte anbieten können, wobei er sich ausgerechnet hatte, die zu Beginn noch ausständigen Reserven und neuen Aushebungen herangeführt zu haben, um zusammen mit der 2. Armee jene Stärke aufzuweisen, die einen Sieg über die Franzosen hätte erbringen können.

Napoleon konzentrierte die Hauptmacht seiner Truppen im Raum Kowno an der Memel. Die Russen sollten frontal angegangen werden; erstes Angriffsziel war Wilna, unter Einsatz des I. Korps unter der Führung von Marschall Davout mit 70.000 Mann als Schwergewicht, des II. Korps mit 40.000 Mann unter dem Kommando von Marschall Oudinot, das die linke Flanke decken sollte und gleichzeitig Marschall Mac Donalds X. Korps beim Vorstoß aus Tilsit Richtung Norden gegen Riga zu unterstützen hatte, des III. Korps unter Marschall Ney im Süden als rechte Flanke mit 40.000 und der kaiserlichen Garde mit 40.000 Mann als zweite Staffél. All diesen Truppen voraus wurde die Kavalleriereserve mit 40.000 Mann unter König Murat als erster Rammbock eingesetzt. Weiter südlich lagen das IV. Korps unter Fürst Eugène und das VI. Korps unter Marschall St. Cyr mit zusammen 67.000 Mann, denen die Aufgabe zugeordnet war, in die Lücke zwischen erster und zweiter russischer Armee zu stoßen, eine Vereinigung dieser zu verhindern und Barclays 1. Armee zu umfassen. Gegen Bagration wurden unter dem Kommando von Napoleons Bruder Jérôme, dem König von Westphalen, drei Korps (das V. polnische, das VII. sächsische und das VIII. westphälische) eingesetzt, mit dem Auftrag, die 2. russische Armee zumindest soweit zu binden, damit eine Zusammenführung mit der Hauptstreitmacht unmöglich würde.<sup>29)</sup> Napoleon versuchte mit diesem Ansatz den Gegner zu portionieren, um ihn in Teilen schlagen zu können, denn je schneller es den Russen gelänge, ihre Kräfte zu konzentrieren, desto schwieriger würde es werden, sie überhaupt zu besiegen; v.a. aber musste er unter solchen Umständen mit weit höheren eigenen Ausfällen rechnen, als dies bei getrennten Treffen zu erwarten war.

Der französische Angriff ging im Schwergewicht zügig voran, da die Russen trotz ihres Verteidigungsdispositivs von der Invasion überrascht worden waren. An eine zeitlich begrenzte Verteidigung von Wilna war nicht mehr zu denken, die Munitionsdepots und Vorratslager wurden niedergebrannt, und Barclay, der die Absicht des Feindes rasch durchschaut hatte, ging hinhaltend kämpfend in Richtung auf die geplante Verteidigungsstellung in Drissa zurück, in der Hoffnung, sich dort mit Bagration vereinigen zu können. Als Napoleon am 28. Juni

in Wilna einmarschierte, verließ die 2. russische Armee ihre Stellungen Richtung Nordosten, musste aber bald erkennen, dass ihr der Weg in die Dünenstellung abgeschnitten worden war, und marschierte daher Richtung Minsk.

Barclay nahm seine Armee unter Führung kleinerer Gefechte sehr geordnet und umsichtig zurück, besetzte die Stellung in Drissa und musste von dort aus die Truppen Richtung Witebsk zurücknehmen, da die erhoffte Vereinigung mit Bagration nicht gelang und er zudem die Verteidigungsstellung in Drissa sowie deren Vorbereitung für eine Schlacht insoweit als ungenügend beurteilt hatte, als sie für die Armee zur Falle geworden wäre. Barclay ließ General Wittgenstein mit etwa 25.000 Mann nördlich der Düne stehen, um St. Petersburg zu decken, und zog sich in östlicher Richtung zurück.<sup>30)</sup> Bei Witebsk fand am 27. Juli das erste schwere Gefecht des Feldzuges statt; Barclay ordnete seine Truppen und ließ bei Einbruch der Dunkelheit Napoleon im Glauben, sich am nächsten Tag einer Schlacht stellen zu wollen. Die Invasionsstruppen hatten in diesem Monat dennoch schwere Verluste hinnehmen müssen. Die ungenügende Versorgungslage, verursacht durch die heftigen Unwetter, die ohnehin kargen, nicht sehr wasserreichen, aber im Sommer sehr heißen Landstriche Ostpolens, das durch die Russen praktizierte schonungslose Prinzip der verbrannten Erde und die Gewaltmärsche, mit denen Napoleon seine Truppen vorantrieb, führten zu ungeheuren Ausfällen durch Desertion und Krankheiten: Während des ersten Monats hatte die Armee ohne wesentliche Kampfhandlungen bereits 150.000 Mann verloren, die Pferde, deren Pflege und Fütterung zu wenig Beachtung geschenkt worden war, waren zu Tausenden verendet.

In der Nacht auf den 28. Juli zog Barclay aus dem Raum Witebsk getarnt ab, indem er durch einen Kosakenverband die Lagerfeuer weiter betreiben ließ. Zu dieser Zeit erfuhr Napoleon vom Friedensschluss zwischen Russland und der Türkei, was bedeutete, dass die Russen weitere Truppen für den polnischen Kriegsschauplatz freibekommen würden, wenn es ihm nicht bald gelänge, eine Entscheidungsschlacht herbeizuführen. Am 17. August schließlich vereinigten sich die beiden russischen Armeen vor Smolensk, einer Stadt, deren Befestigungsanlagen veraltet waren und die militärstrategisch keine Bedeutung hatte. Für die politisch-strategische Ebene war sie allerdings nicht unwichtig, da sie mit ihrer Legende über eine wundertätige Ikone zu einem religiösen Zentrum geworden war. Barclay ließ die Stadt, die am Südufer des Dnjepr liegt, durch ein Korps von 30.000 Mann verteidigen. Es war dessen vordringlichste Aufgabe, den Rückzug der Hauptarmee zu decken und dann die Stadt aufzugeben, also die Vorräte zu vernichten. Durch den französischen Artilleriebeschuss fing die Stadt Feuer und brannte gänzlich nieder, ein Umstand, der Barclay von russischer Seite angelastet wurde. Die Empörung über die vermeintlich verantwortungslos rasche Aufgabe von Smolensk im russischen Kriegsrat war groß; nach diesem ungeliebten Rückzug und dem Fall der Stadt konnte der Zar Barclay als obersten Heerführer nicht mehr halten und übertrug den Oberbefehl für die Truppen an General Kutusow, einen Offizier, der sich in den Türkenkriegen hervorragend ausgezeichnet hatte, aber mit seinen 67 Lebensjahren nicht mehr den tatkräftigen und flexiblen Feldherrn verkörperte,

den sich so mancher als Gegenstück zu Napoleon vielleicht gewünscht hätte. Berühmt war „der Alte“ allerdings für seine Schläue und Gerissenheit. - Barclay verblieb jedoch auf Befehl des Zaren als Kommandant der 1. Armee.

Napoleon war außer sich, als er erkennen musste, dass ihm die Russen schon wieder entwischt waren. Bis Smolensk hatte er gehofft, den Feind besiegt zu haben, sein Konzept war nicht aufgegangen, es war Mitte August, die Armee war ohne Schlacht bereits stark reduziert, wobei es sich dabei in erster Linie um die Verluste bei den frisch ausgehobenen Truppen handelte, während die erfahrenen Regimenter und v.a. die Garde noch voll kampfkraftig dastanden. Er musste nun auf Ganze gehen: so rasch wie möglich der russischen Hauptarmee nach, sie zur Schlacht stellen, sie vernichten, Moskau erobern, den Zaren zum Frieden zwingen und die Truppen wieder hinausführen aus diesem unwirtlichen Land in vorbereitete Winterquartiere.

Kutusow wusste, dass sowohl der Zar als auch ganz Russland von ihm die Schlacht erwarteten, die Franzosen waren ihm knapp auf den Fersen. Die Invasionsarmee war Moskau bereits bedrohlich nahe gekommen, im Raum von Borodino/Utiza, etwa 100 Kilometer vor der Stadt, kamen beide Vormarschstraßen, die alte und die neue Smolensker Straße, enger zusammen. Kutusow stellte sich. Am 5. September begann die französische Avantgarde das Gefecht und warf die Russen aus der Schewardino-Schanze, ihrer Vorpostenstellung, den 6. September benötigte Napoleon, um die Truppen zu formieren und aus dem zirka 70 Kilometer auseinandergezogenen Heereswurm die Schlachtordnung herzustellen. Kutusow tat es ihm gleich. Zu Beginn der Schlacht standen sich am 7. September etwa 130.000 Mann auf jeder Seite gegenüber, Napoleon hatte die Schwachstelle der Russen erkannt - den linken Flügel, aber er war sehr vorsichtig mit dem Einsatz seiner Truppen, beinahe zögerlich, die Garde, seine letzte Reserve, kam in der gesamten Schlacht nicht zum Einsatz, den frontal angreifenden Franzosen gelangen zwar einige Vorstöße, sie nahmen die Redouten in Besitz, aber die Russen hielten auf der ganzen Frontlinie tapfer stand, auch wenn die Lage oft aussichtslos erschien, was die Franzosen überraschte. Es gab daher nahezu keine Gefangenen, wie dies sonst in den Kriegen in Europa üblich war. Dieses Verhalten der Russen ist aus den Kriegen gegen die Türken und Perser zu erklären, dort wurde kein Pardon verlangt und auch keiner gewährt, Gefangene wurden bestenfalls hingerichtet, wenn nicht zu Tode gemartert, daher war es für die Soldaten besser, auch in aussichtslosen Situationen bis zum Ende zu kämpfen.

Die Schlacht wogte den ganzen Tag hin und her, die Verluste waren enorm: 50.000 russische Soldaten und 30.000 Mann der Invasionsarmee waren gefallen oder so schwer verwundet, dass sie als nicht mehr kampftauglich eingestuft werden mussten. Einen solch hohen Blutzoll an einem einzigen Tag hatte es in der bisherigen Kriegsgeschichte noch nicht gegeben, v.a. waren sehr viele Offiziere gefallen, unter ihnen auch der Kommandant der 2. Armee, Fürst Bagration. General Barclay hatte im Zentrum standgehalten, die 2. Armee auf dem linken Flügel hatte große Verluste erlitten. Kutusow befahl Vorbereitungen für einen Generalangriff am nächsten Morgen und hielt so die Truppen zusammen, die Soldaten begaben sich zur Ruhe. Durch diesen Schachzug verhinderte er die kopflose Flucht nach der Schlacht, obwohl er bereits durch die Meldung über die Ausfallszahlen erkennen konnte, dass er am nächsten Tag nicht mehr würde standhalten können. Am späten Abend befahl er den Rückzug, wodurch es ihm gelang, seine Armeen geordnet vom Schlachtfeld wegzuführen, zudem war er nicht geschlagen worden.

Napoleon hatte, da er auf dem Schlachtfeld verblieben war, zwar gesiegt, aber welchen Preis hatte dieser Sieg gekostet? Beinahe die

gesamte Kavallerie war aufgezehrt, die russische Armee nicht vernichtend geschlagen, und zu allem Überdruß hatte Kutusow dem Zaren einen russischen Sieg vermelden lassen, was ihm den Marschallsstab einbrachte. Feldmarschall Kutusow wusste sehr genau, dass er sich so bald keiner Schlacht mehr stellen konnte, er brauchte einige Wochen Zeit, um die Truppen aufzufrischen und neu auszurüsten; er fasste daher den schwerwiegenden, aber nichtsdestoweniger genialen Entschluss, zwar eine Verteidigung Moskaus vorzugaukeln, die Stadt aber aufzugeben und die Truppen zu regenerieren. Er legte dies dem Kriegsrat so dar: *„Solange die Armee noch existiert und in der Lage ist, sich dem Gegner zu widersetzen, bleibt uns die Möglichkeit erhalten, den Krieg zu einem günstigen Abschluss zu bringen, aber wenn die Armee zerstört ist, werden Moskau und Russland untergehen.“*<sup>31)</sup>

Die Stadt wurde zum größten Teil evakuiert, und als Napoleon am 15. September einritt, zu seiner Verwunderung, ohne von der Stadtregierung begrüßt zu werden und den Schlüssel der Stadt übergeben zu bekommen, begannen bereits an einigen Stellen die ersten Brände aufzulodern. Die Franzosen glaubten den Krieg gewonnen zu haben und plünderten die Stadt, Napoleon wartete auf ein Friedensangebot des Zaren, dieser jedoch dachte nicht daran und wartete ab. Den Winter über aber war die Armee in Moskau nicht zu erhalten, dazu Clausewitz: *„Eine Armee von 90.000 Mann mit erschöpften Menschen und zugrunde gerichteten Pferden in einem Spitzen Keil 120 Meilen (Anm.: 1 russische Meile = 7 Werst = 7,4676 Kilometer) weit in Russland hineingetrieben, rechts eine Armee von 110.000 Mann (Anm.: die wiederaufgefrischte russische Armee), um sich herum ein bewaffnetes Volk, genötigt nach allen Weltgegenden Front zu machen, ohne Magazine, ohne hinreichende Munitionsvorräte, mit einer einzigen ganz verwüsteten Verbindungsstraße - das ist keine Lage, in der man überwintern kann. War aber Bonaparte nicht gewiss, sich den ganzen Winter in Moskau behaupten zu können, so musste er den Rückzug vor dem Eintritt des Winters antreten, und Moskaus Stehen und Fallen hatte darauf keinen merklichen Einfluss.“*<sup>32)</sup>

Napoleon blieb dennoch bis Mitte Oktober in Moskau, erst als der erste Schnee fiel, entschloss er sich zum Rückzug in die Winterquartiere, als Tag des Abzuges legte er den 20. Oktober fest. Die Soldaten zogen begleitet von zahlreichen Zivilisten, v.a. Frauen, und vollbepackt mit den Schätzen der Stadt relativ ungeordnet und ausgelassen ab, viele der Verwundeten allerdings blieben wegen Transportunfähigkeit in der geplünderten und niedergebrannten Stadt zurück und wurden alsbald von der zurückkehrenden Bevölkerung umgebracht, während die russischen Truppen wieder relativ aufgefrischt sich aufmachten, den zurückweichenden Feind anzugreifen, wie im Gefecht von Malojaroslawez, wo die Franzosen 6.000 Tote und Verwundete hinnehmen mussten; zwar hatten sie gewonnen, doch der Sieg hatte keine Bedeutung.

Bei der 3. russischen Armee im Süden, die den Österreichern gegenübergestanden hatte, war die Lage eingefroren. Die Kontrahenten lagen sich am Fluss Styr gegenüber, die Österreicher im Norden, die Russen im Süden - Patt gewissermaßen, das sich allerdings mit dem Frieden von Bukarest änderte, denn damit waren die Truppen der russischen Donauarmee frei geworden, von denen nun 50.000 Mann auf

den nördlichen Kriegsschauplatz abgezogen werden konnten, 20.000 blieben weiter an der türkischen Grenze stehen. Diese kriegserfahrenen Truppen aus dem Süden unter dem Kommando von Admiral Tschitschagow zählten zu den besten, die aufgebieten werden konnten. Am 14. September hatten sich diese mit der 3. Armee vereinigt, und nun erst konnte eine wirksame Offensive gegen die Nachschubwege der Franzosen nach Moskau angegangen werden.<sup>33)</sup>

Tormasow wurde ins Hauptquartier abberufen und die vereinigte Armee unstrukturiert, sodass unter Zurücklassung von 27.000 Mann zur Bindung der Österreicher und Sachsen noch Garnisonen verstärkt werden konnten. Tschitschagow traf letztlich mit 32.000 Mann am 22. November bei Borissow an der Beresina ein, wohin sich auch der Rückzug der Invasoren hinwälzte. Der Operationsplan war als eine Einkesselung der napoleonischen Hauptarmee ausgedacht. Kutusow drückte von Osten her nach, Wittgenstein, dessen Korps auf 40.000 Mann verstärkt worden war, sättigte den Raum im Norden, nach Süden in die Pripjetsümpfe auszuweichen machte wenig Sinn, sodass die Grande Armée, an die Beresina gedrückt, diese überqueren musste, auf deren Westseite jedoch Tschitschagow dies verhindern sollte. Es bot sich die Möglichkeit an, Napoleon gefangen zu nehmen, aber dieser setzte sein Feldherrngenie noch einmal gezielt ein und begann einen Übergang über die Beresina südlich von Borissow bei Ucholoda vorzutäuschen.

Für Tschitschagow erschien dies logisch, da mit diesem Übergang der Marsch der Armee ins etwa 70 Kilometer entfernte Minsk hätte angetreten werden können, wo große Vorrats- und Munitionslager der Russen eine Überwinterung möglich gemacht hätten, tatsächlich aber überquerte Napoleon den Fluss bei Studjanka, etwa 18 Kilometer nördlich von Borissow und marschierte Richtung Wilna weiter. Durch dieses Täuschungsmanöver war es Napoleon gelungen, einen großen Teil seiner noch verbliebenen Armee am 26. November geordnet überzusetzen und aus der Falle zu entkommen. Seine Verluste betragen dennoch rund 25.000 Mann, unter den die Armee begleitenden Zivilisten waren Tausende Opfer zu beklagen, die entweder am Ostufer aufgerieben wurden oder in der Beresina ertranken.

Die sich nach Wilna dahinwälzende Rumpfarmee wurde nun v.a. durch den mit ganzer Härte einsetzenden russischen Winter, mit Temperaturen um die minus 30 Grad Celsius, auf ein Maß reduziert, das geordnetes Operieren unmöglich machte und auch das Halten in Wilna nicht zuließ. Es galt nur mehr, das Häufchen Elend zusammenzuhalten, das durch Erfrierungstod, Verhungern und permanente kleinere Angriffe so sehr dezimiert worden war, dass es mit lediglich 20.000 Mann am 14. Dezember die Memel überschreiten sollte. Die russischen Feldherren waren in ihrer Operationsführung bis zum Ende stets vorsichtig zurückhaltend geblieben; getreu der ihnen vorgegebenen Ermattungsstrategie hatten sie sich nach Borodino auf keine Schlachten mehr eingelassen.

Die permanenten Nadelstiche gegen die Invasionsarmee wurden in erster Linie durch die Kosaken durchgeführt. Diese besonderen Reiterverbände waren teils als reguläre Regimenter in der russischen Armee eingegliedert, wo sie die Aufgaben der leichten Kavallerie übernahmen und auch nur mehr wenig mit der Kriegergemeinschaft des ursprünglichen Kosakenwesens zu tun hatten. Bei diesen Aufklärungs- und Sicherungsaufgaben gelang es ihnen oft, Versorgungseinheiten der Invasionsarmee, die im Umland herumstreiften, um Verpflegung und Futter zu organisieren, in Hinterhalten auszuschalten oder sie zu überfallen. Neben den regulären Kosakenverbänden wurden die russischen Truppen noch durch irreguläre Kosaken verstärkt, die sich in der Hoffnung auf Beute ebenso auf die Überfälle von Versorgungseinheiten oder die Gefangennahme von Versprengten spezialisiert hatten. Die leicht bewaffneten Reiter, meist nur mit einer Lanze und einem Säbel

ausgerüstet, waren an sich militärisch kein großes Problem für geschlossene Truppenkörper, beim Vormarsch wurden sie de facto ignoriert, da sie sich nie zum Kampf stellten, sondern, zwar permanent in der Nähe, nur darauf warteten, bis Einheiten schwach genug waren, um sie gefahrlos niedermachen zu können. Ihre volle Wirkung entfalteten diese Reiter erst unter den schwierigen Bedingungen auf dem Rückmarsch, wo sie die Invasionsarmee durch ihre überraschenden Angriffe psychisch soweit demoralisierten, dass bereits alleine der Ruf „Kosaken“ Panik unter den maroden Verbänden auslöste. Den zurückgelassenen Verwundeten wurde ebenso wie den Gefangenen in der Regel kein Pardon gegeben, sie wurden vielmehr meist gefoltert und dann abgeschlachtet.

*„Beim anschließenden großen Rückzug der Franzosen bewiesen die Kosaken eine Unmenschlichkeit, die in den Tiefen des kollektiven Gedächtnisses der Westeuropäer Erinnerungen an die Heimsuchungen der Steppenvölker wachrief, an Horden grausamer Nomaden, deren Auftauchen den Schatten überall hinwarf, wohin der Galopp ihrer Pferde sie trug. Die Kosakenschwadronen folgten den langgezogenen Kolonnen der Grande Armée, die sich durch knietiefen Schnee der Hoffnung auf Sicherheit entgegenkämpften, in kurzem Abstand, jedoch außerhalb der Reichweite der Musketen. Wo immer ein Mann geschwächt zusammenbrach, stürmten sie herbei; erlag eine Gruppe den Strapazen, wurde sie niedergedrückt und ausgelöscht. Als sich die Kosaken jener Reste des französischen Heeres bemächtigten, denen es nicht gelungen war, die Beresina zu überqueren, bevor Napoleon die Brücken verbrennen ließ, kam es zu einem ungeheuren Gemetzel.“<sup>34)</sup>*

Neben diesen Kosaken wurden jedoch seitens der Russen auch regelrechte Partisanenverbände gebildet, die in Zusammenarbeit mit der bäuerlichen Bevölkerung v.a. die langen Versorgungslinien des Feindes angreifen sollten. Die Bauern waren für diese Aufgabe leicht zu überzeugen, da die französischen Fouragiertrupps und Marodeure an der Zivilbevölkerung Gräueltaten verübten, für die diese gequälten Menschen Genuß forderten und sich an ihren Peinigern, zu denen grundsätzlich dann jeder feindliche Soldat zählte, oft mit unglaublicher Brutalität rächten. V.a. nach der Schlacht von Borodino, in deren Umfeld die ersten Partisaneneinheiten erfolgreich agierten, setzte die russische Heeresleitung, deren Generäle sich ebenso erst an diese Form der Kampfführung gewöhnen mussten, solcherart Truppen vermehrt ein und entfesselte damit einen sehr wirkungsvollen Kleinkrieg.<sup>35)</sup>

Die Guerillataktik oder eben der „kleine Krieg“, wie Clausewitz ihn als Begriff einführt,<sup>36)</sup> bildete unter den gegebenen Umständen einer demoralisierten Armee auf ihrem Rückzug, unter Versorgungs- und Witterungsbedingungen, die nicht schlechter hätten sein können, eine wertvolle Ergänzung der regulären russischen Truppen, die aufgefrischt und für lohnende Kampfaufgaben geschont werden konnten, während Partisanen und aufgebrachte und bewaffnete Bevölkerung den Gegner mit punktuellen Attacken permanent beschäftigte, dezimierte und durch die grausame und gnadenlose Form ihres Kampfes den Feind weiter demoralisierte. Obwohl manche dieser durchwegs berittenen Einheiten noch mit Pfeil und Bogen kämpften, auf den kleinen, an den russischen Winter gewöhnten Pferden, waren sie in dieser Situation, zur Erfüllung eben dieser Aufgaben, den regulären

gegenerischen Truppen ebenbürtig, sofern sich diese nicht anschickten anzugreifen. In solchen Lagen trat die reguläre russische Armee als Anlehnungsmacht auf, hinter die sich die Partisanen flüchten konnten.

Die russischen Streitkräfte gliederten sich daher grundsätzlich in zwei Komponenten: eine reguläre und eine irreguläre. Die regulären Truppen bestanden in der Regel aus ausgehobenen Soldaten, die für 25 Jahre in den Dienst genommen wurden. Die Armee war dann gleichsam ihre Familie, da sie normalerweise kein einziges Mal während ihres Militärdienstes in ihre Heimatorte zurückkehren durften. Sie waren dort Leibeigene gewesen, und nun in der Armee waren sie freie Männer, sie passten nicht mehr in das dörfliche Gefüge, auch wenn sie nach 25 Jahren aus der Armee entlassen wurden, ein Umstand, der nicht als selbstverständlich anzusehen war, führte doch das Zarenreich permanent Kriege an seinen langen Grenzen. Gerade die napoleonischen Kriege forderten einen enorm hohen Blutzoll unter den regulären russischen Verbänden. Diejenigen Soldaten, die den Militärdienst überlebt hatten, diese Freien also, kolonisierten Sibirien oder blieben in irgendeiner Form mit der Armee verbunden. Weitere Angehörige der regulären Truppen bildeten die so genannten Legionäre, Menschen aus aller Herren Länder, in der Masse jedoch Offiziere, die sich in den Dienst des Zaren gestellt hatten; sie verließen die Armee wieder, nachdem ihre Heimaten vom napoleonischen Joch befreit worden waren.

Zwar wurden aus den regulären Truppen heraus Einheiten abkommandiert zur Durchführung von Jagdkampffaktionen, aber dies hielt sich in Grenzen. Für die klassischen Kampfeinsätze formierte Kavallerie war viel zu wertvoll, um sie für Einsätze zu verwenden, die auch von weniger gut gerüsteten und ausgebildeten Milizen und Banden erledigt werden konnten. So bestanden die irregulären Einheiten und Verbände meist aus Kämpfern, die angesichts der Gräueltaten der Invasionsarmee im Sinne einer Levée en masse bereit waren, sich zu wehren, oder solchen, die aus anderen Gebieten Russlands herbeigeeilt waren, um sich am Kampf gegen die Eindringlinge zu beteiligen, manche aus Vaterlandsliebe, andere ausschließlich, um Beute zu machen, die nach der Plünderung Moskaus bei den Invasoren in großer Zahl vorhanden war. Es erfolgte damit de facto eine innerrussische Umverteilung von Vermögen, mit den französischen Soldaten als „Zwischenhändlern“.

## Zur Logistik

Die französischen Revolutionsarmeen waren es gewöhnt, sich aus dem Land zu versorgen, weshalb Napoleon bei seinen Feldzügen der Logistik, abgesehen von der Ausrüstung der Truppen mit Waffen und Bekleidung, wenig Beachtung schenkte. Der Soldat trug neben seiner Muskete, die ohne Bajonett 1,54 Meter Länge maß, einen Gurt mit Utensilien zur Waffenpflege und der Munition, einen Tornister, der Ersatzkleidung, ein zweites Paar Schuhe und Verpflegung (Zwieback, Mehl) enthielt, sowie eine Felddecke, die zusammengerollt über den Tornister geschnallt wurde.<sup>37)</sup> Für die Verpflegungsversorgung war Geld vorgesehen, womit in den Einsatzgebieten frische Waren eingekauft werden sollten. Zudem begleiteten unzählige Marketenderinnen mit ihren Wagen die Heere auf den Feldzügen und versorgten die Soldaten mit allen aufbietbaren Annehmlichkeiten.

Diese Form der Versorgung der Truppen konnte in den dicht besiedelten und reichen Gegenden Deutschlands und Norditaliens sehr gut praktiziert werden, für die russischen Verhältnisse allerdings, so hatte Napoleon dies erkannt, würde dies nicht genügen, zudem überstieg die Armee, die gegen Russland aufgeboten wurde, in ihren Größendimensionen alles bisher Dagewesene. Es mussten daher Lager angelegt werden, um den verdeckten Aufmarsch zu garantieren und

die aus ganz Europa zusammengeführten Truppen in die Ausgangsstellung an der Memel zu bringen, ohne dabei die Durchzugsländer auszuplündern und wirtschaftlich zu ruinieren. So hatte Napoleon in Danzig fünfzig Tagesrationen für 400.000 Soldaten und 50.000 Pferde einlagern lassen, wobei dem Soldaten als tägliche Ration etwa 600 Gramm Zwieback und Trockengemüse, 250 Gramm Fleisch, ein Viertelliter Wein und etwas Weinbrand zugestanden wurden; in den Munitionsdepots lagerten beispielsweise knapp 800.000 Kanonenkugeln für die mitgeführten Artilleriegeschütze.<sup>38)</sup>

Für den Nachschub selbst war eine neu geschaffene Truppe, der Train, zuständig. Er bestand für diesen Feldzug aus 26 Bataillonen, ausgerüstet mit rund 9.300 Fuhrwerken, die von 32.500 Pferden und 6.000 Ersatzpferden gezogen wurden; zudem wurden schwere, von Ochsen gezogene Wagen eingesetzt, die ungefähr die doppelte Leistung eines Pferdefuhrwerkes erbringen konnten, zudem bestand der Vorteil, dass die Ochsen, einmal am Ziel angelangt, zusammen mit dem Mehl, das sie befördert hatten, als Frischverpflegung Verwendung fanden.<sup>39)</sup> Diese Aufbietung an Versorgungselementen konnte im ersten Ansatz den Bedarf der Soldaten decken. Russische Berechnungen haben ergeben, dass für die Versorgung von 120.000 Soldaten und 40.000 Pferden an nur einem Tag 850 vollbeladene Fuhrwerke notwendig sind,<sup>40)</sup> was umgerechnet auf die 600.000 Mann der Invasionsarmee 4.250 Wagenladungen pro Tag ergibt.

Allerdings waren für die Pferde keine besonderen Maßnahmen zur Futtermittellieferung vorgesehen, sie sollten mit Frischfutter unmittelbar verpflegt werden, eine Kalkulation, die sich in den kargen Gebieten des Ostens als ein grober Fehler erweisen sollte. Hinzu kam noch die Problematik der schlechten Straßen in Ostpolen, die sich nach Unwettern in morastige Pisten verwandelten. Auch waren diese Sandstraßen nicht geeignet, um das Gewicht der schweren Ochsenfuhrwerke zu tragen, weshalb diese bereits im Ansatz des Feldzuges stecken geblieben waren. Als die Invasions-truppen nur wenige Tage nach dem Beginn des Angriffes Wilna erobert hatten, gingen beim Vorstoß Richtung Witebsk solch schwere Unwetter nieder, dass der gesamte Angriff im Schlamm versank. Dabei gingen etwa ein Viertel aller Pferde, also um die 40.000 Stück, in Ermangelung von Futter und aus Erschöpfung verloren.

Aus dem Land selbst war nur mehr wenig zu holen, da Futterplätze von den russischen Truppen, die bis zum Beginn des Feldzuges in Ostpolen gelagert hatten, ausgezehrt waren, die Strategie der „Verbrannten Erde“ tat ihr Übriges, sodass die Furagiere der Invasoren immer weiter ausgreifen mussten, um ihre Truppen zu versorgen. Wurde anfangs noch gekauft, kam es immer öfter zu Zwangsrequisitionen und Plünderungsaktionen der hungrigen Soldaten, da die Bevölkerung nicht willens war, ihre noch für den Winter benötigten Reserven abzugeben. Hier schließt sich der Kreis zu der aufgrund dieser Umstände recht leicht aufbietbaren Guerilla, die letztendlich grausam Rache nahm. Napoleon war es auch nicht gelungen, die nunmehr seiner Ansicht nach befreiten Polen in den Ostgebieten für seinen Feldzug zu gewinnen; entgegen seinen Erwartungen bekam er an Truppen nur knappe 15.000 Soldaten, eine Anzahl, die die enormen Ausfälle der ersten Tage nicht ersetzen konnte.<sup>41)</sup>

Ein weiterer Fehler in der logistischen Planung war der

fehlende Witterungsschutz; so hatte man keine Zelte für die Unterbringung der Soldaten zur Verfügung, die sich bei Übernachtungen auf dem freien Feld Krankheiten zuzogen und in großer Zahl dahinstarben. Um den logistischen Aufwand zu minimieren, bevorzugte die französische Armee das so genannte Biwak, das Nachtlager im Freien, was in den Sommermonaten auf den europäischen Kriegsschauplätzen auch vertretbar gewesen war. Die Witterungsumstände in Russland hätten zur Kampfkrafterhaltung entsprechender Maßnahmen bedurft, um die sich die Soldaten nun selbst kümmerten, indem sie die in Russland üblichen Holzhäuser der Bauern demolierten, um sich Unterstände zu bauen und ihre Lagerfeuer im Biwak zu beheizen, weitere solide Gründe, um die Bevölkerung zur Beteiligung an der Guerilla zu bestärken. Hier spielt auch die mangelnde Wasserversorgung eine Rolle, die in diesen weiten, trockenen Landschaften Russlands zum Problem wurde. Das Trinkwasser war rationiert worden und an Waschgelegenheiten oft wochenlang nicht zu denken, woraus sich ergab, dass das Ungeziefer wie Flöhe, Läuse usw. unerträglich wurde bzw. die Ausbreitung von Krankheiten beschleunigte.<sup>42)</sup>

Die Sanitätsversorgung für die Soldaten war in jener Zeit grundsätzlich noch nicht sehr umfassend angelegt, im Rahmen dieses Feldzuges gestaltete sie sich als geradezu katastrophal vernachlässigt. Bei jedem Gefecht fielen in der Regel Verwundete an, in den Schlachten wurden sie nach den Kämpfen eingesammelt, wodurch die Opfer viel Blut verloren und ihre Wunden mit Keimen infizierten. Wundbrand war daher an der Tagesordnung, die Amputation war die einzige Hoffnung, das Überleben noch sichern zu können. Napoleon hatte das Sanitätswesen ausbauen lassen, und es galt damals als eines der besten in Europa, er hatte Feldchirurgen in „fliegenden Lazaretten“ eingesetzt, um die Verwundeten möglichst rasch zu versorgen, denn niemand wollte in eines der Hospitäler, die als Totenhäuser betrachtet wurden, was angesichts der unvorstellbaren hygienischen Zustände kaum verwundert. Trotz dieser Bemühungen konnte das Sanitätswesen den Anfall an Verwundeten nicht entsprechend versorgen, das saubere Verbandsmaterial war zu wenig, Seuchenkranke konnten nicht von Verwundeten getrennt werden, auch ausgebildete Ärzte standen nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung. Die Ärzte amputierten rasch, oft dem Wundbrand vorbeugend, wodurch die Leute zu Krüppeln wurden, die, sofern sie die Prozedur überlebten, auch im Zivilleben kaum ein Durchkommen hatten.<sup>43)</sup> Für den Soldaten war es daher immer auf des Messers Schneide, ob er heil durch die Schlacht kam oder liegen bleiben sollte; falls Zweites, dann besser tot als schwerer verwundet, weil damit ein lebenslanger Leidensweg programmiert war.

Um keinen Preis besser gestaltete sich die Sanitätsversorgung bei den russischen Truppen, allerdings hatten sie den Vorteil, im Falle einer Verwundung aus der Kriegszone hinaus in Genesungsräume östlich von Moskau verbracht zu werden. Hinsichtlich der Verpflegungsversorgung waren die russischen Truppen in der Regel ausreichend ernährt, es hatte der russische Soldat drei Tagesrationen Zwieback bei sich, und die Verpflegung für weitere sieben Tage wurde im Rahmen des Regimentes mitgeführt, v.a. aber waren sie gegen die Witterung entsprechend ausgerüstet, so im Winter mit Pelzkleidung.<sup>44)</sup> Napoleon hatte die Witterungsverhältnisse in Russland grob verkannt, wie wohl überhaupt die Unerfahrenheit in der Versorgung von Truppen über diese Distanzen einen wesentlichen Anteil an der Niederlage hatte.

## Epilog

Der Feldzug von 1812 war der Kulminationspunkt napoleonischer Machtentfaltung über Europa, eine Niederlage ungeahnten Ausmaßes, die nicht mehr zu kompensieren war. Zwar gelang es dem Kaiser

der Franzosen, bereits für das Jahr 1813 wieder eine Armee aufzustellen, aber die Gegner, in erster Linie Russland, Österreich und Preußen hatten sich verbündet und zerschlugen die Franzosen in der Völkerschlacht von Leipzig, woraufhin die Alliierten bis Paris vordringen und Napoleon zur Abdankung zwingen konnten. Der Feldzug gegen Russland war der Anfang vom Ende eines Imperiums, den Clausewitz wie folgt kommentiert: „Wir sagen: Der Feldzug von 1812 ist nicht gelungen, weil die feindliche Regierung fest, das Volk treu und standhaft blieb, weil er also nicht gelingen konnte. Es mag ein Fehler Bonapartes sein, ihn unternommen zu haben, wenigstens hat der Erfolg gezeigt, dass er sich in seinem Kalkül betrogen hat, aber wir behaupten, dass wenn dieses Ziel gesucht werden sollte, es der Hauptsache nach nicht anders zu erreichen war.“<sup>45)</sup>

In der Betrachtung der politisch-strategischen und militärstrategischen Ziele ist Clausewitz unbedingt zuzustimmen, auch wenn Napoleon die Leidenschaftlichkeit des russischen Volkes unterschätzt hatte, das Entbehrungen und Opfer allergrößten Ausmaßes hinzunehmen gewillt war. In der Operationsführung gestaltete sich das Verhalten Napoleons als ein Vabanque-Spiel, da er, obwohl er bereits in den ersten Kriegstagen gewaltige personelle und materielle Verluste erlitten hatte, die Truppen weiter nach Osten trieb und eine Entscheidungsschlacht herbeizwingen wollte. Er scheiterte schließlich an Moskau in zweifacher Hinsicht: Erstens hatte er nicht damit gerechnet, dass Kutusow Moskau überhaupt preisgeben würde, um seine Armee zu retten, ein Angreifen über Moskau hinaus, um eine Entscheidung herbeizuführen, war militärisch und logistisch nicht machbar. Zweitens wartete er zu lange auf ein Friedensangebot des Zaren, obwohl er bereits vor dem Feldzug mitgeteilt bekommen hatte, dass der russische Herrscher dazu nicht gewillt sein würde, schon gar nicht mit einer noch intakten Armee und dem bevorstehenden Winter als strategischem Vorteil.

Keinesfalls ist Clausewitz jedoch zuzustimmen, was die Betrachtung des Feldzuges aus der Sicht der logistischen Vorbereitung und Durchführung angeht. Die Fehlkalulationen bei der Versorgung haben wesentlich zur Niederlage beigetragen und wären in vielen Fällen vermeidbar gewesen. Ohne die entsprechende Versorgungssicherheit hätte Napoleon diesen Feldzug nicht antreten dürfen, da er immer mit einem Ausweichen der Russen bis zur möglichen Entscheidungsschlacht unmittelbar vor Moskau hat rechnen müssen. Die enormen Ausfälle der ersten Tage haben sich auf die Logistik fatal ausgewirkt und v.a. die Truppen dazu veranlasst, Zwangsrequisitionen vorzunehmen und zu plündern. Damit war auch das für die Aufrechterhaltung weiter Versorgungswege dringend notwendige Vertrauen der Bevölkerung in die vermeintlichen Befreier zerstört, erst aus dem dadurch in der Bevölkerung erzeugten Hass auf die Invasoren konnte die Guerilla ihre volle Wirksamkeit entfalten.

Das Konzept des Kleinkrieges und das Zusammenwirken von regulären und irregulären Streitkräften finalisierten den Sieg der Russen in besonderer Weise. Ausschlaggebend für diesen Erfolg aber war die militärstrategische Entscheidung zur beweglichen Verteidigung mit der beabsichtigten Ermattung des Gegners sowie der Ausnutzung von Raum und Witterung. Das Genie Napoleons hat in diesem Feldzug weitgehend versagt, da er in seiner Denkart auf die Vernichtungsstrategie ausgerichtet war, deren Möglichkeit ihm in

allen bisherigen Feldzügen aufgrund der Beengtheit des Raumes in Europa als vorteilhaftere Lösung auch geboten worden war. Die Weiten des russischen Raumes und deren Möglichkeiten für das Manövrieren großer Heeresverbände, die großen unbesiedelten Landstriche, aus denen sich Armeen nicht zu versorgen vermögen, und die extrem hohe Leidenschaftlichkeit des russischen Volkes sind ideale Parameter zur Führung einer Ermattungsstrategie, der sich Napoleon nicht gewachsen zeigte. Mit Russland hatte Hegels Weltseele jener Epoche ihren Bezwingen gefunden: „Werfen wir weiter einen Blick auf das Schicksal dieser welthistorischen Individuen, welche den Beruf hatten, die Geschäftsführer des Weltgeistes zu sein, so ist es kein glückliches gewesen. Zum ruhigen Genusse kamen sie nicht, ihr ganzes Leben war Arbeit und Mühe, ihre ganze Natur war nur ihre Leidenschaft. Ist der Zweck erreicht, so fallen sie, die leeren Hülsen des Kerns, ab. Sie sterben früh wie Alexander; sie werden wie Cäsar ermordet, wie Napoleon nach St. Helena transportiert.“<sup>46)</sup>

Es scheint in der Anlage des Weltgetriebes zu liegen, ab und an Weltgeister hervorzubringen, um in relativ kurzer Zeit alles auf den Kopf zu stellen. Dieser Notwendigkeit bedarf es, damit nach deren Abtreten von der Weltbühne wieder alles zurechtgerückt werden kann. Da dies nie ohne Getöse abgeht, ist das Militär der ständige Begleiter von Weltgeistern und damit zwingend logisch auch von deren Widersachern. ■

#### ANMERKUNGEN:

- 1) Proklamation Napoleons zu Beginn des Russlandfeldzuges, den er selbst immer als den „Zweiten Polnischen Krieg“ bezeichnet hatte; als der Erste galt ihm der Sieg über die Russen bei Friedland und der darauffolgende Frieden von Tilsit im Jahre 1807; zitiert in: Adam Zamoyski: 1812. München 2012, S.173.
- 2) Lew Nikolajewitsch Tolstoj: Krieg und Frieden. Bd. III, 2. Teil, Kap. XIX.
- 3) Zitiert in: Franz Wiedmann: Hegel. Reinbek bei Hamburg 1965, S.35.
- 4) Vgl. Dominic Lieven: Russland gegen Napoleon. München 2011, S.101f.
- 5) Vgl. Adam Zamoyski: 1812. München 2012, S.81.
- 6) Alle nachstehend angeführten Zahlen sind als grobe Schätzungen zu betrachten, da bei der Festlegung von Kräfteverhältnissen durch die verschiedenen Quellen auch von Zeitzeugen unterschiedlich gerechnet wurde. Außerdem wurden die Ausfallzahlen in der Regel von den Verbänden bereits geschönt, um bei Napoleon nicht in Ungnade zu fallen. Die einzelnen Zahlenangaben schwanken dabei erheblich. Vgl. Adam Zamoyski: 1812, München 2012, S.169.
- 7) Vgl. Daniel Furrer: Soldatenleben/Napoleons Russlandfeldzug 1812. Zürich 2012, S.89.
- 8) Vgl. Adam Zamoyski: 1812. München 2012, S.166.
- 9) Vgl. ebenda, S.104-108.
- 10) Auch für die russischen Zahlenangaben ergeben sich ähnliche Unschärfen, wie bei den französischen Truppen, da die Zeitzeugenhistoriker unterschiedliche Berechnungen angestellt haben und daher in den Archiven immer wieder andere Zahlen auftauchen bzw. tradiert wurden.
- 11) Vgl. Adam Zamoyski: 1812. München 2012, S.138-142.
- 12) Vgl. Daniel Furrer: Soldatenleben/Napoleons Russlandfeldzug 1812. Zürich 2012, S.92.
- 13) Vgl. Dominic Lieven: Russland gegen Napoleon. München 2011, S.37.
- 14) In der Literatur oftmals auch mit dem russischen Namen „Njemen“ ausgewiesen.
- 15) Vgl. Ulrich March: Kleine Geschichte deutscher Länder. Graz 2006, S.129f.
- 16) Adam Zamoyski: 1812. München 2012, S.74.
- 17) Vgl. Adam Zamoyski: 1812. München 2012, S.54.
- 18) Vgl. Dominic Lieven: Russland gegen Napoleon. München 2011, S.83.
- 19) Vgl. Adam Zamoyski: 1812. München 2012, S.93.
- 20) Rainer Hauser: Erzherzog Karl - Ausgewählte militärische Schriften. Norderstedt 2004, S.96.
- 21) Carl v. Clausewitz: Vom Kriege. Bonn 1991 (19. unv. Aufl.), S.1024.
- 22) Vgl. Hans Delbrück: Geschichte der Kriegskunst/Die Neuzeit. Hamburg 2003, S.586.
- 23) Carl v. Clausewitz: Der russische Feldzug von 1812. Wiesbaden 1953, S.17.
- 24) Hans Delbrück: Geschichte der Kriegskunst/Die Neuzeit. Hamburg 2003, S.143f.
- 25) Dominic Lieven: Russland gegen Napoleon. München 2011, S.269.
- 26) Vgl. Adam Zamoyski: 1812. München 2012, S.190f.
- 27) Carl v. Clausewitz: Der russische Feldzug von 1812. Wiesbaden 1953, S.17.
- 28) 1. und 2. Armee zusammen genommen ergeben die von Clausewitz berechneten



180.000 Soldaten.

29) Vgl. Adam Zamoyski: 1812, München 2012, S.165f.

30) Vgl. Carl v. Clausewitz: Der russische Feldzug von 1812. Wiesbaden 1953, S.47.

31) Zitiert in: Adam Zamoyski: 1812. München 2012, S.329.

32) Carl v. Clausewitz: Der russische Feldzug von 1812. Wiesbaden 1953, S.135.

33) Vgl. Dominic Lieven: Russland gegen Napoleon. München 2011, S.222-226.

34) John Keegan: Die Kultur des Krieges. Hamburg 1997, S.29.

35) Vgl. Dominic Lieven: Russland gegen Napoleon. München 2011, S.295-298.

36) Vgl. Dirk Freudenberg: Theorie des Irregulären. Wiesbaden 2008, S.285.

37) Vgl. Adam Zamoyski: 1812. München 2012, S.119f.

38) Vgl. ebenda, S.103f.

39) Vgl. ebenda, S.118.

40) Vgl. Dominic Lieven: Russland gegen Napoleon. München 2011, S.315.

41) Vgl. Adam Zamoyski: 1812. München 2012, S.195.

42) Vgl. Daniel Furrer: Soldatenleben/Napoleons Russlandfeldzug 1812. Zürich 2012, S.97-103.

43) Vgl. ebenda, S.186-193.

44) Vgl. Dominic Lieven: Russland gegen Napoleon. München 2011, S.315.

45) Carl v. Clausewitz: Vom Kriege. Bonn 1991 (19. unv. Aufl.), S.1026.

46) G.W.F. Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte. Frankfurt am Main 1970, S.46f.



**MMag. DDr.  
Andreas W. Stupka**

Geb. 1963; Oberst des Generalstabsdienstes; 1982 Eintritt in die Streitkräfte; 1984-1987 Offiziersausbildung an der Theresianischen Militärakademie zu Wiener Neustadt; 1987-1994 Truppendienst Fliegerabwehr und Infanterie; 1994-1997 Generalstabsausbildung an der Landesverteidigungsakademie zu Wien; ab 1997 Hauptlehrroffizier und Lehrgangskommandant an der Landesverteidigungsakademie; Studium Politikwissenschaft/Philosophie Universität Wien, 2002 Promotion Dr. phil. (Politikwissenschaften); abgeschlossene Journalisten- ausbildung/Medienakademie Salzburg; ab März 2001 Chefredakteur/ÖMZ; 2003-2004 Bataillonskommandant; 9/2005-9/2006 Kommandant des Österreichischen Truppenkontingentes auf den Golanhöhen & Chief of Staff/ UNDOF (Syrien/Israel); seit September 2008 Leiter des Institutes für Human- und Sozialwissenschaften/IHSW an der Landesverteidigungsakademie; 2010 Promotion Dr. phil. (Philosophie); 3/2011-9/2011 Kommandant des Österreichischen Truppenkontingentes im Kosovo & ACOS J5/HQ KFOR (Plans&Policy).

# Der Arabische Frühling und seine sicherheitspolitischen Auswirkungen

Horst Pleiner

Unter dem Begriff „Arabischer Frühling“ werden in dieser Betrachtung die evolutionären oder revolutionären Entwicklungen zusammengefasst, die beginnend mit Tunesien und sich fortsetzend bis jetzt in Ägypten, dem Jemen, Libyen, Marokko, Bahrain und Syrien u.a. auf eine Änderung der politischen Verhältnisse abgezielt haben. Hier wird bewusst darauf verzichtet, das Ziel der Errichtung einer Demokratie westlicher Prägung als umfassendes Merkmal dieser Bewegung zu nennen. Denn bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass die vorhandenen Ansätze und bisherigen Entwicklungen in diese Richtung nicht überbewertet werden dürfen und die in den deutschsprachigen Medien erkennbare Hervorhebung dieser Wege zur gelebten Demokratie teilweise doch auf einer Überbewertung der Geschehnisse beruhen dürften und das reale Bild nur sehr oberflächlich widerspiegeln. Darin aber liegt bereits ein nicht unerhebliches Problem in der unterschiedlichen Wahrnehmung der Ereignisse des durch den „Arabischen Frühling“ eingeleiteten und bis heute keineswegs abgeschlossenen Prozesses in Europa und damit auch in Österreich sowie in den betroffenen Ländern.

So wurden die Ende 2010 und Anfang 2011 zunächst in Tunesien und dann in Ägypten als Folge der steigenden Preise für Grundnahrungsmittel ausgelösten „Brotunruhen“ von politischen Aktivisten und Gegnern der jeweiligen Machthaber instrumentalisiert und zu teilweise auch erfolgreichen Plattformen für den Kampf gegen die herrschenden Cliquen oder Clans umfunktioniert. Das Internet mit seinen Facetten wurde als Organisations- und Informationsinstrument erfolgreich genutzt, aber die nähere Betrachtung zeigt, dass etwa in Ländern wie Ägypten nur eine sehr kleine, gebildete Schicht Zugang zu derartigen Mitteln hat und die breiten Massen nach wie vor auf anderem Wege motiviert oder eingebunden wurden bzw. werden. Aber letztlich sind es in diesen Ländern die breiten, weniger gebildeten und daher Parolen leichter zugänglichen Massen, die den Ausgang dieser Entwicklung bestimmen. Darin zeigt sich aber auch die Anfälligkeit dieser neuen Bewegungen für radikalere Vorstellungen und Einflüsse und damit für ihre Gewinnung als Basis für etwa religiös bestimmte politische Ziel- und Strukturvorstellungen. Denn die Religion hat in der betroffenen Region einen erheblichen Stellenwert im täglichen Leben und in der Prägung der breiten Masse, und kann offensichtlich in einem höheren Ausmaß als in den christlich-westlichen Ländern zur politischen Mobilisierung und Indoktrinierung genutzt werden, was gerade Ereignisse im Zusammenhang mit einem polemischen Video über den Propheten Mohammed unterstreichen.

Das Thema bedarf einer kurzen Erläuterung hinsichtlich des anzusprechenden geographischen Rahmens. Der so

genannte „Arabische Frühling“ hat den Nahen Osten und Nordafrika erfasst. Als Naher Osten wurde vor 1918 im deutschen Sprachgebrauch das Gebiet des Osmanischen Reiches bezeichnet und nach dessen Zerfall auf die Nachfolgestaaten übertragen und erweitert. Es umfasst der Nahe Osten im deutschen Sprachgebrauch also jetzt die gesamte Region vom Iran und Anatolien über die Arabische Halbinsel und die Ostküste des Mittelmeeres bis nach Ägypten und damit die nunmehr dort existierenden Staaten. Mit dem Persischen Golf, dem Roten Meer und dem Suezkanal liegen in diesem Bereich aufgrund der dort vorhandenen Ressourcen wie Erdöl und Erdgas und der dazugehörigen Transportlinien drei geostrategisch höchst bedeutende Räume, die diese Regionen zu Brennpunkten des strategischen Geschehens machen. Der „Arabische Frühling“ hat sich zunächst an der Südküste des Mittelmeeres in Nordafrika abgespielt, und somit deckt sich geographisch der Raum dieser Ereignisse insgesamt mit dem Großteil des weitläufigen islamischen Bogens, der sich von Zentralasien über den Nahen Osten bis nach Marokko und in die Sahelzone erstreckt, und nach Auffassung zahlreicher Exponenten dieses Kulturbereiches nur durch Israel wesensfremd „unterbrochen“ wird.

Hinsichtlich der sicherheitspolitischen Auswirkungen darf die Betrachtung nicht nur auf die österreichische Sicht eingeschränkt werden. Österreich als Mitglied der EU und als Teilnehmer an der Partnerschaft für den Frieden ist zumindest indirekt eben Partner der NATO. Es betont zwar seine seit 1955 beschworene, jedoch immer wieder unterschiedlich interpretierte Neutralität, ist aber im sicherheitspolitischen „Netzwerk“ Europas eingebunden und verknüpft. Es ergeben sich daher in den meisten Fällen keine rein auf Österreich bezogenen Konsequenzen, vielmehr müssen diese im größeren Rahmen der außen- und sicherheitspolitischen Verflechtungen und der überregionalen wirtschaftlichen Interessen und Aktivitäten gesehen werden. Indirekte Auswirkungen sind daher bei fast allen kritischen Entwicklungen zu erwarten, die dann in den verschiedensten Lebensbereichen auch spürbar werden dürften. Dies schließt zwar eigenständige österreichische Optionen nicht aus, doch sollten alle Maßnahmen, Aktivitäten und Reaktionen in einem übergeordneten und langfristigen Zusammenhang gesehen und danach ausgerichtet werden. Es erscheint geboten, anschließend einen kurzen Überblick zur aktuellen Situation in den vom „Arabischen Frühling“ bis jetzt erfassten Ländern zu geben.

## Tunesien

In Tunesien gelang es der Bewegung, die ursprünglichen Machthaber auf friedlichem Weg auszuschalten und den Übergang zu einer demokratischeren politischen Struktur zu bewältigen. Allerdings zeigte sich hier im Ergebnis der ersten freien Wahlen eine deutliche Mehrheit der religiös orientierten, aber mehrheitlich nicht radikal-islamistischen Gruppierungen. Eine spürbare Verbesserung der wirtschaftlichen Gegebenheiten lässt allerdings nach wie vor auf sich warten und wird

zum entscheidenden Faktor in der weiteren Ausrichtung des politischen Spektrums. Tunesien hat aber aufgrund seiner relativ homogenen ethnischen Struktur, seiner Geschichte der letzten 120 Jahre und der Auswirkungen des französischen Einflusses auf Wirtschaft und Bildungswesen die besseren Voraussetzungen für eine positive Entwicklung und darf wohl auch als stabil beurteilt werden.

## Ägypten

In Ägypten hingegen wurde zwar die Gruppe um den Präsidenten Mubarak beseitigt, ein wirklicher Übergang mit personeller Erneuerung aber trotz der Wahl eines gemäßigten islamischen Präsidenten noch nicht ausreichend erzielt. Die ägyptische Armeespitze „alter Prägung“ wurde zwar durch den Präsidenten geschickt entmachtet und ersetzt, aber das frühere Umfeld hat nach wie vor erheblichen Einfluss auf das Geschehen und die ägyptische Wirtschaft. Es ist bisher nur wenig gelungen, die wirklich drängenden wirtschaftlichen Probleme für weite Teile der Bevölkerung auch nur in Angriff zu nehmen, geschweige denn spürbare Verbesserungen zu bringen. Die Muslimbruderschaft und die Islamisten hingegen konnten die letzten 18 Monate nutzen, um ihre Organisation zu festigen, Anhänger zu mobilisieren und neue zu gewinnen sowie im sozialen Bereich aktiv und damit für die Bevölkerung spürbar zu werden. Sie haben ihren Einfluss vertieft, ohne dabei nach außen sichtbare, allzu radikale Positionen zu vertreten. Es gibt aber einen weiterhin erstarkenden politischen Islam, wenn auch keinen bisher nachhaltiger aktiv gewordenen Flügel von Al Qaida. Trotz der sichtlichen Bemühungen des Präsidenten und der Regierung zur Stabilisierung der Situation in dem bisher von Banden und radikalen Milizen beherrschten Nordteil der Halbinsel Sinai besteht nach wie vor Ungewissheit auch trotz aller ägyptischen Beteuerungen, den bestehenden Friedensvertrag einzuhalten, bezüglich der weiteren konkreten Haltung Ägyptens gegenüber Israel. Die vormalige Zusammenarbeit etwa an der Grenze des Gazastreifens hat sich jedenfalls verändert, und die frühere strategische Partnerschaft ist nun von einem gewissen Misstrauen überlagert.

## Jemen

Im Jemen sind die lange schwelenden Stammes- und Clankonflikte wiederum ausgebrochen. Zunächst auf die Absetzung des langjährigen Präsidenten Ali Abdullah Saleh fokussierte Bewegungen haben sich nach dessen von Saudi-Arabien und den USA herbeigeführten Abgang im November 2011 inzwischen wiederum auf die Durchsetzung von Stammesinteressen ausgerichtet und damit v.a. im Süden des Landes eine entscheidende und nachhaltige Stabilisierung verhindert. Hier konnte sich die regionale radikal-islamische „Al Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAP) zunächst durchsetzen und ein Refugium schaffen, in dem Führer der Al Qaida Unterschlupf gefunden haben und sich Ausbildungscamps des Terrorismus bilden konnten. Es wurde eine Reihe von Städten von diesen Kräften eingenommen und neben terroristischen Kräften auch eine Art organisierter Kampfgruppen gebildet. Die Streitkräfte der Regierung führten zwar eine teilweise erfolgreiche kleinräumige Gegenoffensive und nunmehr - wohl auch mit amerikanischer, aber nicht allseits erfreut wahrgenommener Unterstützung - eine Art Kleinkrieg

gegen diese Gruppierungen und erzielten dabei auch gelegentlich örtliche Erfolge, ohne das Problem aber wirklich zu bereinigen. Die angeführte Unterstützung der regulären Armee und Polizei durch amerikanische Berater, Kräfte und Mittel von Armee und CIA erbringt zwar eine Reihe von Erfolgen durch Angriffe der Combat Teams und mit Drohnen, schürt aber andererseits die anti-amerikanischen Ressentiments eben nicht nur im südlichen Jemen. Die Zivilgesellschaft der Massenproteste im letzten Jahr hat sich jedenfalls nicht durchgesetzt, und es erscheint fraglich, ob deren Eintreten für Demokratie, Mitbestimmung und Modernität wenigstens teilweise von einer Mehrheit verstanden, geschweige denn mitgetragen wird. Im Zweifelsfall gilt die Loyalität eben dem Stamm oder Clan.

## Libyen

In Libyen wurden Muammar Ghaddafi und sein Clan vor einem Jahr ausgeschaltet und eine Übergangsführung eingerichtet, die darangegangen ist, das Land neu zu ordnen und politisch stabile Verhältnisse zu schaffen, um damit v.a. die Nutzung der vorhandenen Erdöl- und Erdgasvorkommen sowie der sonstigen Ressourcen zu gewährleisten. Die aktiv die Revolutionskämpfe unterstützenden Staaten wie Frankreich, Großbritannien oder Italien bemühen sich sehr nachhaltig um den Wiederaufbau der Wirtschaft, vor allem der Förderung und des Transportes von Rohöl, aber es ist nicht abzuschätzen, ob die dafür jetzt unterzeichneten Abkommen auch in der Zukunft den Vorstellungen der neuen Machthaber in Libyen entsprechen werden. Die innere Lage Libyens ist keineswegs eindeutig und nur in einigen Regionen wirklich stabil. Die Vielzahl von Stämmen und vor allem die nach Belohnung<sup>1)</sup> für ihre Beteiligung an den Kämpfen strebenden Milizgruppen in diesem Land bilden den Kern des Problems, und die Zukunft wird erweisen, ob sich diese zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit bereit finden werden. Bis jetzt gab und gibt es v.a. im Süden Libyens, aber auch im Westen ethnisch bedingte gewaltsame Auseinandersetzungen, und die Mehrzahl der örtlichen Milizen zeigt sich keinesfalls gewillt, Anordnungen des Übergangsrates zu befolgen. Der Angriff einer radikalen Milizgruppe auf das amerikanische Konsulat in Bengasi unterstreicht die Brisanz dieser Situation, auch wenn die Regierung durch „Räumung“ einzelner Milizpositionen nachhaltige Bemühungen der Durchsetzung zu demonstrieren versucht. Auch der Versuch Parteien zu verbieten, die sich auf religiöser, stammesorientierter oder ethnischer Grundlage organisieren, verweist auf die Problematik der inneren Situation. Es zeigt aber auch der Verzicht auf dieses Verbot den Einfluss gerade dieser innerlibyschen Strukturen und damit deren langfristige Bedeutung für die Zukunft des Landes. So ist z.B. eine Abspaltung der Cyrenaika mit der Hauptstadt Bengasi nicht ganz auszuschließen, und dann wären harte Auseinandersetzungen um die im Randgebiet liegenden Ressourcen zu erwarten. Derzeit bemühen sich - von außen her noch recht unübersichtlich - Stammesmilizen nach wie vor um Einfluss und regionale Macht, verbunden mit dem Streben nach ausreichendem Entgelt für den Einsatz während der Revolution. Die früher im Land befindlichen mehr als 250.000 Gastarbeiter fehlen deutlich, und es wird sich zeigen, in welchem Umfang und wann diese wiederum zurückkehren oder ersetzt werden können. Außerdem sind die überlebenden Söldner der Ghaddafi-Streitkräfte großteils mit ihren Waffen in die südlichen Nachbarstaaten ausgewichen und verstärken dort das „unsichere“ Potenzial. Außerdem hegt die UNO erhebliche Befürchtungen, dass Waffen des Ghaddafi-Regimes in noch größerer Zahl an Terroristengruppen gelangen könnten. Das Ausstrahlen dieser Entwicklungen vor allem in das südliche Umfeld Libyens war eine der Folgen und ist in seiner Dynamik noch nicht endgültig überschaubar.

## Bahrain

Die im Jahr 2011 eingedämmten Unruhen in dem rund 700.000 Einwohner zählenden Königreich Bahrain waren anlässlich des Formel-1-Grand-Prix 2012 wieder aufgeflammt und zeigen, dass das latente und im „Arabischen Frühling“ deutlich aufgebrochene Problem zwischen der einheimischen Oberschicht und der schiitischen Mehrheit nach wie vor besteht und nur durch repressive Maßnahmen derzeit einigermaßen unter Kontrolle gehalten wird. Die Erklärungen des sunnitischen Königs Hamid hinsichtlich Reformen, Versöhnung und Dialog haben an der Situation der Benachteiligung der Schiiten wenig geändert. Das Herrscherhaus in Bahrain hat in dieser Frage wenig Spielraum, kann aber im Bedarfsfall einer erneuten, auch militärischen Unterstützung Saudi-Arabiens sicher sein, das keine Machtübernahme durch schiitische Kräfte und damit ein deutliches Näherrücken des iranischen Einflusses zulassen will. Es bleibt aber eine momentan unter der Oberfläche schwelende Unruhe in weiten Teilen der Bevölkerung, und es scheint wohl geboten, von westlicher Seite mit Behutsamkeit und Bedachtnahme auf die unterschiedlichen Befindlichkeiten (was wohl für die gesamte Region am Persischen Golf gilt) zu agieren.

## Marokko

Im Königreich Marokko haben sich die aufgeflamten Proteste gegen die Herrschaftsausübung nach einigen beruhigenden Maßnahmen des Königs einigermaßen reduziert, sind aber nicht gänzlich abgeklungen und die Probleme nicht wirklich gelöst. Das Königshaus ist bemüht, Auswirkungen der inneren Probleme auf den Tourismus zu verhindern und einen Zustand innerer Stabilität zu demonstrieren. Es ist aber nicht gelungen, die drängenden Fragen zu lösen, für die wirtschaftlichen Probleme eine spürbare Besserung erwarten zu lassen und die in Randzonen des Landes auftretenden (noch geringen) Kräfte der „Al Qaida im islamischen Maghreb“ (AQIM) zu kontrollieren.

## Syrien

In Syrien hat der Präsident den gewaltsamen Einsatz der Armee und der Geheimpolizei gegen die oppositionellen Kräfte nach der Zustimmung zu einem Waffenstillstand ab dem 10. April 2012 und dem Eintreffen der ersten Gruppen von insgesamt 300 geplanten UNO-Beobachtern zwar zunächst reduziert, aber punktuelle Angriffe und Kampfhandlungen sind dann rasch wieder aufgeflammt und inzwischen auch auf die großen Zentren wie Aleppo und Damaskus ausgeweitet. Die Verluste unter der Bevölkerung wurden bis jetzt mit rund 26.000 Toten beziffert, und der brutal ausgetragene Konflikt hat den vollen Charakter eines Bürgerkriegs mit all seinen Begleiterscheinungen. Es gibt nach wie vor keine Bereitschaft der regierenden Kräfte, Forderungen der allerdings in sich selbst keineswegs hinsichtlich der Ziele übereinstimmenden Opposition auch nur in geringem Ausmaß zu erfüllen. Die Partei des syrischen Präsidenten erfreut sich im Lande nach wie vor der Unterstützung einer Reihe von Minderheiten, die sich von einem Machtwechsel an die islamische, vorwiegend sunnitische Opposition eine Verschlechterung ihrer Daseinsbedingungen erwarten. Darunter findet sich auch die vom Regime Assad unterstützte kurdische PKK, die von Syrien aus agieren und sich entwickeln kann.

Obwohl die große Masse der rund zwei Millionen Kurden in Syrien die Zusammenarbeit der PKK mit Assad und das Regime Assad ablehnt, ist die kurdische Opposition in mehrere große Gruppierungen mit unterschiedlichsten Untergruppen und Zielen gespalten. Die syrische Kooperation mit der PKK belastet zusätzlich das Verhältnis Assads zur Türkei erheblich und erschwert auch Überlegungen für die Teilnahme der Türkei an einer etwaigen militärischen Intervention, denn damit könnte sich durch die PKK eine guerillaartige Kampfführung geradezu flächenhaft ausbreiten und wäre wahrscheinlich nicht nur auf das syrisch-türkische Grenzgebiet beschränkt.

Medial in den zurückliegenden zehn Monaten angesprochene Vorstellungen einer direkten Unterstützung der kämpfenden Opposition durch eine militärische Intervention à la Libyen oder den Einsatz (allenfalls kampfstarker) UNO-Truppen fanden realpolitisch bisher keinen Widerhall. Tatsächlich schränkt das Vorhandensein moderner russischer Luftabwehrsysteme und russischer „Berater“ in Syrien aber Überlegungen für Einsätze westlicher Luftstreitkräfte über Syrien wohl nach wie vor ein, das Risiko wäre entsprechend. Russland hat inzwischen zwar mahnende Worte an den Präsidenten Assad gerichtet, hatte aber nachhaltigeren Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates wie auch die VR China bis jetzt die Zustimmung verweigert<sup>2)</sup> und damit erkennen lassen, dass Moskau nun Syrien gleichsam als Ersatz für seinen im asiatisch-pazifischen Raum schwindenden Absatz an Rüstungsmaterial verstärkt zu nutzen gedenkt. Außerdem findet sich im syrischen Tartus die einzige russische Marinebasis außerhalb der ehemaligen UdSSR.<sup>3)</sup> Auch auf den Iran kann der syrische Präsident zählen, muss dieser doch bei einem Erfolg der Opposition um den Wegfall der „Landverbindung“ zur schiitischen Hisbollah im Libanon und damit zu einer Verringerung des Einflusses und der strategischen Möglichkeiten etwa gegenüber Israel fürchten. Außerdem zeigt sich im heftigen Bürgerkrieg in Syrien die außerordentliche Bedeutung der Information und Desinformation und der Nutzung der Medien für die Beeinflussung der Weltmeinung. Die vielschichtigen Darstellungen, z.B. zum Abschuss eines türkischen Aufklärungsflugzeuges vom Typ RF-4, zur Situation der syrischen Flüchtlinge oder zu schweren Verbrechen an der Zivilbevölkerung, zeigen, so wie schon nach der Tet-Offensive im Jänner 1968 in Südvietnam, das Bemühen beider Seiten sich medial und emotional entsprechende „Unterstützung“ für ihre Sache zu verschaffen und nicht nur westliche Auffassungen dazu zu beeinflussen.

## Libanon

In den letzten Monaten haben die Auseinandersetzungen in Syrien auch im Libanon zu Konfrontationen geführt. Hier stehen sich ja die Assad- und Iran-freundliche Hisbollah, sunnitische Gruppierungen und eine prosyrische Bewegung militant gegenüber. Der Tod von zwei sunnitischen Geistlichen an einer Straßensperre der Armee (am 20. Mai 2012) hatte heftige Gefechte zwischen den verfeindeten Gruppen in Teilen Beiruts aufflammen lassen und die Unterbrechung zahlreicher Verbindungen im Libanon zur Folge. Aber die Spannungen zwischen den genannten Gruppen bestehen schon längere Zeit, und trotz des Einschreitens der libanesischen Armee zur Eingrenzung der jüngsten Kämpfe ist die Geschlossenheit der Streitkräfte nicht gesichert.

## Das erweiterte Umfeld

Der „Arabischer Frühling“ blieb nicht nur auf die genannten Staaten beschränkt, sondern hat auch auf umliegende Regionen ausgestrahlt oder diese direkt oder indirekt überregional in die Entwicklungen einbezogen. Davon betroffen sind v.a. Saudi-Arabien, Iran und Israel, aber auch die Türkei, Jordanien, die Emirate am Persischen Golf, Algerien

und die kaukasischen Regionen sowie ein erheblicher Teil der Sahelzone am Südrand der Wüste Sahara.

## Saudi-Arabien

Saudi-Arabien bietet ein vielschichtiges Bild. Die herrschende Dynastie sitzt zwar sozusagen noch fest im Sattel, und man hält auch an den strengen Regelungen des täglichen Lebens und den Restriktionen für den weiblichen Teil der Bevölkerung trotz erster Versuche der „sanften“ Auflehnung dagegen fest. Aber auch in diesem Königreich gibt es erhebliche soziale und ethnische Spannungen, einerseits durch an ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation unzufriedene Schichten, dann aber auch durch die zugezogenen Arbeits- und Hilfskräfte. Das Königshaus befürchtet im Gefolge des „Arabischen Frühlings“ auch eine Destabilisierung im Herrschaftsbereich, und nicht von ungefähr war man 2011 so schnell bereit, dem Königshaus in Bahrain durch Entsendung saudischer Truppen aus der Bredouille zu helfen. Man will jeglichen Versuch iranischer bzw. schiitischer Einflussnahme strikt unterbinden und zeigt eine Politik der militärischen Stärke. Die Beschaffung modernster Rüstung v.a. für die Luftstreitkräfte des Landes wird unvermindert fortgesetzt, und man sieht die USA als entscheidenden Partner. Andererseits aber unterstützt das saudische Königshaus Bemühungen zur Stärkung und Verbreitung des strikten Islam (es sei an die Koranverteilung im April 2012 in Deutschland erinnert) und auch antiamerikanische Gruppierungen, zeigt also eine Ambivalenz und damit eine gewisse Janusköpfigkeit, verbunden mit mangelnder Durchschaubarkeit der tatsächlichen Zielsetzungen, Förderungen und vielschichtigen Maßnahmen.

## Iran

Im Iran haben die religiösen Machthaber schon im Jahr 2009 nach der damaligen Wahl des Staatspräsidenten oppositionellen Widerstand gegen die Wahl nachhaltig unterbunden und an Exponenten der Auflehnung entsprechende Exempel statuiert. Ein offener Widerstand gegen das herrschende religiös-politische System wurde jedenfalls verhindert und beschränkt sich weitgehend auf den virtuellen Raum und Verhaltensweisen, die Ablehnung dosiert signalisieren. Die religiösen Machthaber verfügen über loyale Kräfte und Unterstützung und haben es verstanden, zumindest einen Großteil der Bevölkerung in ihrem Sinn zu motivieren. Der ausgeprägt zur Schau getragene Nationalismus und Stolz, verbunden mit einer schiitischen Bereitschaft zum Leiden und Dulden, sichern eine ausreichende Gefolgschaft, trotz mancher wohl als interner Kampf um die Macht vorhandener Konflikte.

Die iranische Führung ist geprägt durch einen betonten Antiamerikanismus, und die Zuordnung des Iran zur „Achse des Bösen“ hat das innere Gefüge im Iran eher gestärkt und die Mobilisierung der breiten Masse erleichtert. Der Aufbau einer industriellen Kapazität zur Anreicherung von Uran und die Entwicklung von Raketen mit Reichweiten bis zu 3.000 km sind sowohl als symbolische Drohgebärde gegenüber den USA (deren Stützpunkte in der Region in der Reichweite dieser Raketen liegen) als auch als von Israel real verstandene Bedrohung zu beurteilen. Auch die Bereitstellung von asymmetrischen Kampfmitteln<sup>4)</sup> zur See nahe der Straße von Hormus als potenzielle Bedrohung des global so wichtigen Transportweges - vor allem für Erdöl - kann als leichtes

Druckmittel gegenüber den iranfeindlichen Staaten eingestuft werden. Diese Enge durchfahren - je nach Berechnung - pro Tag Schiffe mit bis zu 2,7 Milliarden Liter Rohöl, also rund 22% bis 35% des gesamten globalen Exportes. Auch muss die Verlagerung eines Teiles der Uran-Anlagen (etwa von Furdow) tief unter die Erdoberfläche als gezielte Provokation des Westens bewertet werden. Man bestreitet zwar die Absicht, Atomsprenköpfe für die Raketen produzieren zu wollen, und betont die friedliche Nutzung der Atomenergie, betreibt aber gleichzeitig Offensivsysteme für deren Einsatz und die (fast) absolute Härtung der Herstellung.<sup>5)</sup> Der Iran spielt also mit der Ungewissheit über seine Absichten und Maßnahmen und schürt recht bewusst die im Westen, in Israel und auch auf der Arabischen Halbinsel zunehmende Nervosität, ergänzt durch Bestärkung der schiitischen Bewegungen in der Region. Der Iran nützt also den „Arabischen Frühling“ bewusst für seine Zwecke aus.

Die von der internationalen Gemeinschaft als Reaktion auf das iranische Nuklearprogramm verhängten Sanktionen beginnen nun doch deutlich mehr Wirkung im Iran zu zeigen als bisherige, doch eher halbherzige Maßnahmen. Der Erdölexport des Iran ist erheblich eingebrochen, und der Großteil derzeit geförderter Mengen verbleibt auf Tankern oder in Depots.<sup>6)</sup> Die Auswirkungen auf die Volkswirtschaft und den Lebensstandard im Iran sind schon spürbar, und es erhebt sich damit die Frage nach der Leidensbereitschaft bzw. der Motivation der breiten Masse der Bevölkerung. Daraus können sich nicht unerhebliche sowohl negative als auch positive Entwicklungen zwischen Einlenken und Radikalisierung und Drohung ergeben. Man wird sehen, welches Verhalten der Iran dann nach den US-Präsidentenwahlen zeigen wird, muss er dann möglicherweise doch noch mit größerer westlicher Entschlossenheit rechnen.

## Israel

In Israel hat sich sehr frühzeitig erhebliche Skepsis gegenüber dem „Arabischen Frühling“ entwickelt. Die Änderung des Verhaltens Ägyptens gegenüber Israel und die Ungewissheit der weiteren innenpolitischen Entwicklung am Nil, aber auch das dynamisierte Fortschreiten des iranischen Nuklearprogramms haben die israelische Uranangst verstärkt. Denn es war schon in den letzten Jahrzehnten kein Geheimnis, dass in einigen der umliegenden Staaten recht unumwunden klargestellt wurde, Israel sei ein Fremdkörper in dem islamischen, durch den Koran und die arabische Sprache verbundenen weiten regionalen Bogen. Man war sich zwar der eigenen Schwächen bewusst, habe deshalb auch eine entsprechende Koexistenz akzeptiert, werde diese aber überwinden und dann die Situation bereinigen. Das sei keine Frage einiger weniger Jahre und könne in 30, 60 oder 100 Jahren sein. Man habe eben Geduld. Das lässt den „Arabischen Frühling“ aus Sicht Israels sensibel erscheinen, denn auch eine positive Tendenz zur Modernisierung, zu höherer wirtschaftlicher und v.a. industrieller Leistungsfähigkeit des Umfeldes führt eben zu verbesserten Fähigkeiten und damit einer Erhöhung des Risikos für Israel. Israel hatte daher sein Umfeld eingestuft in Prozenten, gemessen an den israelischen militärischen Fähigkeiten. Man hatte nie bestritten, im Falle des Erreichens eines bestimmten Levels präventiv darauf zu reagieren. Israel hat dies bereits zweimal durch Luftangriffe auf Nuklearanlagen im Irak (1981) bzw. in Syrien in die Tat umgesetzt und hat sich auch eingehend mit Maßnahmen gegen die iranischen Nuklearanlagen auseinandergesetzt. Israel muss sozusagen den Worst Case beurteilen, denn schon zwei Sprengköpfe würden für eine potenzielle Bedrohung von Tel Aviv und Haifa genügen! Und im Gegenzug darf nicht außer Betracht gelassen werden, dass ja Israel selbst über Atomsprenköpfe (angeblich mindestens 75 und maximal 400) verfügt.<sup>7)</sup>

So hat die israelische Luftwaffe bereits Einsätze über weite Distanzen geübt, und es kann davon ausgegangen werden, dass die vermehrte Anzahl von Tankflugzeugen der U.S. Air Force in der Golfregion für logistische Unterstützung zur Verfügung stehen könnte. Offiziell verfügt Israel zwar nicht über die für eine Beschädigung der wichtigsten iranischen Anlagen wie etwa Furdow geeignete Munition, doch muss die offizielle Ablehnung des israelischen Ansinnens durch den US-Präsidenten Obama im März 2012 keineswegs die endgültige Haltung der USA in dieser Frage bedeuten. In den letzten zwölf Monaten kamen im Iran eine Reihe der wichtigsten Wissenschaftler und Militärs des Nuklearprogramms ums Leben, was in medialen Andeutungen dem israelischen Geheimdienst zugeschrieben, aber bisher keineswegs nachgewiesen wurde. Die Häufung und Zielgenauigkeit der Entwicklung lassen Zweifel an der Zufälligkeit aufkommen. Jedenfalls wäre das im Sinne Machiavellis eine recht zweckmäßige Strategie, um das iranische Programm ohne militärischen Einsatz nachhaltig zu beeinträchtigen, sind doch durch den Iran hochqualifizierte Wissenschaftler erheblich schwerer zu ersetzen als etwa Industrieanlagen.

Damit wäre ein Überblick zur aktuellen Situation gegeben. Nun erhebt sich die Frage, wie die weitere Entwicklung aussehen kann und welche sicherheitspolitischen Auswirkungen längerfristig entstehen können?

### **Betrachtungen zur weiteren Entwicklung**

Grundsätzlich sind in den nächsten 12 bis 18 Monaten einige entscheidende Weichenstellungen in den Ländern des „Arabischen Frühlings“ mit der Frage verbunden, welche Kräfte sich politisch weiterhin durchsetzen bzw. die entscheidenden Faktoren bleiben bzw. werden. Die bisher erkennbaren Mehrheiten von oder für Repräsentanten muslimischer Parteien zeigt den erwarteten Trend, hat aber an sich noch keine nachteilige Bedeutung, da sich doch hier moderate Strömungen mehrheitsfähig erwiesen haben. Wesentlich hängt die Entwicklung aber von dem Rückhalt und der tatsächlichen Macht der radikalen muslimischen Gruppierungen und des politischen Islam ab, die den jeweiligen Staat auf der streng interpretierten Grundlage des Koran und des islamischen Rechts gestalten wollen. Die Dominanz derartiger Kräfte schließt aber eine v.a. aus wirtschaftlichen Erwägungen vom Westen angestrebte Kooperation nicht aus, man hat ja schließlich auch vordem mit den später verteuflten Diktatoren dieser Regionen enge Beziehungen gepflogen. Auf jeden Fall bringt aber die vorherrschende Position radikaler islamistischer Kräfte eine schwierige und mit Unwägbarkeiten behaftete Situation mit sich. Es kann nicht erwartet werden, dass dann bei den Machthabern jener Staaten stets nach westlichen rationalen Erwägungen vorgegangen wird. So ist v.a. dem schiitischen Weltbild eine andere Rationalität zu unterlegen und diese kann in Verbindung mit der gegebenen Leidensfähigkeit und Leidensbereitschaft zum Vorrang aus westlicher Sicht als irrational einzustufender Gesichtspunkte führen. Man wird gut beraten sein, nüchterne Überlegungen auf der Grundlage von Fakten und einer vertieften Einsicht in die Denkweise der Islamisten anzustellen, und sollte die Entwicklungen nicht aus der oftmals doch etwas idealistischen westlichen Sicht beobachten und

beurteilen. Auch sollte man berücksichtigen, dass in der islamisch geprägten Welt „Demokratisierung“ und Ähnliches letztlich doch eine etwas andere Bedeutung aufweisen als im Westen, allein schon durch die differenzierte Haltung gegenüber einem politischen Einfluss des weiblichen Bevölkerungsteiles.

Aber sicherheitspolitisch unangenehme Konsequenzen sind nicht nur bei Dominanz der radikalen Islamisten zu erwarten. So war und ist Israel für Ägypten der mediale Sündenbock, und der unter Mubarak bestehende „kalte“ Friede hat keine tatsächliche Annäherung bewirkt. Salafisten und Muslimbruderschaft arbeiten in Ägypten weiter daran, den Friedensvertrag mit Israel auszuhöhlen, und Ägypten liefert derzeit kein Erdgas mehr nach Israel, obwohl Ägypten dieses wichtige Einkommen damit fehlt. Die Halbinsel Sinai wurde wie angeführt zu einer unsicheren Zone und einem Refugium für Banden, Beduinen, militante Islamisten und Kriminelle. Die Grenze zwischen Israel und Ägypten ist zur sensiblen Krisenzone mutiert, und Israel stellt einen neuen Grenzzaun her und hat zusätzliche Armeeteile hierher verlegt. Der Überfall auf eine ägyptische Grenzstation hatte zwar verstärkten Einsatz der ägyptischen Armee gegen diese Unruhestifter zur Folge, aber die Anzeichen einer wirklich positiven Entwicklung sind bis jetzt nur gering geblieben.

### **Ägypten**

Ägypten benötigt in jedem Fall Finanzmittel für den Ausbau der Wirtschaft und für die vordringliche Einrichtung von Arbeitsplätzen. Fehlen diese Mittel, könnte bei innerer Radikalisierung z.B. eine Erhöhung der Passagegebühren für den Suezkanal in Betracht gezogen werden, wobei die Dimension der von der betroffenen Schifffahrt gerade noch verkraftbaren Erhöhung berechenbar ist. Insgesamt aber wären aus einer solchen Maßnahme deutliche Rückwirkungen auf die europäische Wirtschaft zu erwarten, und das nicht nur in Bezug auf Rohöl oder verflüssigtes Erdgas.

### **Libyen**

Auch in Libyen stellt sich das Problem der Erholung der Wirtschaft und der zukünftigen Nutzung der Erträge aus Erdöl und Erdgas sowie wichtiger Rohstoffe. Auch das bisher eher stabile Algerien steht vor Problemen. Bei den Wahlen am 10. Mai 2012 hat offiziell die bisher regierende FNL 220 der insgesamt 462 Mandate und damit die klare Mehrheit erreicht. Aber die anderen Parteien sprechen von Betrug und einer Farce. Es findet sich hier also erheblicher innenpolitischer Konfliktstoff, auch wenn derzeit äußerlich Ruhe zu herrschen scheint, sind die Spannungen und Konflikte latent vorhanden und auch der Südtel Algeriens ist keineswegs „sicher“. Insgesamt ist hier an der nordafrikanischen Küste mittelfristig aber eine größere Durchlässigkeit für Migranten aus der Sahelzone und Westafrika in Richtung Europa nicht auszuschließen, allenfalls auch als Druckmittel gegenüber der EU genutzt.

### **Syrien**

Die österreichische Außenpolitik hat das Vorgehen des syrischen Präsidenten gegen die Opposition mit scharfen Worten verurteilt. Das muss vor dem Hintergrund bewertet werden, dass ein österreichisches UNO-Kontingent nach wie vor an der Waffenstillstandslinie auf den Golanhöhen und am Hermongebirge Dienst versieht, in dessen Beobachtungsbereich es gerade in der letzten Zeit vermehrt zu Gefechten der syrischen Bürgerkriegsparteien gekommen ist. Der innersyrische Konflikt kann sich bis dorthin intensiver ausdehnen und verstärken, wobei dann (etwa bei heftigeren Kämpfen in und um Damaskus) größere Zahlen an Flüchtlingen versuchen könnten, sich in den Schutz der

UNO-Truppen und damit des österreichischen Kontingents zu begeben. Das Verhalten der regulären syrischen Armee und der mit ihr zusammenarbeitenden Milizgruppen in einem solchen Fall ist offen, aber die Neigung, „irrtümlich“ das Feuer auch auf die UNO-Kräfte eines kritisierenden oder scheinbar Partei ergreifenden Landes zu richten, könnte gegeben sein. Die Hoffnung auf eine Unterstützung oder Notversorgung<sup>8)</sup> durch Israel sollte sich aber trotz mancher Vorbehalte erfüllen.<sup>9)</sup>

Wie auch immer die Entwicklung in Syrien enden wird, hat die Al Qaida jetzt schon Fuß in diesem Lande gefasst und breitet sich nach neuen Nachrichten dort zunehmend aus. Die Gefahr des Erstarkens einer weiteren „regionalen“ Al Qaida-Gruppierung<sup>10)</sup> (der Front zur Verteidigung des syrischen Volkes) besteht also, und durch Syrien verläuft eine Reihe wichtiger Pipelines an die Ostküste des Mittelmeeres. Die „Al Nusra“ hat schon eine Reihe von Anschlägen durchgeführt<sup>11)</sup> und dürfte Zuzug aus dem Irak erhalten. Zwar gilt die ehemals von Osama bin Laden geleitete Al Qaida inzwischen als geschwächt, aber die neuen regionalen Gruppierungen auf der Arabischen Halbinsel, in Syrien und in Bereichen der Sahara und Sahelzone lassen verbesserte Fähigkeiten erkennen und sind jedenfalls teilweise besser organisiert als vordem. Bei weiterer Vernetzung und engerer Zusammenarbeit mit radikal-islamischen Gruppierungen können diese Kräfte doch zur Destabilisierung der Regionen beitragen und im Gegenzug zu erhöhtem westlichen Engagement in deren Bekämpfung führen. Das allerdings werden die USA keineswegs alleine wahrnehmen wollen und daher auch den Europäern entsprechende Beiträge abfordern.

### Sahelzone

Das Entstehen eines mehr oder weniger unabhängigen Tuaregstaates im Nord- und Ostteil von Mali<sup>12)</sup> sowie allenfalls später in Teilen von Niger, Algerien, Burkina Faso und Libyen kann dazu beitragen, für die genannten Al Qaida-Gruppierungen ein weiteres sicheres Territorium zu bieten und damit Voraussetzungen für einen systematischen Ausbau der Terrororganisation, einschließlich der Ausbildung europäischer Gefolgschaften. Der Zusammenschluss der Tuareg-Kräfte<sup>13)</sup> mit der Islamistengruppe „Ansar Dine“, die Kontakte zur AQIM aufweist, verstärkt die Gefährlichkeit einer derartigen Entwicklung.<sup>14)</sup> Denn damit ergeben sich neben einer bisher bereits mehr als 200.000 Menschen umfassenden Flüchtlingsbewegung in die Nachbarregionen weitere Stabilitätsgefährdungen, aber aus einer erwartbar intensivierten Migration in Richtung Europa auch erhebliche sicherheitspolitische Herausforderungen, die mit einer halbherzigen Verstärkung der jetzigen gemeinsamen Grenzüberwachung am Südrand der EU sicherlich nicht bewältigt werden können. Da Österreich sich allenfalls zu einer Entsendung von Soldaten unter dem Mandat der UNO nach dem von Auseinandersetzungen geschüttelten Mali bereit erklären könnte, sind auch die daraus abzuleitenden Konsequenzen nicht unerheblich.<sup>15)</sup> Die radikalen Islamisten bzw. die Al Qaida-Kräfte haben in der neu entstandenen „unabhängigen“ Tuaregregion im Norden Malis das Übergewicht erlangt und die reguläre Armee Malis war nicht in der Lage, gegen diese Kräfte entscheidend vorzugehen. Die schwer zu kontrollierende Kommunikation in und aus bzw. nach dieser „Basisregion“ könnte einen wichtigen Faktor

für die Ausprägung einer neuen Stützpunktstruktur für überregionale Aktivitäten der Al Qaida bedeuten. Hier steht möglicherweise eine auch für Europa sensible Entwicklung bevor.

### Iran

Wenn auch nicht unmittelbar durch den „Arabischen Frühling“ ausgelöst, so ist doch das Nuklear- und Raketenprogramm des Iran mittelbar durch die Einbindung der verschiedenen betroffenen Staaten und Mächte mit diesem verknüpft und muss im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung in den Staaten des „Arabischen Frühlings“, aber auch bei den Nachbarn des Iran gesehen werden. Vom Iran wird bei den aktuellen Verhandlungen mit den fünf ständigen Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrates und Deutschland eine gewisse Verzögerungstaktik und Schaukelpolitik betrieben, wohl auch unterstützt im Wissen um das Bestreben des amerikanischen Präsidenten Obama, vor den im November 2012 anstehenden Präsidentschaftswahlen eine akute Krise oder gar einen Militäreinsatz zu vermeiden. Aber die USA haben seit dem Dezember 2011 ihre militärische Präsenz und Schlagkraft in der Golfregion nachhaltig verstärkt. Zwar wurden schon seit 2006 im Rahmen des Programms „Verteidigung gegen den Iran“ gemeinsam mit den Golfstaaten Stützpunkte ausgebaut<sup>16)</sup> und von dort Luftbetankungen und Drohneinsätze im weiteren Umfeld durchgeführt. Aber in der ersten Hälfte 2012 wurden mehrere Geschwader an Kampfflugzeugen, Tank- und Aufklärungsflugzeugen sowie Drohnen in den Raum verlegt, in Katar eine Kommandozentrale für die Raketenabwehr eingerichtet und „Patriot“-Lenkwaffenbatterien zum Schutz der Stützpunkte eingerichtet. Neben vier Frühwarnflugzeugen überwachen von Bahrain aus Seeaufklärungsflugzeuge den Persischen Golf sowie Drohnen und elektronische Aufklärer von den Vereinigten Emiraten aus die Straße von Hormus. Katar will bis 2016 den Bau einer neuen großen Marinebasis abschließen.<sup>17)</sup>

Insgesamt besteht durch die verfügbaren amerikanischen und arabischen Mittel in der Region, zu denen auch Großbritannien und Frankreich unmittelbar beitragen, die hohe Wahrscheinlichkeit, Überraschungsmaßnahmen des Iran gegen die Schifffahrt, die Bohr- und Verladestationen oder die Stützpunkte sowie Vergeltungsmaßnahmen nach einem etwaigen israelischen Schlag gegen iranische Atomteinrichtungen zu erkennen und zu unterbinden bzw. deren Auswirkungen zu minimieren. Die USA richten sich mit ihren Kapazitäten derzeit aber offensichtlich auf eine länger dauernde gewaltsame Auseinandersetzung am Golf aus, ohne jedoch eine Präferenz für einen Erstschatz gegen Nuklearanlagen im Iran zu zeigen. Diese Zurückhaltung sollte auch einem mehrfach medial hervorgehobenen israelischen Angriff auf die wichtigsten Anlagen von Natanz und Furdow die Unterstützung weiterhin versagen und damit ein derartiges Vorhaben verhindern. Allerdings könnten Umstände eintreten, die letztlich zum Abgehen von dieser Haltung veranlassen und allenfalls die USA auch zwingen könnten, nach einem israelischen Erstschatz die Angelegenheit selbst zu vollenden.

### Verlagerung des strategischen Schwergewichtes der USA

Eine der Konsequenzen dieses sich verstärkenden Engagements der USA in der Golfregion ist auch, bedingt durch die Verlagerung des strategischen Schwergewichtes in den Pazifik, die Verringerung des US-Engagements in Europa, verbunden mit der US-Forderung nach einem höheren Beitrag der NATO-Partner. Damit verstärkt sich derzeit das ohnedies vorhandene strategische Dilemma der europäischen NATO-Partner und an einer aktiveren ESVP interessierten EU-Länder der unzureichenden strategischen Kapazitäten im Bereich

von Elektronik, Aufklärung, Transport, Logistik und Spezialmunition. Die Europäer sind durch ihre Sparproblematik und Finanzkrise trotz ihrer Bekenntnisse zu „smart defense“ und anderen Projekten nicht in der Lage oder nicht gewillt, gerade für diese Bereiche höhere Aufwendungen zu betreiben und sich dafür dem verstärkten Unwillen ihrer Wähler auszusetzen. Das wiederum wird die Handlungsfähigkeit der EU im Rahmen der GASP und ESVP beeinträchtigen, allenfalls auch lähmen und in der NATO reduzieren bzw. stärker von US-Unterstützung und damit einem US-Führungsanspruch abhängig machen. Bedenklich stimmt in diesem Sinne, dass die europäischen Beteiligten der Intervention in Libyen 2011 eingestanden haben, dass eine solche Operation ohne die nachhaltige Unterstützung der US-Streitkräfte nicht möglich gewesen wäre.<sup>18)</sup> Dieses Dilemma wird auch durch die Tatsache verstärkt, dass die USA bisher ja den Europäern vorgeworfen hatten, Duplikation in Sektoren zu betreiben, die von den USA bisher ohnedies beigestellt wurden. Die Europäer sollten ihre Mittel daher in wirksameren Sektoren einsetzen, und nun wird die vorhandene Lücke durch die Reduzierung der US-Kräfte noch schmerzlicher spürbar. Ohne intensives pooling and sharing werden aber bestenfalls nur ansatzweise Verbesserungen erzielt werden, und damit zeichnet sich jetzt eine langfristige Schwächung der europäischen Fähigkeiten und strategischen Möglichkeiten ab. Die NATO vertritt auch im Hinblick auf Kräfte und Mittel im Rahmen der ESVP eindeutig den Grundsatz, keine Duplizierungen zuzulassen. Daran hat auch der letzte NATO-Gipfel in Chicago nichts geändert. Da der Aufbau einer Raketenabwehr der USA und NATO gegen die Waffensysteme des Iran nicht im direkten Zusammenhang mit den Ereignissen des „Arabischen Frühlings“ steht, wird auf eine Behandlung dieses aktuellen und daher interessanten Komplexes im Rahmen dieser Darstellung verzichtet.

### **Zusammenfassende Betrachtung der Auswirkungen**

Die Bandbreite der sicherheitspolitischen Auswirkungen des ja in seiner Entwicklung keineswegs abgeschlossenen „Arabischen Frühlings“ ist also erheblich und abhängig vom Ausmaß der Durchsetzung moderater oder radikaler Gruppierungen. Die Auswirkungen zeigen sich derzeit und erwartbar auch in der Zukunft in drei großen Problembereichen.

Zunächst in den Auswirkungen der politischen und wirtschaftlichen Situation in den betroffenen Ländern, auf deren Stabilität und damit auch auf deren Verlässlichkeit als wirtschaftliche Partner. Da ein erheblicher Prozentsatz des in Europa benötigten Rohöls und ein Teil des Erdgases aus den im Auf- oder Umbruch befindlichen Ländern stammt oder auf Kommunikationslinien durch diese Länder transportiert wird, bestehen hier derzeit Ungewissheiten und damit Unsicherheiten. Das geringste Problem ergibt sich da noch mit Preissteigerungen und teilweisen Verknappungen. Nachhaltigere Unterbrechungen der Transportlinien und -wege wären dann schon folgenschwerer. Darüber hinaus aber wird ein Trend zu umfangreicherer Migration der Unzufriedenen aus diesen Ländern entstehen, wenn es nicht gelingt, dort entsprechende Perspektiven zu schaffen. Bei größerer Durchlässigkeit dieser Regionen für die Migration nach Europa wird sich eine weitere sicherheitspolitische Herausforderung ergeben, und

die bisherigen, meist halbherzigen Bemühungen der Europäer, dieses Problem in geordnete Bahnen zu lenken, lassen da für den Fall einer Steigerung des Migrationsdruckes wenig Gutes erwarten.

Ein weiterer Problemkreis ist die mögliche weitere Destabilisierung des Verhältnisses zwischen Israel und seinem Umfeld. Den berechtigten israelischen Vorbehalten stehen wohl auch schon mehrfach gezeigte harte israelische Maßnahmen gegenüber, die auch Widerspruch bewirkt und somit eher zur Verhärtung denn zur Entschärfung beigetragen haben. Der Grad der Ablehnung des Existenzrechtes Israels kann bei ungünstigen politischen Machtverhältnissen in wichtigen Staaten des Umfeldes für die westlichen Staaten zu einer nachhaltigen Herausforderung werden und sie zu Entscheidungen zwingen, deren Tragweite für das weitere Verhältnis Europas zu den islamischen Staaten noch gar nicht abzusehen ist. Mit einer Verschärfung der allenfalls auch nur ideellen Konfrontation muss aber auch mit einer Verschärfung des Terrorismus gerechnet werden, wobei in Zukunft eben die Täter nicht erst einreisen werden, sondern bereits vor Ort und damit zunehmend schwerer zu erkennen sind. Eine weitere Stärkung der Tendenz zur Verschärfung des Überwachungsstaates mit allen zu erwartenden Begleiterscheinungen kann dann nicht ausgeschlossen werden.

Schließlich bildet das iranische Nuklear- und Raketenprogramm den dritten Problemkreis, der sich durch die mehrschichtige Handlungsweise des Iran und dabei v.a. durch die Unterstützung dienlicher Kräfte in den Ländern des „Arabischen Frühlings“ abzeichnet. Was den Interessen des Iran dient und den Antiamerikanismus verstärkt, wird dabei gefördert und damit versucht, auf dem Weg über eine Destabilisierung die angestrebten Ziele zu erreichen. Schon die potenzielle Bedrohung Israels hat für Israel ausgereicht, sozusagen laut über die gewaltsame Ausschaltung derselben nachzudenken. Dabei spielt es keine Rolle mehr, ob der Iran nun tatsächlich an der Entwicklung von Atomsprengköpfen und Raketen mit einer Reichweite von bis zu 10.000 km arbeitet. Allein schon die zugeordnete Möglichkeit und theoretische Fähigkeit zu deren Herstellung haben genügt, um eine kritische Entwicklung auszulösen, die durch die Verstärkung der US-Kapazitäten in der unmittelbaren Golfregion und den Beginn der Einrichtung eines von Russland auch als Bedrohung empfundenen und daher abgelehnten westlichen Raketenabwehrsystems erhöhtes Eskalationspotenzial aufweist und damit letztlich den „Arabischen Frühling“ für die Verfolgung nationaler und radikaler Zielsetzungen genutzt und unabhängig von der tatsächlichen politischen Gestaltung dieser Staaten bereits jetzt zum Ausgangspunkt bedeutender zukünftiger Entscheidungen in größeren Zusammenhang hat werden lassen. ■

#### ANMERKUNGEN:

- 1) Immerhin wurde 2011 ja vom Übergangsrat ein Belohnungsgesetz für die beteiligten Kämpfer verfügt.
- 2) Daher kam es in der UNO am 21.3.2012 nur zu einer „präsidientlichen“ Erklärung und keiner allenfalls mit Sanktionen verbundenen Resolution des UNSC.
- 3) Reuben F. Johnson: „Russia's decline in Asia increases Syria's importance“. In: Jane's Defence Weekly, vom 29.2.2012, S.6.
- 4) Hier sind in den letzten Jahren v.a. stark motorisierte Schlauchboote, kleine Schnell- und Sprengboote sowie Kleinkampfschiffe verfügbar geworden, die überraschend von den nahe liegenden iranischen Basen aus auf verschiedene Weise zur Bedrohung von Handels- und Kriegsschiffen werden können. Rasch verlegte Minen als Einzelminen, Minenriegel oder Sperrlinien sowie der Einsatz von geeigneten U-Booten können einen solchen asymmetrischen Kampf ergänzen und damit hohe Anforderungen an die Nahabwehr der betroffenen Schiffe, Bohr- und Verladestationen, aber auch insgesamt an die Überwachungs- und Sicherungskräfte des Westens (und allenfalls auch Ostens) stellen. So haben die Vereinigten Arabischen Emirate gemeinsam ein Seemanöver „islands of loyalty“ westlich der Straße von Hormus in der letzten Aprilwoche durchgeführt, das v.a. auf die Kontrolle der Straße von Hormus, die Überwachung der vom Iran beanspruchten Insel Abu Musa und die Abwehr asymmetrischer Angriffe auf die Schifffahrt ausgerichtet war.



- 5) Wolfgang Greber: „Wie sich der Iran den Weg zu Atommacht bahnt“. In: „Die Presse“ vom 14.4.2012, S.2-3. Demnach hat der Iran bis jetzt mindestens 4,9 t leicht angereichertes Uran erzeugt, dazu etwa 74 kg auf 20% angereichertes Gas. Das reiche nach Meinung von Experten bei weiterer Konzentration für etwa drei Sprengköpfe.
- 6) Der Öllexport des Iran ging im April 2012 aufgrund der Sanktionen um ein Drittel (also rund 1 Mio. barrel/Tag) zurück, und das überschüssige Rohöl wird in den 38 Tankern der staatseigenen Reederei sowie den Tanks an der Küste gelagert. Damit hat der Iran durch die Sanktionen bis Mai einen Verlust bei den Einnahmen um rund 2 Mrd. USD erlitten, wobei auch im Iran die Verbraucherpreise und die Arbeitslosigkeit angestiegen sind. Dabei werden die Sanktionen erst mit 1.7.2012 in vollem Ausmaß in Kraft treten und damit die bisher noch zulässigen Exporte in die Türkei und nach Südafrika unterbrochen werden. Die Länder der EU hatten Anfang Mai ihre Importe an iranischem Rohöl bereits auf 700.000 barrel/Tag und damit auf rund 50% der vorherigen Lieferungen reduziert.
- 7) Susanne Knaul „Israels Atombomben, das offene Geheimnis“. In: „Die Presse“ vom 14.4.2012, S.4.
- 8) Christian Ultsch: „Darabos erwägt Einsatz in Mali“. In: „Die Presse“ vom 19.5.2012, S.8.
- 9) Christian Ultsch: „Liebermann ist unerträglich“. In: „Die Presse am Sonntag“ vom 20.5.2012, S.3.
- 10) O.V. „Rätsel um Attentate in Syrien“. In: Salzburger Nachrichten“ vom 12.5.2012, S.4.
- 11) So auch am 10.5.2012 in Damaskus, wobei angeblich bis zu 70 Personen getötet wurden. Allerdings wurde von oppositioneller Seite in Syrien behauptet, das Regime Assad habe die Toten aus dem Kühlhaus eines Militärspitals zum Ort des Anschlags verbracht und die Sache selbst inszeniert.
- 12) Am 6.4.2012 hat die MNLA einen unabhängigen Tuareg-Staat „Azawad“ in Timbuktu ausgerufen, der derzeit eine Fläche von rund 822.000 qkm erfasst.
- 13) In erster Linie die Kräfte der „Nationalen Bewegung für die Befreiung des Azawad“ (MNLA).
- 14) VU: „Ein islamistisches Emirat in der Sahara-Sahelzone?“. In: „Der Soldat“ vom 25.4.2012, S.2; Helmar Dumbs: „Der Sahel - eine ganze Region scheitert“. In: „Die Presse am Sonntag“ vom 1.4.2012, S.6.
- 15) Christian Ultsch: „Darabos erwägt Einsatz in Mali“. In: „Die Presse“ vom 19.5.2012, S.8.
- 16) Nach Jane's Defence Weekly vom 9.5.2012 hat der Iran heftig gegen die Verlegung einer nicht näher genannten Anzahl von modernsten Jagdflugzeugen des Typs F-22 Raptor in die Vereinigten Arabischen Emirate protestiert.
- 17) Mohammed Najib „Qatar unveils plans for new naval base“. In: „Jane's Navy International“, May 2012, S.12.
- 18) So erfolgten fast alle Aufklärungsflüge über Libyen durch amerikanische Kräfte.



**Professor Horst Pleiner**

Geb. 1941; General i.R.; 1960-1963 Theresianische Militärakademie; 1963-1969 Jägerschule Saalfelden; 1969-1972 Generalstabskurs; 1972-1975 Lehroffizier an der Landesverteidigungsakademie; 1975-1978 Kommandant 8. Generalstabskurs an der Landesverteidigungsakademie; 1978 BMLV - Operationsabteilung; 1979-1980 Kommandant Landwehrstammregiment 32; 1980-1990 BMLV - Führungsabteilung; 1990-1999 BMLV - Generalstabsgruppe B; 2000-2002 Generaltruppeninspektor; seit April 2003 im Ruhestand.